

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnementspreis: pränumerando: Vierteljährlich 3,30 RM, monatlich 1,10 RM, wöchentlich 28 Pf. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Postabonnements: 1,10 Mark pro Monat. Eingetragene in die Post-Zeitungs-Verzeichnisse. Unter Streichband für Deutschland und Österreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Erscheint täglich außer Montags.

Die Insertions-Gebühr
 Beträgt für die lechste Spalte 20 Pf. für politische und gesellschaftliche Vereins- und Berichterstattungs-Anzeigen 30 Pf. „Kleine Anzeigen“, das ist gedruckt Wort 20 Pf. (auflöflich 2 lechgedruckte Worte), jedes weitere Wort 10 Pf. Stellenanzeige und Schlafstellenanzeigen das erste Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Freitag, den 23. Juni 1911.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

Der österreichische Wahltag.

Aus Wien wird uns vom 21. Juni geschrieben:

Alle Ereignisse des gestrigen Stichwahltages verblissen vor der Gewalt der Tatsache, die wir in Wien und in Niederösterreich erlebt haben. Für das, was gestern in der Hauptstadt des Reiches geschah, wird in der Geschichte der politischen Kämpfe unserer Zeit wohl kein Analogon gefunden werden. Auch derjenige, der den Vorgängen in Wien nur von außen, als fühlbarer Beobachter, gefolgt ist, muß von der zerschmetternden Niederlage, die die Christlichsozialen in Wien gestern erlitten, aufs stärkste überrascht sein. Denn es wird nicht oft vorkommen, daß eine Partei so restlos besiegt wird, wie es gestern den Wiener Christlichsozialen geschah. Von den 33 Abgeordneten, die Wien in den Reichsrat entsendet, waren bisher zwanzig Christlichsoziale; das war nicht nur die große Mehrheit, das war in dem ganzen bürgerlichen Wien sogar die absolute Herrschaft. Und gestern ist ihr „Bestand“ in Wien auf drei Mandate gesunken; nur drei von ihnen, und zwar die Unbedeutendsten und Unbekanntesten, haben sich vor der Wut der entfesselten Elemente gerettet, wogegen siebzehn in der Flut rettungslos untergegangen sind — einer hatte sich schon vor der Wahl von ihnen getrennt, und nur so das Mandat bewahren können —, wogegen diesmal alle ihre Führer auf der Walstatt geblieben sind! Schon das ist eine Niederlage, die ohne Beispiel ist. Aber nur wer die politischen Verhältnisse in Wien kennt, nur der ermüht diese zerschmetternde Niederlage ganz. Denn die Christlichsozialen waren in Wien nicht eine bloße Partei, die Flut und Ebbe kennt, manchmal steigt, manchmal unterliegt; sie erschienen als die Stadt selbst, als unerschütterbar und unbeflegbar. Seit 1895, da Lueger die Mehrheit im Gemeinderat eroberte, war es bei den Christlichsozialen ein fast unaufhaltbarer Siegeszug, der das ganze Wien verschlang und demgegenüber sich nur das Klassenbewußte Proletariat behauptete; war es ein ununterbrochenes Erobern, dem die Stadt, das Land und schließlich der Staat in die Fänge geriet; war es eine schrankenlose Herrschaft, die in alle Poren eindrang und die alle Lebensverhältnisse der Menschen sich unterwerfen konnte. Jeder dieser Führer schien unentwurzelt, jeder gebärdete sich auf seinem Gebiete als ein Despot, dem alle Willen zu gehorchen haben. Und gestern sind sie alle weggefegt worden, ist die christlichsoziale Tyrannei zertrümmert, mit der Wurzel ausgerottet worden! Alle sind sie gefallen, die vor kurzem noch übermächtig erschienen: der Landmarschall von Niederösterreich, der Bürgermeister Wiens, der Präsident des Abgeordnetenhauses, zwei gewesene und eine aktive Ministerexzellenz, die Landesauschüsse, Vizebürgermeister, Stadträte, die Gemeinderäte und Bezirksvorsteher, alle liegen sie geknickt am Boden, und ihr Fall ist so sie gefallen sind, wie sie geschlagen wurden! Und wie sie sind gefallen sind, wie sie geschlagen wurden! Das war keine Zufallsabstimmung, keine knappen Mehrheiten; jeder Sieg, der gestern in Wien über die Christlichen erkämpft wurde, erfolgte mit überwältigender Mehrheit. Es war geradezu, als ob die Wähler zu den Urnen laufen würden, als ob sie die Wahllokale gestürmt hätten und die Christlichsozialen mit Begeisterung zur Tode gestimmt haben! Eine solche Ausrottung einer Partei, wie sie gestern in Wien ins Werk gesetzt wurde, ist selten. Aber der Fall einer Partei von der glänzendsten Höhe in den tiefsten Abgrund, der lächerliche Fall einer vor Jahr und Tag allmächtigen Partei ist wohl noch nie ersahnt worden.

Von diesem gewaltigen Siege über die Christlichsozialen in Wien und Niederösterreich, der hier ja vor dem Wahltag angekündigt wurde und dessen Ursachen wir schon dargelegt haben, ist der Höhenanteil natürlich an die Sozialdemokraten gefallen, wennalich auch zugegeben werden muß, daß nicht minder die Freiheitlichen profitieren. Haben sie doch in Wien, wo man sie eigentlich ausgestorben wähnte, gestern zehn Mandate erobert; was kein geringer Erfolg ist, wenn auch die Freiheitlichkeit ihrer Gewählten bei Tageslicht ein recht buntschadiges Bild zeigt. Für unsere Partei bildet der Ausgang der Wahl in Niederösterreich den großen Erfolg, der die empfindlichen Verluste, die uns sonst auf allen Punkten und insbesondere in den Sudetenländern beschieden waren, wenigstens zum Teile mildert. Wir haben in Wien zehn Mandate gewonnen, haben nun in der Hauptstadt neunzehn Mandate, und haben auch in den niederösterreichischen Provinzstädten zwei neue Wahlbezirke in unseren Besitz gebracht. Reist diesen Siegen waren uns nur zwei Erfolge erreichbar: das Mandat von Aich in Böhmen und der Bezirk Würbental in Schlesien sind erobert worden. Das sind vierzehn Gewinne, die den zwanzig Verlusten entgegenstehen, die wir in den übrigen Bezirken zu verzeichnen haben. Und von diesen Verlusten entfallen nicht weniger als dreizehn auf die eigentlichen Industrielande (sieben auf Böhmen, drei auf Mähren, drei auf Schlesien), so daß wir gegenüber der Eroberung von 1907 (21 Mandaten) nun mit den diesmaligen zehn Mandaten mehr als schlecht abschneiden und recht kümmerlich dastehen. Ueber die mannigfachen Gründe dieser Zurückdrängung wird noch zu reden sein; in der Hauptsache besteht sie darin, daß sich gegen uns überall der absolut geschlossene Heerband des gesamten Bürgertums gesammelt hat. Die lächerlos, zeigt wohl er-

schöpfend die Tatsache, daß von den 42 Stichwahlen, an denen wir außerhalb Niederösterreichs beteiligt waren, nicht mehr als zwei zu unseren Gunsten abgeschlossen haben: ein Beweis, wie wir überall, außerhalb Wiens, auf die eigene Kraft angewiesen waren und sind! Das Gesamtergebnis betrachtet, geht die deutsche Partei aus dem schweren Wahlkampf mit 44 Mandaten heraus, verzeichnet also einen Verlust von sechs Mandaten. Das ist bitter, aber als Fazit der Zerschmetterungsabsicht ist es blutwenig. Die tschechische Partei schließt den Kampf mit einem Gewinn ab; sie hat diesmal zwei Mandate mehr heimgebracht und zählt nun 26 Abgeordnete. Der Erfolg ist in Mähren zu suchen, wo es ihr gelang, mit den Bürgerlichen ein Kompromiß der Merikalen auf der ganzen Linie zu schließen, das ihr so etwa sechs bis acht Mandate verschafft hat; nun gleichen die mährischen Gewinne ihre Verluste in Böhmen und in Schlesien aus. Die polnischen Genossen, die noch zwei Stichwahlen haben, haben schon jetzt ihren früheren Bestand erreicht. Die ruthenische Partei hat ihre zwei Mandate noch zu suchen; die Wahlen sind in Galizien noch nicht abgeschlossen. Die italienischen Genossen haben nun drei Mandate statt der ursprünglichen fünf und späteren vier. Gewählt sind bis jetzt 79 Sozialdemokraten (gegen 87 im Jahre 1907), was wahrlich nicht nach Schwäche oder Entmutigung aussieht!

So hat die Sozialdemokratie in allen Nationen die Anstürme der Gegner gut überstanden und kann frohen Mutes in die Zukunft sehen. Wenn wir den Bruderparteien im Ausland auch nicht melden können, daß wir eine Million Stimmen gewonnen haben — das ist bei der Rückständigkeit unserer Verhältnisse auch nicht möglich —, so haben wir doch Stimmen gewonnen und besitzen die Sicherheit, daß die Arbeitermassen in unserem Lager stehen. Und neunzehn Mandate in der Hauptstadt sind auch kein gewöhnlicher Erfolg! Die Österreicher haben sich auch diesmal tapfer geschlagen und die Internationale darf mit ihnen zufrieden sein.

Die nationalistische Hetze in Elsaß-Lothringen

Schlägt angesichts der kommenden Landtagswahlen schon jetzt recht hohe Wellen. Da steht in Straßburg an der Spitze des bislang antisemitischen Spießbürgerblattes „Journal d'Alsace-Lorraine“ der alte Freimaurer und Schwärmer für bürgerlich-republikanische Klassenpolitik nach französischem Muster, Herr Léon Vohl, ein Held der Pörfel und der Konfusion, wie er ausgeprägt nur schwer irgendwo zu finden sein dürfte. Seine Heiligen sind nacheinander Waldeck-Roussieu, Combes und Briand gewesen, und entsprechend dem politischen und sozialen Niedergang, der sich in der schwärmerischen Verehrung des letztgenannten Vorbildes aller jener Streber und Komödianten auszpricht, die man in Frankreich unter der Sammelbezeichnung „arrivistes“ versteht, ist er jetzt glücklich bei den gleichgerichteten Nationalhelden der engeren Heimat, den Klimenthal und Wetterlé, gelandet. Der durch die Parteigruppierung des Hotel de France in Straßburg hervorgerufene nationalistische Hauch läßt für ihn auch den letzten Schimmer von parteipolitischen Gegenätzen und Unterschieden des Klassenstandpunktes im Nebel untergehen. Jetzt schweigt er im Übermaß des nationalistischen Phrasengebimmels und — des politischen Unverständes. So stellte er u. a. die Frage: „Hat der alte Webel in seiner Eigenschaft als Sozialist oder in der als Deutscher für die neue elsäß-lothringische Verfassung gestimmt? — Und Konrad Haubmann, Raumann, Müller-Meinigen haben sie als Demokraten oder als Deutsche gestimmt? — Und Dr. Jekander, Dr. Schäbler, haben sie als Zentrumslente für die Verfassung gestimmt oder als Deutsche?“

Recht gut antwortet ihm auf diesen Versuch der Stempelung unseres Webel als Vangermanen ein bürgerlich-demokratisches Blatt, die „Straßburger Neue Zeitung“:

„Die Schamröte steigt einem ins Gesicht angesichts dieser Stimmungs-macherei, die hier verübt wird. Und wir würden, wenn wir uns des Wortschages des Herrn Vohl bedienen wollten, sagen, daß es eine „rara insolentia“ sei, solche Fragen zu stellen. War es in seiner Eigenschaft als Deutscher, daß der Abgeordnete Webel nach 70 gegen die Annexion Elsaß-Lothringens protestiert hat, oder hat er lediglich nach seiner innersten Ueberzeugung gehandelt, indem er gegen einen Akt protestierte, den er als eine Ungerechtigkeit auffahte? Ist es nicht eine Schmach, daß ein elsäßischer Politiker so schnell vergessen konnte, daß Webel wegen dieser mutigen Stellungnahme sich einem Sturm der Entrüstung in Deutschland aussetzte, und daß er deshalb des Hochverrates angeklagt wurde und für die elsäßische Sache, zu deren Verteidiger er sich aufgeworfen hatte, zwei Jahre im Gefängnis schmachten mußte?“

Ist es in seiner Eigenschaft als Deutscher, daß Webel vor Jahren von Straßburg in den Reichstag geschickt wurde, oder hat die Straßburger Bevölkerung ihm damals das Vertrauen deshalb geschenkt, weil sie wußte, daß sie in Webel einen warmen Fürsprecher ihrer Interessen finden würde? Erinnerung sich Herr Vohl nicht mehr daran, mit welcher Energie Webel gegen den Wahzwang und gegen den Diktaturparagrafen angelämpft hat. Es entspricht den elementarsten Regeln des Anstandes, in diesem Falle auch dem politischen Gegner gerecht zu werden, und wir hoffen, daß Herr Vohl in der Bewertung Webels in Elsaß-Lothringen allein dasteht, und daß man mit Entrüstung auch in

nichtsozialistischen Kreisen die Insinuationen Vohls verurteilen wird.“

Ist es schon Tollheit, was die Vohl und Wetterlé hier beharrlich zusammenschmierern, so hat es doch Methode. Mit Recht kann ihnen geantwortet werden, daß die preußischen Junker, die Heubrand und Oldenburg-Januschau, Mann für Mann für die neue elsäß-lothringische Verfassung hätten stimmen müssen, wenn diese elsäßisch-nationalistische Argumentation richtig wäre. Sie sind doch, mit der Presse von der „Kreuz-Zeitung“ bis zu der „Aelmsch-Westfälischen“, die echten und berufenen Stützen des „Deutschtums“!

Leider haben die reichsländischen Behörden aus der Vergangenheit nicht das geringste gelernt, wie wieder die am letzten Freitag erfolgte Auflösung der einheimischen Studentenvereinigung „Cercle des étudiants alsaciens-lorrains“ in Straßburg gezeigt hat. Zugleich ist die Verweigerung des aktiven Mitgliedes der Vereinigung, des stud. phil. Stephan Münd von der Univerfität als Verfasser eines angeblich „deutsch-feindlichen“ und das „sittliche Gefühl schwer verletzenden“, ferner „die katholische, evangelische und jüdische Konfession in feivoller Weise verhöhnen“ den Artikel im offiziellen Semesterbericht für das Wintersemester 1910/11 erfolgt. Endlich ist den jetzt noch immatrikulierten Mitgliedern des Vorstandes des Wintersemesters 1910/11 die Verweigerung von der Univerfität angebroht worden, „weil sie ihre Pflicht in grober Weise vernachlässigten, indem sie die Durchführung des Berichtes zuließen, ohne sich vorher seinen Inhalt zur Prüfung unterbreiten zu lassen“.

Es ist charakteristisch, daß von allen Blättern im Lande nur die nationalliberale „Straßburger Post“ und die direkt deutsch-schawinsbüsche „Neue Zeitung“ die harte Maßregel, die im Lande wieder viel böses Blut macht, billigen, und auch diese erst auf die nachhaltige Wüste Hege der „Aelmsch-Westfälischen Zeitung“ hin. Maßregeln solch reaktionären Charakters sind treibende Wasserflüsse auf die nationalistischen Mühlen, und es ist begreiflich, wenn mit Bezug auf die intellektuelle Ueberbürdung derartiger Großtaten der „Nouvellette“ Wetterlé's neulich schrieb: Wenn die „Aelmsch-Westfälische Zeitung“ eines Tags aus Mangel an Mitteln eingehen sollte, so wäre es nationalstische Pflicht im Elsaß, sie durch ein eigenes Finanzkonfortium unter Wahrung ihres bisherigen Programms und Charakters weiterzuführen zu lassen. Ihre Hege rentiert sich im Interesse der nationalistischen Bewegung in Elsaß-Lothringen, die ohne solche Förderung bald auf dem Trockenen liegen würde.

Unterdessen suchen die elsäßischen Merikalen nach echter Jesuitenart sich durch die steigende nationalistische Welle emportragen zu lassen, ohne die Fühlung mit dem militär- und marinefrommen Reichszentrum, dessen Ausgabenbewilligungspolitik die Nationalisten offiziell belämpfen, ganz zu verlieren. Der Beschluß auf dem Delegiertentag des elsäß-lothringischen Zentrums vom 11. Juni, wonach die Kreisorganisationen der „unabhängigen“ elsäß-lothringischen Zentrumspartei auch in Zukunft selbständig darüber zu befinden haben, ob der elsäß-lothringischen Zentrumspartei angehörende Abgeordnete gleichzeitig der Zentrumsfraktion des Reichstages angehören sollen, zeigt, daß die im gleichen Atemzug beschlossene Trennung von dem neu zu gründenden Reichsausschuß der deutschen Zentrumspartei eine leere Komödie ist, bestimmt, die durch die Steuerpolitik der Schnapsbäckler im Reichstag erbotenen Wähler auf dem Umwege über die nationalistische Brücke wieder für den Vlod der Junker und Pfaffen einzufangen. Es ist eine dankenswerte Aufgabe, ein Gebot der politischen Moral, dieses Doppelspiel zu entlarven. Dazu werden unseren Genossen im Lande noch vor den Reichstagswahlen die elsäß-lothringischen Landtagswahlen Gelegenheit bieten, bei denen es heißen wird: Farbe bekennen!

Die Reform der Altersversicherung.

Aus Paris schreibt man uns: Die in der letzten Woche abgeschlossene Diskussion des Parlaments über die Durchführung des Altersversicherungsgesetzes ist nicht fruchtlos gewesen. Es ist unseren Genossen gelungen, die Regierung und die bürgerliche Mehrheit auf ein umfassendes Verbesserungsprogramm zu verpflichten, nach dessen Ausführung sich die französische Altersversicherung neben den ausländischen Gesetzen wird wohl sehen lassen können.

Das Gesetz hat sowohl den Senat als die Deputiertenkammer beschäftigt. Im Senat handelte es sich hauptsächlich um die Sicherung des Versicherungszwangs, den die großkapitalistischen Vertreter vermittle der Ausnützung der von den revolutionären und den guesdiftischen Sozialisten empfohlenen Obstruktionsstakt durchbrechen möchten. Sie wehren sich gegen die Zumutung, den Beitrag der Arbeiter, die ihre Anmeldung unterlassen haben und dem Gesetz Widerstand leisten, abzulösen. Die Angelegenheit ist in der Tat juristisch nicht ganz klar gestellt und politisch keineswegs leicht zu nehmen. So hat sich denn der Arbeitsminister entschlossen, die Frage den Gerichten zur Entscheidung zu überlassen. Im übrigen ließ er sich das Mandat geben, das Gesetz mit „Augsheit und Entschiedenheit“ durchzuführen, was freilich nicht allzuviel besagt.

Die Verhandlung der Deputiertenkammer hatte einen weitaus größeren Zug. Es handelte sich darum, angesichts der Obstruktions, die das Gesetz gefährdet, dieses den Massen annehmbarer zu machen. Noch einmal legten die Sozialisten seine schweren Mängel dar. Das ging nun allerdings nicht ab, ohne die Meinungsgegensätze innerhalb der geeinigten Partei in nicht gerade erfreulicher Weise deutlich

zu machen. Genosse Brizon behandelte das Gesetz im Namen der C. G. L. und seiner engeren Freunde um des Arbeiterbeitrags willen als „Gauerei“. Paillaud sprach sich gegen den Arbeiterbeitrag aus, erklärte dagegen im Gegenfatz zu den Syndikalisten und Jules Guesde den Unternehmerbeitrag für unentbehrlich und gerecht und forderte schließlich, damit das Gesetz annehmbar werde, die Herabsetzung des Bezugsalters auf 60 Jahre und die Ausdehnung der Versicherung auf die Invalidität. Vetoille legte insbesondere dar, daß die Beitragsanhebung mit der Arbeitslosigkeit zu wenig rechne. Compire-Morel, daß die kleinen Halbpächter durch die Versicherung ihrer Arbeiter unerträglich belastet würden, während die Grundeigentümer befreit seien. In einer zwei Sitzungen beantragte der Arbeiterbeitrag für Jaurès seine Ansjahungen. Er verteidigte das Kapitalisationsverfahren gegen den Verdacht des „Diebstahls“, forderte aber die Erhöhung des Staatszuschusses auf 100 Fr. Weiter bekannte er sich, mit Verweisung auf die Stellung der deutschen organisierten Arbeiterschaft, als prinzipieller Anhänger des Arbeiterbeitrags und bestritt die von Brizon behauptete Gefährlichkeit der Versicherungsart für den Arbeiter, da die wirtschaftlichen Kämpfe immer mehr im Licht der vollen Öffentlichkeit geführt würden. Weiter verlangte er gleichfalls die Herabsetzung des Bezugsalters auf 60 Jahre, wie es schon der feinerzeit von der Deputiertenkammer beschlossene Entwurf vor seiner Entstellung im Senat bestimmt hat und die Aufhebung der in verdienstvoller Weise vom Genossen Rebour belaudeten Bestimmung, daß die eine Altersunterstützung beziehenden Greise von der Versicherung ausgenommen werden sollen. Die Kosten der drei Verbesserungen berechnete er auf 60—70 Millionen.

Der Finanzminister Caillaud gab hierauf im Namen der Regierung eine sehr bedeutende Erklärung ab, deren Hauptpunkte dann in folgender, auch von Jaurès akzeptierten Tagesordnung, die der Radikalsozialist Dalimier beantragte, zusammengefaßt wurden:

„Die Kammer bleibt dem Prinzip des dreifachen Beitrags (Arbeiter, Unternehmer, Staat) treu, vertraut auf die Regierung, daß sie das Gesetz mit ebensoviele Entschiedenheit als Klugheit zur Ausführung bringen wird, nimmt ihre Erklärungen in bezug auf die Invalidenversicherung zur Kenntnis und ist überzeugt, daß das wirksamste Mittel, um das Gesetz anzunehmen, seine Verbesserung in möglichst kurzer Frist ist. Sie erwartet von der Regierung die Einbringung eines Gesetzes im Rahmen des Finanzgesetzes von 1912, das die Herabsetzung des Alters auf 60 Jahre, die Festsetzung des Staatsbeitrags auf 100 Fr. und die Umwandlung der Altersunterstützung in eine Altersrente von 100 Fr. für alle, die das Bezugsalter erreicht haben, zum Inhalt haben wird.“

Ueber jeden Satz dieser Resolution wurde besonders abgestimmt — mit wechselnden Stimmverhältnissen. Für die „Verbesserung in möglichst kurzer Frist“ wurden 542 gegen eine Stimme abgegeben, die gesamte Resolution mit 359 gegen 60 Stimmen angenommen.

Die großkapitalistische Presse ist wütend. Ihr bleiben allerdings zwei große Hoffnungen: der Senat und der Sturz der nicht weniger als feststehenden Regierung. Auch die „Bataille Syndicaliste“ risist nicht ab und erklärt, nach wie vor das auf die Kapitalisation aufgebaute Gesetz bekämpfen zu wollen. Indes ist vorauszusehen, daß das Mißtrauen und der Widerstand der Massen, sobald erst einmal die Verbesserungen beschlossen sind, erschüttert werden wird. Besonders die Herabsetzung des Bezugsalters wird das Gesetz sicher populärer machen. Es mag richtig sein, daß ohne die Agitation der C. G. L. die Konzessionen, die das Gesetz den Massen mündgerecht machen sollen, nicht erreicht worden wären. In der Bourgeoisrepublik ist nun einmal alles — darum auch die Arbeiterpolitik — auf Demagogie eingestellt. Aber nun wäre es an der Zeit, daß die Arbeiterschaft, statt den leichten Obstruktionismatismus weiter zu handhaben, sich damit befassen sollte, die bürgerlichen Parteien zur Einhaltung der übernommenen Verpflichtungen zu zwingen und den bisher viel zu wenig beachteten Widerstand der Unternehmer gegen die Versicherungspflicht zu brechen.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 22. Juni 1911.

Abgeordnetenhaus.

Das Abgeordnetenhaus arbeitet im Autotempo; es bemüht sich, möglichst viel Gesetze zu erledigen, wobei es weniger auf die Qualität als auf die Quantität ankommt. Sogar der freikonservative Abgeordnete Freiherr v. Gamp befand sich über die Art, wie heute in Preußen Gesetze fabriziert werden, was ihn freilich nicht abhält, allen reaktionären Gesetzen zugustimmen.

Am Donnerstag wurde zunächst der vom Herrenhaus in abgeänderter Form zurückgelassene Gesetzentwurf eines Zweigverbandes für Groß-Berlin ohne Debatte an die Kommission zurückverwiesen, die ihn bereits am Freitag beraten will. Ferner gelangte in zweiter Lesung der Gesetzentwurf über die Reinigung öffentlicher Wege zur Annahme. Das Vollenhaltungsgesetz für die Rheinprovinz, das das Haus hierauf beriet, konnte nicht verabschiedet werden. Da es sich hier um eine Frage handelt, die der Mehrheit besonders am Herzen liegt, hielt man seine Zurückverweisung an die Kommission zwecks eingehender Prüfung für erforderlich.

Freitag: Interpellation über die Maul- und Klauenseuche und dritte Lesung der rheinischen Gemeindeordnung.

Finanzdebatte im Herrenhause.

Die Beratung des Kleinbahngesetzes im Herrenhause gab gestern, Donnerstag, Anlaß zu einer Auseinandersetzung über Steuer- und Finanzpolitik. Der Herr Graf Mirbach war es wieder, der nach Hervorhebung seiner angeblichen Verdienste um die Einführung des elektrischen Eisenbahnbetriebes und ausgiebiger Vermöbelung des Hansabundes — Herr Nieher ist noch nicht Herrenhausmitglied und von den Hansabändern der Ersten Kammer scheint niemand ein Längchen mit dem Grafen aus Sorquitten zu wagen! — gegen jede stärkere Eranziehung der nichtleibenden Junker zu den Staatseinnahmen zu protestieren. Finanzminister Dr. Lenze erklärte, daß an eine Aufhebung der Steuerzuschläge und die Deckung des Ausfalls durch die Eisenbahnüberschüsse gar nicht zu denken sei. Sechzig Millionen mehr müssen aufgebracht werden und Lenze's Tage und Nächte sind der Arbeit an der neuen Steuertabelle gewidmet. Auf ihr sozialpolitisches Gesicht darf man täglich neugierig sein. Wird es holder sein oder ebenso gorgonenhaft als sonst das Antlitz der Kinder der preussischen Staatsvorlesung?

Herrn v. Buch's ganze Finanzpolitik ist beherrscht von dem Gedanken künftiger Kriege. Ist der Wunsch der Vater?

Bankdirektor v. Gwinmer entwickelte dann abermals, wie beim Etat, sein Programm: höhere Rente aus den Eisenbahnen und im geringeren Vorzug, aber auf die Eisenbahnen und nicht auf das Budget. Dem Herrn v. Buch, der den Banken zum Vorwurf gemacht hatte, daß sie 1870 zu wenig Anleihe gezeichnet, antwortete der Leiter der Deutschen Bank, daß die Großfinanzmänner genug getan hätten und daß die Banken zu Zeiten einer Kriegserklärung vollauf zu tun haben, um ihr Publikum zu befriedigen. Mit Steuern und dem unter Zwangskurs laufenden Papiergeld sind Kriege zu führen, nicht mit Anleihen. Herrliches, jede patriotische Brust erhebendes Zukunftsbiß! Die Industrie feiert, was Waffen tragen kann, steht im Feld, wird zu Tausenden täglich niedergemäht, zum Krüppel gemacht und der daheim hungernden Familie schleppen die Steuererzeugnisse die Ketten und Schranken fort auf den Altar des Vaterlandes. . . .

Der Rest der Sitzung des Herrenhauses brachte noch eine Rede des Herrn v. Burgsdorff, der nicht will, daß „soviel „Oelalg“ — so nennt er die Margarine — gegessen wird, von der man im Altonaer Mordprozess genug bekommen hat. Von den Wucherzölle, die die Butter zum Luxusgegenstand machen, redet der Burgsdorffer natürlich nicht.

Recht wenig imponant war Herrn Plate's Auftreten bei einer Bauhandwerkerpetition. Das preussische Bürgertum wird schon gut daran tun, eine wirksame Vertretung mehr von der Landtagswahlreform, als von der Ernennung eines Obermeisters ins Herrenhaus zu erwarten.

Am 27. Juni versammelt man sich wieder. Die Tagesordnung ist noch unbestimmt. Wahlrechtsanträge gibt's hier nicht.

Zentralverband deutscher Industrieller.

Der Zentralverband deutscher Industrieller, in dem die rheinisch-westfälische Eisen- und Stahlindustrie den Ton angibt, hat den Hansabund ostentativ die Freundschaft gelündigt. Schon seit längerer Zeit sind die Leiter des Zentralverbandes mit der politischen Richtung nicht einverstanden, in welcher der Hansabund marschiert; denn nicht in den sogen. „Ueberagrariern“, den Führern des Bundes der Landwirte, sehen die rheinisch-westfälischen Stättenmagnaten und Stahlkönige ihren politischen Feind, sondern in der sozialdemokratischen Arbeiterschaft, weshalb sie auch den Ausbau des Hansabundes zu einem zweiten Reichsverband gegen die Sozialdemokratie nach dem Muster des Lieberknecht'schen Verbandes erstrebten. Schon im Herbst vergangenen Jahres erließ befanntlich der damalige Generalsekretär des Zentralverbandes, der bekannte Herr Dued, im Auftrage der Zentralverbandsleiter eine an den Hansabund gerichtete Verwarnung, in der er erklärte, es werde der im Zentralverband organisierten Industrie auf die Dauer unmöglich sein, mit dem Hansabund zusammenzuarbeiten, wenn dieser nicht seine Stellungnahme zur Sozialdemokratie ändere.

Da diese Aenderung nicht erfolgt ist, vielmehr der Leiter des Hansabundes, der Weh. Justizrat Dr. Nieher auf der jüngst abgehaltenen Tagung des Hansabundes den Kampf gegen die „Ueberagrariern“ als das nächste Ziel des Hansabundes bezeichnete, hat der Vorsitzende des Zentralverbandes deutscher Industrieller, der frühere Landrat Nötger, der bisher zugleich dem Präsidium des Hansabundes angehörte, in einem der Presse zugelandten gepreizten Schreiben an Dr. Nieher, seinen Austritt aus dem Hansabund angezeigt.

In dem Schreiben des Herrn Nötgers heißt es: „Ich gehe über die in diesem Vorgehen enthaltene Nichtachtung der Rechte des Präsidiums des Hansabundes hinweg; es kann jetzt nur noch darauf ankommen, festzustellen, daß der von Ihnen persönlich ohne Vorwissen Ihrer Kollegen im Präsidium geforderte politische Kampf gegen rechts als jagungs-gemäßes Ziel des Hansabundes nun auch, wiederum ohne vorherige Beratung, zur Lösung des Hansabundes gemacht worden ist. Das widerspricht nach meiner pflichtmäßigen Ueberzeugung, wie ich wiederholt zu erkennen gegeben habe, dem Geiste der Satzungen und der Richtlinien des Hansabundes und meiner Stellung als Vorsitzender des Zentralverbandes deutscher Industrieller, eines wirtschaftlichen Verbandes, in dem alle bürgerlichen politischen Parteien, sowohl links- wie rechtsstehende, vertreten sind.“

Ueber die zwischen Ihnen und Ihrer Gefolgschaft einerseits und mir und meinen Freunden andererseits in diesem ausschlaggebenden Punkte bestehenden Meinungsverschiedenheiten eine Verständigung etwa durch Aussprache im Direktorium des Hansabundes zu versuchen, erachte ich für zwecklos. Nach langer reiflicher Ueberlegung finde ich für eine solche Verständigung keinen Weg. Unter diesen Umständen sehe ich mich genötigt, auf die Mitarbeit am Hansabunde zu verzichten. Ich lege demgemäß und in Uebereinstimmung mit der Anschauung des heute versammelten Direktoriums des Zentralverbandes mein Mandat als Mitglied des Direktoriums und Präsidiums im Hansabunde nieder.“

Darauf hat Dr. Nieher in einem an Herrn Nötger gerichteten ebenfalls der Presse mitgeteilten Schreiben geantwortet:

Demgegenüber stelle ich zunächst formell fest, daß mir seitens des verstorbenen Präsidiums ausdrücklich die Genehmigung zu derartigen Werbe- und Wahlsonden-Aufrufen generell erteilt worden ist. Sachlich aber fordert jener Aufruf in Gemäßheit der Richtlinien des Hansabundes lediglich den Kampf gegen die Ueberagrariern, also speziell gegen den Bund der Landwirte, einen Kampf, den auch Sie stets als das Ziel des Hansabundes bezeichnet und bisher immer auch ihrerseits mit Entschiedenheit vertreten hatten.“

Hierauf kann Ihr Austritt nur den Sinn haben, daß Sie jetzt aus Gründen politischer Taktik wünschen, daß der Hansabund nicht mehr den sachungsmäßigen wirtschaftspolitischen Kampf gegen die Uebergriffe des Bundes der Landwirte führe, sondern einen sachungswidrigen Kampf gegen alles, was links steht, aufnehme. Ein solches Verfahren widerspricht nach meiner Ueberzeugung in hohem Maße den dauernden Lebensinteressen des gesamten deutschen Gewerbestandes.“

Der Hansabund wird, geküßt auf die begrifferte Zustimmung weiter Kreise des deutschen Gewerbestandes, sein Programm unbeeinträchtigt fortsetzen und durchführen; seine Aktionskraft und Geschlossenheit wird durch Ihren Schritt nicht gemindert.“

Die Presse des schwarzblauen Blocks ist über diese Absage des Zentralverbandes höchst entsetzt und feiert ihn als eine hochpatriotische, von den höchsten vaterländischen Bestrebungen geleitete Vereinigung. Ganz begrifflich! Denn die Folge wird sein, daß der Zentralverband Anschluß nach rechts sucht und mit dem von gleich edlen vaterländischen Motiven geleiteten Bund der Landwirte bei den nächsten Reichstagswahlen eine Koalition gegen links bildet zum Schutze der „nationalen Arbeit“, das heißt des Hollwuchers. Verwandte Seelen finden sich zu Wasser und zu Lande — manchmal auch im Trocknen.

Berlin, 22. Juni. (Telegr. Meldung.) Der Vorstand des Bundes der Industriellen richtete an den Hansabund anlässlich des Ausscheidens des Landrates a. D. Nötger eine Kundgebung, in der erneut die Notwendigkeit betont wird, daß die deutsche Industrie geschlossen an dem vom Hansabund erstrebten Zusammenwirken von Handel, Industrie und Gewerbe zur Erri-

gung größeren Einflusses auf die Gesetzgebung teilnimmt, und worin ferner dem Präsidium des Hansabundes das Vertrauen der im Bunde der Industriellen vereinigten Industrie ausgesprochen und die jetzt erfolgte Störung der notwendigen Einigkeit bedauert wird.

Konservative Stichwahlparole.

Die Konservativen rechnen noch immer darauf, die Fortschrittler durch die Drohung, bei den Reichstagsstichwahlen keinen Unterschied zwischen fortschrittlichen und sozialdemokratischen Kandidaten machen zu wollen, zu einer Aenderung ihrer Taktik bewegen zu können. In einer Rede, die der Graf v. Schwerin kürzlich in Treptow a. d. Toll. gehalten hat, erklärte er:

„Sollte ich also, was ich allerdings nicht hoffe, jemals in die Lage kommen, in dieser Hinsicht (bei Stichwahlen) etwa in unserer Kreise eine Parole ausgeben zu müssen, so werde ich immer und unter allen Umständen auch den schlimmsten bürgerlichen Demokraten doch noch mit aller Entschiedenheit (als das kleinere Uebel) gegen jeden Sozialdemokraten zu unterstützen bitten.“

Darauf antwortet die „Deutsche Tageszeitung“ in gesperrter Schrift:

„Wir sind in der Lage mitzutheilen, daß die Mehrzahl der bei der Leitung der konservativen Partei beteiligten Herren in diesem Punkte vom Grafen Schwerin-Löwitz abweisen und der Ansicht sind, man müsse von Fall zu Fall entscheiden und direkte Bundesgenossen der Sozialdemokratie genau wie diese selbst auch bei den Stichwahlen behandeln.“

Zu einseitig!

Die Offiziösen sind doch noch plumper als selbst wir gedacht haben. Nachdem die „Nordd. Allg. Ztg.“ zunächst die „Köln. Zeitung“ offiziös zur Helfershelferschaft herangezogen. Sie bringt ein Berliner Telegramm, in dem es heißt: „Der Vorschlag zu der Einladung ging nicht von der deutschen Botschaft, sondern von englischer Seite aus, was auch nicht wundernehmen kann, da Macdonald Führer eines Teiles der Regierungsmehrheit im Unterhause ist.“ So! Und warum war denn Macdonald just der einzige Parlamentarier, während alle anderen Führer der Regierungspartei und sämtliche Ober- und Unterhausmitglieder nicht eingeladen waren?

Die „Köln. Ztg.“ ist diesmal nur insofern vorsichtiger, als sie nicht mehr Herrn Galdane als Urheber der Einladung nennt. Jetzt ist's nur mehr der „große Unbekannte“. Sonst aber ist dieses Dementi nur die Wiederholung der Notiz der „Nordd. Allg.“. Und was macht nun die? Sie drückt die Wiederholung ihrer ersten Unwahrheit nochmals ab und sagt: „Diese Angaben sind richtig.“ Du mußt es dreimal sagen, heißt's im Faust. Aber daß dadurch eine Lüge zur Wahrheit wird, hat auch Mepphistopheles nie behauptet; der war allerdings ein kluger Teufel, aber kein deutscher Offiziös.

Die Sache war so: Auf Veranlassung der deutschen Botschaft wurde (natürlich von englischer Seite) bei Macdonald sondiert, ob er einer Einladung Folge leisten wolle. Macdonald befragte zuerst die Arbeiterpartei. Da diese ihre Zustimmung gab (was nach unserer Auffassung besser unterblieben wäre), nahm er die Einladung an. Daß diese nunmehr formell von Galdane als Gastgeber ausgeben wurde, ist selbstverständlich, ändert aber nichts daran, daß sie auf Initiative Wilhelm's II. erfolgt ist. Macdonald befand sich unter den Ersten, die Wilhelm II. vorgestellt wurden, und dieser zog sich mit ihm zu einem längeren Gespräch über alle möglichen Fragen der Arbeiterpolitik zurück.

Das ist der Hergang der Sache, und die offiziösen Ab-leugnungen sind falsch.

Klerikale Volkserziehungsergebnisse.

Das bayerische Zentrum hat befanntlich gegen den Bayerischen Lehrverein wegen seiner angeblich kirchenfeindlichen Gesinnung eine fidele „Saubuh“ unternommen, die zu München mit einer „Katholiken“-Versammlung im Kindstheater ihren Anfang nahm. Die „Bayer. Lehrzeitg.“ veröffentlicht jetzt einige Stimmungsbilder aus dieser Versammlung, die so recht zeigen, welche Früchte die plumpmögliche Hejardbeit schon gezeitigt hat. So schreibt ein Lehrer, der an der Versammlung teilnahm:

Die anwesenden Lehrer wurden in empörendster Weise belästigt. „Werft sie nach, die Gesellschaft, die Schulmeister!“ waren noch die gelindesten Liebeswörter. Intenstor äußerte sich der Erfolg der „Friedens“-Worte (des Referenten) am Schluß der Versammlung. Die Kollegen konnten sich vor der unmittelbar anschließenden Abstimmung nicht mehr entfernen und enthielten sich daher der Zustimmung. Und da kamen sie denn wuschauend gelaufen, die Herren vom „katholischen Volk“, schlugen mit der Faust auf den Tisch und schrien: „Ihr Feiglinge! Wui Teufel! Schämt Euch, Ihr Lausbuben; alle miteinander seid's Lausbuben! Wui Teufel! Ihr wollt Jugendbildner sein; Lausbuben seid Ihr, Feiglinge! Euch sollen wir unsere Kinder anvertrauen?“ usw.

Die württembergische Zweite Kammer

hat in fünf Sitzungen das schwierige Werk der Beamtenbesoldungsreform erledigt. Die Reform bedeutet für das kleine Land eine außerordentlich starke finanzielle Belastung. Für 1911 verurteilt die Vorlage nach den endgültigen Beschläßen einen Ueberauswand von 8 166 188 M., für 1912 einen solchen von 8 801 132 M. Die sozialdemokratische Fraktion, die sich der Notwendigkeit einer Beamtenaufbesserung nicht von vornherein verschloß, machte ihre schließlich Zustimmung von einer stärkeren Aufbesserung der staatlichen Arbeiter abhängig. Die Regierung und die bürgerlichen Parteien zeigten sich diesen Forderungen gegenüber in der Kommission zunächst sehr abgeneigt und stimmten in der ersten Lesung alle Verbesserungsanträge unserer Genossen nieder. Da den bürgerlichen Parteien und der Regierung aber offenbar daran lag, die Zustimmung unserer Fraktion zum Besoldungsgesetz zu erlangen, zeigte man sich in der zweiten Lesung geneigter, auf die sozialdemokratischen Vorschläge einzugehen. So gelang unseren Genossen der von der württembergischen Arbeiterschaft freudig begrüßte Erfolg, eine Erhöhung des Aufwandes für die Löhne der Hütten-, Forst- und Verkehrsarbeiter für 1911 von 841 900 M. auf 1 259 000 M. und für 1912 von 841 000 M. auf 1 330 300 M. durchzusetzen. Für die Forstarbeiter kommen für 1912 noch 110 000 M. aus den Erträgen des Forstrentats hinzu.

Diese von der Kommission angenommenen sozialdemokratischen Vorschläge haben nunmehr die Billigung des Plenums gefunden. Unser Fraktionsredner hat bei den Plenarberatungen selbstverständlich die Gelegenheit wahrgenommen, in der verkehrten Wirtschaftspolitik und der ungerechten Steuerpolitik des Reiches die Ursachen dieser neuen finanziellen Belastung des Staates aufzudecken. Unbeschadet der vorurteilsvollen Haltung, erklärte unser Redner, die ein Teil der Beamten, namentlich die Bezirksbeamten, der politischen und gewerkschaftlichen Arbeiterbewegung gegenüber einnehmen, stimme die Sozialdemokratie für die Aufbesserung

Gewerkschaftliches.

Schiedsgerichte und Vertrauensleute.

Der „Korrespondent für Deutschlands Buchdrucker“ ist mit unserer Auffassung über die Kompetenzen des Tarifamtes den Vertrauensmännern der Arbeiter gegenüber nicht einverstanden. Der „Korrespondent“ geht mit dem Tarifamt durch Dick und Dünn. Er begnügt sich nicht damit, daß das Tarifamt die höchste Instanz in der Tarifgemeinschaft ist, sondern ihm erscheint diese Instanz offenbar auch unfehlbar. Immerhin ist der „Korrespondent“ doch entgegenkommend genug, unser abfälliges Urteil über die Entscheidung des Tarifamtes im Falle Scherl contra Verbandsvertrauensleute mit unserer „großen Unkenntnis“ des Tarifes zu entschuldigen und mahnt nur:

„Über die Kompetenz oder Nichtkompetenz des Tarifamtes in dieser Frage können nur Nichtfachleute streiten, und die täten besser, den Buchdruckern gerade in einem solchen Augenblicke das Urteil zu überlassen.“

Diese Zeilen hätten nicht geschrieben werden sollen in dem Augenblicke, als Tausende von Buchdruckern sich gleich uns anschickten, gegen das Urteil des Tarifamtes zu protestieren! Auch „Fachleute“ können also über diese Frage streiten! Wir verzichten deswegen gern auf die milderen Umstände der „Unkenntnis“ und erklären, daß gerade unsere Kenntnis der Verhältnisse uns zu der für das Tarifamt allerdings unbequemen Stellungnahme zwang.

Wie liegen denn die Dinge? Jahrzehnte der Tarifgemeinschaft hatten nicht vermocht, die Buchdruckprinzipale zur Achtung der Institutionen zu erziehen, welche sich die mit ihnen im Vertragsverhältnis stehende Schlichterschaft geschaffen hatte. Fortgesetzt kam es zu Maßregelungen der Vertrauensleute der Arbeiterschaft. Und die Klagen darüber nahmen derart zu, daß man zum Schutze dieser Vertrauensleute besondere Maßnahmen ergreifen mußte. Fühlte ein Vertrauensmann sich durch die Entlassung gemohregelt, so sollte er die Tarifinstanzen in seiner Sache anrufen können. Diese hatten dann zu entscheiden, nicht über die moralische Qualifikation der Betroffenen, auch nicht darüber, ob er für ein Vertrauensamt befähigt oder nicht befähigt sei, sondern über die Frage, ob er wegen mangelhafter Lichtheit im Beruf, wegen beharrlicher Vernachlässigung seiner Arbeitspflicht, eventuell auch wegen tatsächlichen Arbeitsmangels entlassen sei, oder aber ob die Entlassung die Antwort auf seine vielleicht etwas eifrige und deswegen dem Prinzipal unbequeme Tätigkeit für die Interessen der Organisation, für die Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen seiner Kollegen, kurz für seine Tätigkeit als Vertrauensmann sei. In dem letzteren Falle war er als gemahregelt zu erklären und der weitgehendsten Unterstützung der Tarifinstanzen sicher.

Das Tarifamt aber hat im Falle der Maschinenmeister G u f und W a l l n i g die schöne Absicht der Tarifgesetzgeber ins strikte Gegenteil verkehrt. Es hat die beiden Maschinenmeister als zur Entlassung reif erklärt nicht aus Gründen, die in ihrem Arbeitsverhältnis liegen, sondern aus solchen, welche aus der Vertrauensmännertätigkeit erwachsen. Statt die Vertrauensmänner für unberuflich zu erklären, hat das Tarifamt sie der Maßregelung ausgesetzt, ja, hat sie dem Unternehmer zur Maßregelung noch ganz besonders empfohlen. Und der hat nicht gezögert, sein Richteramt sofort auszuüben. Um aber diese Ungehörlichkeit begehrt zu können, mußte das Tarifamt seine Kompetenzen auch nach anderen Richtungen hin überschreiten. Es hat Handlungen oder Unterlassungen an dem Maßstab des Tarifes zu bewerten, aber nicht Personen zu qualifizieren. Am allerwenigsten aber hat das Tarifamt das Recht, den Parteien in der Ausübung ihrer Vertrauenspersonen irgendwelche Vorschriften zu machen, ihnen Winke über Qualifikation oder Nichtqualifikation derselben zu geben oder gar die Entfernung aus dem Vertrauensverhältnis durch den Gegner der Partei durchzuführen zu lassen.

Die Organisation der Buchdrucker mußte einpaßen, wenn dem so wäre. Das Tarifamt, in dem durch die Institution des „Unparteiischen“ die Unternehmer die Mehrheit haben, könnte dann die Vertrauenspersonen der Arbeiter durch immerwährendes Sieben gewissermaßen selbst bestimmen. Eine solche Tariforganisation würde dann kein Instrument zum Ausgleich der Interessen von Unternehmern und Arbeitern sein, sondern ein Instrument zur bequemen Ausübung der Herrschaft seitens des Unternehmertums.

Gegen einen solchen Ausbau der Tarifgemeinschaftsidee haben nicht nur die „Fachleute“ ein Interesse sich zu sträuben, dagegen muß die gesamte Arbeiterschaft Front machen! Das wäre noch schöner, daß Schiedsgerichte herkommen dürfen und die Beauftragten der Arbeiterschaft zur Maßregelung empfehlen, weil ihnen oder irgendeinem Unternehmer vielleicht die Nase eines Vertrauensmannes nicht gefällt! Auch das Tarifamt der deutschen Buchdrucker wird derartige Gelüste unterdrücken müssen, will es nicht gerade durch seine Spruchpraxis die Tarifgemeinschaftsidee aufs schlimmste gefährden. Nicht Preisgabe, sondern erhöhter Schutz ihrer Vertrauensleute hat die Arbeiterschaft von den Instanzen zu verlangen, die sachlich in allen Streitfragen aus dem Arbeitsverhältnis das letzte Wort zu sprechen haben. Sonst schwindet jedes Vertrauen zu derartigen Schiedsgerichten. Und ohne dieses Vertrauen können sie ihre vermittelnde Aufgabe nicht lösen.

Berlin und Umgegend.

Beendigung des Streiks der Eisenkonstruktionsarbeiter.

Es hatten am Mittwoch von neuem Verhandlungen zwischen der Kommission der streikenden Eisenkonstruktionsarbeiter und den Vertretern der Unternehmer stattgefunden. Darüber berichtete G a n d l e gestern nachmittag in der Versammlung der Streikenden, die, wie der überfüllte Saal deutlich erkennen ließ, noch immer einmütig im Kampf ausharrten. Es war außerordentlich schwierig, bei den Verhandlungen auch nur eine Kleinigkeit mehr zu erreichen, als die Unternehmer bisher zugelassen hatten. Für die neunstündige Arbeitszeit waren sie auch jetzt noch durchaus nicht zu haben und zunächst wollten sie überhaupt keine Arbeitszeitverkürzung zugelassen. Aber endlich erklärten sie sich, nachdem die Verhandlungen bereits ergebnislos zu verlaufen drohten, bereit, in eine Verkürzung der wöchentlichen Arbeitszeit auf 56 Stunden zu willigen, die so verteilt werden sollen, daß an den ersten fünf Wochentagen 9 1/2 Stunden, Sonnabends 8 1/2 Stunden gearbeitet wird; jedoch bleibt den einzelnen Betrieben eine andere Verteilung der Arbeitszeit freigestellt. Da in den meisten Betrieben bisher noch 60 Stunden die Woche gearbeitet wird, wäre das also eine Verkürzung um 4 Stunden. Im übrigen bleibt die schon vordem zugebilligte Bestimmung aufrechterhalten, daß Sonnabends für Aufbaumensarbeiten und Umkleiden eine halbe Stunde früher Feierabend gemacht wird, ohne Lohnabzug. Hinsichtlich der Löhne waren die Unternehmer nicht zu bewegen, mehr zu bewilligen als eine Erhöhung der bisherigen Stundenlöhne um

5 Proz. Die gegenwärtigen Lohn- und Akkordsätze werden einer Revision unterzogen und da, wo notwendig, betriebsweise aufgebessert. Was die weitere Verkürzung der Arbeitszeit betrifft, so hatten die Unternehmer nichts dawider, wenn die Arbeiter im nächsten Jahre von neuem hierüber Verhandlungen anknüpfen wollten. Im übrigen aber erklärten sie, daß sie, wenn es auf Grundlage der jetzt gemachten Zugeständnisse nicht zum Friedensschluß komme, alles zurückziehen würden. Die Arbeit müßte bis Montag wieder aufgenommen werden. Die Arbeitnehmervertreter erklärten, daß sie dies den Streikenden mitteilen wollten, und damit waren die Verhandlungen beendet. Wie der Redner weiter ausführte, hatten sich die Organisationsvertreter sowie die Kommission nach eingehender Beratung entschlossen, der Versammlung auf Grundlage des Ergebnisses der Verhandlungen die Wiederaufnahme der Arbeit zu empfehlen. Dagegen hatte die Vertrauensmännerversammlung, die sich ebenfalls mit der Frage befahte, in ihrer Mehrheit die Zugeständnisse für gänzlich unzureichend erklärt und sich für Fortsetzung des Streiks ausgesprochen. Die Versammlung hatte nun die Entscheidung zu treffen. Nach mehrstündiger, teils erregter Debatte wurde die geheime Abstimmung vorgenommen. Sie führte zu dem Ergebnis, daß 601 Stimmen für Aufhebung des Streiks und 874 dagegen abgegeben waren. Da jedoch nach dem Statut des Verbandes für die Fortsetzung des Streiks eine Dreiviertelmehrheit erforderlich ist, wurde der Streik nun für beendet erklärt, was, wie es unter diesen Umständen vorauszusetzen war, heftige Opposition hervorrief, ohne daß an den Tatsachen etwas zu ändern war.

Tarifbewegung der in der Album-, Mappen- und Galanteriewarenindustrie beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen.

In einer überfüllten Versammlung erstattete B r u c k s Bericht über den Verlauf und Stand der Tarifbewegung. Was die Arbeitgeber bewilligen wollten, war nicht ernst zu nehmen gewesen. Der Forderung, die Arbeitszeit von 54 Stunden auf 51 herabzusetzen, stellten die Herren das Angebot entgegen, vom 1. Juli d. J. ab 58 und vom 1. Juli 1914 ab 52 Stunden arbeiten zu lassen. In der Vertragszeit würden sie nicht rütteln lassen. Eine dreijährige Tarifdauer läme für sie überhaupt nicht mehr in Betracht, lieber würden sie eine vertragslose Zeit vorziehen. Redner erklärte, daß die Arbeiter sich durch die letztere Drohung nicht schrecken lassen würden. In der Lohnfrage hatten die Herren nach abermaliger Beratung Vorschläge unterbreitet, die dem entsprechen, was die Buchbinderbesitzer ihren Arbeitern bewilligt haben. Nach den Verhältnissen in der Buchbinderbranche könnten sich die Galanteriearbeiter nicht richten, erklärte B r u c k s. Das Galanteriegewerbe ist ein Saisongewerbe, während die Arbeitsverhältnisse in Buchbinderberuf ziemlich stabile sind. Die Forderungen der Galanteriearbeiter betragen im Durchschnitt 15 Proz. angesehens der gesteigerten Lebensbedingungen gewiß eine bescheidene Forderung. Bei den hierauf stattgefundenen Beratungen traten die Arbeitgeber nun mit neuen Vorschlägen hervor, die etwas günstiger als die ersten Lohnsätze gehalten waren. Doch konnten die Arbeitnehmer aus diesen neuen Zugeständnissen nicht zustimmen. Allem Anscheine nach sind die Unternehmer gewillt, den Kampf aufzunehmen und eine Maßprobe zu liefern. So sind diejenigen Arbeiter, die Kündigungsfrist hatten, zum 1. Juli gekündigt worden, und zwar sind diese Leute, die 15-30 Jahre auf derselben Stelle waren. Der 1. Juli muß also demnach als Aussperrungstermin angesehen werden. Die Arbeiter gingen nicht mutwillig in den Kampf, sie schreckten aber auch nicht davor zurück. Am Montag finden neue Verhandlungen mit den Arbeitgebern statt. Eine entsprechende Resolution wurde einstimmig angenommen.

Deutsches Reich.

Tarifabschluss in der Lederwarenindustrie.

O f f e n b a c h a. M., 22. Juni. (Privatdepesche des „Vorwärts“). Der Tarifvertrag für die Lederwarenindustrie wurde mit 1079 gegen 89 Stimmen bei circa 500 Stimmenthaltungen angenommen, ebenso in Stuttgart mit 180 gegen 36 Stimmen.

Fortdauer des Lederarbeiterstreiks in Elmshorn.

In dem kleinen hollsteinischen Städtchen Elmshorn tobt seit 9 Wochen ein erbitterter Kampf zwischen den in den dortigen Holz- und Chromgerbereien beschäftigten Lederarbeitern und den vereinigten Lederfabrikanten. Zwei Lederfabrikanten, die dem Fabrikantenverein nicht angehören, sind von dem Streik verschont geblieben. Der Kampf ist am 18. April ausgebrochen, weil die Lederfabrikanten eine Erhöhung der Stundenlöhne abgelehnt hatten. Von den Lederarbeitern wurde gefordert: Ein Mindestlohn von 44 Pf. für Hilfsarbeiter bei der nassen Arbeit und 42 Pf. Mindestlohn für die Hilfsarbeiter bei trockener Arbeit. Außerdem sollten sämtliche in Betracht kommende Arbeiter nach drei Monaten eine Erhöhung des Stundenlohnes um weitere 2 Pf. erhalten. Die Fabrikanten haben sich während des Streiks die bekannte Müllergarde der Streikbrecher-Vermittlungsfirma Müller in Wandsbeck herangezogen. Während sie die Forderungen der streikenden Lederarbeiter angeblich nicht erfüllen können, lassen sie es sich Tausende kosten, diese Streikbrecher heranzuziehen und zu beschäftigen. Die Beschäftigung der Streikbrecher erfordert bei den einzelnen Akkordarbeitern oft den doppelten Lohn und noch mehr, als ihn die Streikenden früher bekommen haben. Vom Zentralverband der Lederarbeiter sind mehrfach, so auch in voriger Woche, Versuche zur Beilegung des Kampfes gemacht worden, aber die Lederfabrikanten können ihren Herrenstandpunkt noch nicht preisgeben. Der Kampf wird deshalb mit aller Schärfe weitergeführt. Da die Elmshorner Lederfabrikanten im ganzen Deutschen Reich nach Lederarbeitern annoncierten und den Eindruck zu erwecken versuchten, als wenn der Kampf schon zu ihren Gunsten erledigt wäre, so weisen wir nochmals darauf hin, den Zug nach Elmshorn aufs strengste fernzuhalten.

Differenzen in der „Sächsischen Waggonfabrik“ in Verdau.

Am 10. Juni haben in genanntem Betriebe 800 Arbeiter die Kündigung eingereicht. Zum Teil sind diese Kündigungen am 17. Juni abgelaufen, der Rest läuft am 24. d. M. ab. Die Kündigungen erfolgten, weil die Direktion die gestellten Forderungen ablehnte. Gefordert wurde Verkürzung der Arbeitszeit von 59 auf 57 Wochenstunden, 5 Pf. Aufschlag auf alle Stundenlöhne für Holzarbeiter, Festsetzung von Mindestlöhnen und geringe Aufbesserungen der Akkordlöhne. Mit den Vertretern der Gewerkschaften zu verhandeln, lehnte die Direktion strikte ab und die langwierigen Verhandlungen mit dem Arbeiterausschuß führten zu keinem befriedigenden Ergebnis. Die geforderte Arbeitszeitverkürzung wurde schließlich zugestanden, aber alles weitere abgelehnt. Die Löhne in dieser Fabrik lassen sich sehr zu wünschen übrig. Die Sächsischen Waggonwerke sind an der Bewegung beteiligt. Zug von Holzarbeitern, Metallarbeitern, Malern und Sattlern ist fernzuhalten.

Ausland.

Achtung, Holzarbeiter! In Winterthur und Umgebung sind die Bau-, Möbelschler und Anschläger seit sechs Wochen ausgesperrt. Die Tischlermeister sind nun arg in Verlegenheit. Bis dato ist es ihnen nicht gelungen, „Arbeitswillige“, die etwas taugen, zu erhalten. Sie haben sich deshalb wieder einmal ins Ausland begeben, um dort Streikbrecher aufzutreiben, was sie freilich nicht hindern wird, nachher wieder über die verfluchten Ausländer, die Heizer und Wähler zu schimpfen. Zug von Holzarbeitern aller Branchen ist von Winterthur und Umgebung strengstens fernzuhalten. Genossen, sorgt überall für die nötige Aufklärung; beantwortet die Annoncen der Tischlermeister mit Gegenannoncen. Behufs weiterer Auskunft wende man sich an das Arbeiterssekretariat Winterthur (Telephon 909). Das Aussperrungskomitee.

Der Streik der Seeleute.

London, 20. Juni. (Fig. Ber.)

Trotz der beständigen Versicherungen der Vertreter der Schiffs Federation, daß der Streik schon „praktisch“ zu Ende ist, behauptet sich der Seemannsstreik von Tag zu Tag immer mehr aus. Daß die Berichte der kartellierten Unternehmer auf Unwahrheit beruhen, beweist schon allein die zunehmende Unruhe an der Börse, die in solchen Sachen einen ziemlich sicheren Grabmesser abzugeben pflegt. Ein wichtiger Sieg für die Seeleute ist der heute zwischen den Vertretern der Seeleute, Heizer und Schiffstellern und der großen Cunard-Gesellschaft abgeschlossene Vertrag. Gleich nach dem Bekanntwerden dieses Vertrages lief die Nachricht ein, daß auch die Booth-Gesellschaft, ein wichtiges Unternehmen, mit den Vertretern ihrer Schiffsmannschaften ein allgemein gültiges Abkommen getroffen hat. Die Herren Donald Currie u. Co., deren Angebot, die Löhne der Matrosen und Heizer um 10 Schilling den Monat und die der Schiffstellern und anderer Kategorien dementsprechend zu erhöhen, nicht angenommen worden ist, geben bekannt, daß ihre Dampfer, die zur Besichtigung der Flottenschau nach der Krönung bestimmt waren, nicht fahren werden.

Einen wichtigen Zuwachs erfuhr die Bewegung ferner gestern durch den Beschluß der Seemannsorganisation in Hull, unmittelbar Forderungen zu stellen. Die Sonderorganisation in Hull, die 700 Mitglieder zählt, hat sich bisher abseits gehalten, was von der bürgerlichen Presse zu Anfang des Streiks sehr nachdrücklich betont wurde.

In Bristol hatten die Streikenden gestern einen beachtenswerten Erfolg zu verzeichnen. Die Steam Navigation Company kam den Arbeitern so weit entgegen, daß diese sich bereit erklärten, sich anzuheuern zu lassen. In South Shields sind 1000 Damarbeiter in den Streik getreten und verlangen eine Lohnerhöhung. Auch die zur Shipping Federation gehörigen Schiffe „Hurona“ und „Blasfield“, die augenblicklich in North Shields liegen, haben die Forderungen der Streikenden bewilligt. In Glasgow und Leith sind die Damarbeiter ebenfalls in den Ausstand getreten. In Leith können gegen 30 Dampfer keine Mannschaften bekommen.

Höchst erfreulich ist das Verhalten der schwarzen Heizer in Liverpool. Die Elber Dempster-Gesellschaft beschäftigt auf ihrem Afriladampfern, von denen augenblicklich 7 in Liverpool liegen, Heizer als Heizer und Kohlentrimmer. Diese haben sich nun mit den Streikenden solidarisch erklärt und gehören den Bericht nach zu den begeistertsten Anhängern des Streiks. Schwarze Heizer erhielten bisher einen monatlichen Lohn von 45 Schilling, die Trimmer einen solchen von 35 Schilling; sie wurden auch im Hafen von der Gesellschaft beschäftigt oder empfangen. Diese Mannschaften verlangen nun 70 Schilling und 60 Schilling den Monat. Die Heizer drohen damit, in Zukunft nur weisse oder chinesische Heizer zu beschäftigen, welche letztere sich mit der Hälfte des Lohnes der Heizer zufrieden geben.

Der Streik ist bisher über alles Erwarten glücklich verlaufen. Zwar führen die Vertreter der Shipping Federation noch eine sehr herrische Sprache, aber die Stütze, auf die sie sich verlassen, dürfte sich bald als ein schwankendes Rohr erweisen. Mit ihren auf Schiffen eingesperrten „Madlegs“ werden sie nicht viel ausrichten. Wenigstens ein Schiff mit Streikbrecherbesatzung ist wieder zurückgekehrt, da die Leute nicht zu gebrauchen waren und der Kapitän sein Leben nicht riskieren wollte. In Cardiff und anderen Häfen ist es zu Reibereien mit Streikbrechern gekommen. Namentlich haben die Versuche, Chinesen als Streikbrecher zu benutzen, wie von jedermann vorausgesehen wurde, zu großer Erbitterung geführt. In Cardiff sind ein englischer und zwei deutsche Matrosen des Nordversuches an Chinesen angeklagt. Höchstwahrscheinlich sind die Delikte weit weniger schlimm, als sie von der aufgeregten Kapitalistenpresse hingestellt werden.

Aus Industrie und Handel.

Ein internationaler Stahlring.

Die Vertreter der bedeutendsten Eisenwerke der Welt sind in Brüssel zusammengelommen, um eine gegenseitige Verständigung der Stahlindustriellen in die Wege zu leiten. Der Deutsche Stahlwerksverband, der allerdings nur noch ein Jahr lang unbedingt mitzählt, ist durch seinen Direktor vertreten, das Oesterreichische Eisenkartell durch den Zentraldirektor der Prager Eisenindustrie, der Stahltrust durch seinen Chairman. Ferner haben sich die britischen Exportindustriellen beteiligt und die belgischen und französischen Kontore der Stahlwerke. Für genügende und namhafte Beteiligung ist also gesorgt. Auch an hohen Stellen fehlt es nicht, die der internationalen Tagung gestiftet sind. Nicht weniger als eine Verständigung über den Weltmarkt der Eisensfabrikate soll erzielt werden. Ueber die Abgabebiete will man sich ebenso einigen wie über die Preise, die auf dem Weltmarkt künftig Geltung haben sollen. Das ist sehr viel. Keinem der Beteiligten wird wohl auch nur entfernt der Gedanke gekommen sein, daß auf der Brüsseler Tagung die beiden Ziele auch wirklich erreicht werden. Wenn sich trotzdem so angesehen Vertreter der Eisenindustrie in der belgischen Hauptstadt zusammengefunden haben, so ist dies darauf zurückzuführen, daß sie sich von der internationalen Aufgabe sehr viel versprechen, auch wenn gleich ein Welttrust das Licht erblickt, der schon als Vorahnung manche Gemüter in Schreden gesetzt hat. Internationale Abmachungen der Produzenten haben stets nur einen geringen Wert gehabt, ob sie nun in lose oder feste Formen gekleidet worden sind. Ein Kartell von internationaler Bedeutung ist in fester Form überhaupt nur als Trust denkbar. Jeder syndikalistischen Vereinigung steht die Verschiedenartigkeit der Landesgesetze ein für allemal im Wege. Deshalb haben auch die bisherigen internationalen Verbände der Eisenindustrie nur eine lose Form gehabt. Solche lose Konventionen leiden aber nun wieder daran, daß sie keinerlei Kontrolle darüber ermöglichen, ob sie auch gehalten werden. So ist das Internationale Kohlenkartell nach sehr kurzem Bestehen wieder in die Brüche gegangen. Nur die christlichen Werke hatten sich durch seine Abmachungen für gebunden erachtet. Die übrigen moagelten eben, sobald ihnen die Mogelei vorteilhafter zu sein schien als die Ehrlichkeit. Der Internationale Trägerverband hat überhaupt nie mehr als ein Scheinwesen geführt, und nicht viel anders ergeht es dem Internationalen Schienenabkommen, das durch das Aufblühen der russischen Eisenindustrie fast überflüssig gemacht wurde. Die führenden Persönlichkeiten der Eisenindustrie kennen dieses Resultat früherer internationaler Abmachungen selbst genau genug, um sich bezüglich dessen großen Hoffnungen hinzugeben, was in der Brüsseler Tagung zu erreichen sein wird. Wenn sie trotzdem erscheinen, so ist dies, wie schon gesagt, darauf zurückzuführen, daß eine Aussprache über die Lage des Eisenmarktes auch ohne bindende Abmachungen von großem Vorteil für die Eisenwerke der verschiedenen Länder ist. Es kann sich daraus eine bestimmte Stellungnahme zu verschiedenen Fragen von internationaler Bedeutung entwickeln, die erst später aktuell zu werden brauchen, aber ohne die jetzt geschaffene persönliche Fühlungnahme sich doch nicht werden durchführen lassen. Die Brüsseler Tagung ist in erster Linie eine Vorbereitung für spätere Abmachungen. Wichtige Resultate dürfte sie dagegen kaum bringen.

Letzte Nachrichten.

Der europäische Rundflug.

Utrecht, 22. Juni. (H. V.) Die Reihenfolge der hier gelandeten Teilnehmer an dem europäischen Rundfluge ist folgende: 1. Gibert, 2. Widart, 3. Gattos, 4. Beaumont, 5. Wynnmalen, 6. Kimmeling, 7. Train. Die Flieger K e n o u z und L e v a s s e o r sind bei Venlo abgestürzt und sollen schwer verletzt sein. Bestimmte Nachrichten über den Zustand dieser beiden Aviatiker fehlen noch.

Die Pest auf Java.

Amsterdam, 22. Juni. (W. T. V.) In der vergangenen Woche sind auf Java 55 Pestfälle, darunter zwei an Lungenpest, und 44 Todesfälle vorgekommen. Soerabaya ist jetzt pestfrei.

Das Urteil der Berliner Buchdrucker über den Konflikt bei Scherl.

Wir haben gestern bereits Stimmung und Verlauf der Buchdrucker-Versammlung vom Mittwoch kurz mitgeteilt. Es seien hier nun noch verschiedene Einzelheiten aus der Versammlung hervorgehoben. Während des Referats des Gauvorsitzenden Albrecht wurden, wo der Redner das Vorgehen gegen die beiden gemäßigten Maschinenmeister erwähnte, heftige Pfuirufe laut, wogegen mit nicht minderer Kraft und Ausdauer „Pravol“ gerufen wurde, als der Redner die Arbeitsniederlegung und Solidaritätserklärung der übrigen Maschinenmeister erwähnte. Der Redner verschwieg im weiteren Verlauf seines Referats nicht, daß das Verhalten der Geschäftsleitung bei Scherl schon seit langem derartig war, daß sich eine solche Erregung und ein sich immer mehr anhäufender Unwille schließlich einmal geltend machen mußte. Allerdings hätten die Maschinenmeister dennoch die legalen Wege gehen müssen, und es sei zu bedauern, daß sie das nicht taten. Aber erklärlich sei es, weil die Firma Grund genug zu Unwillen gegeben habe. Die Entscheidung des Tarifamtes müsse in ihrem Absatz 3 als durchaus unverständlich bezeichnet werden. Auf keinen Fall sei ein Urteil zu billigen, durch das diese zwei Maschinenmeister als Geiseln herausgegriffen wurden. Kein Paragraf des Tarifvertrags erlaube es, Vertrauensmänner als unqualifiziert oder ungeeignet für diesen Posten zu erklären. Die Vertrauensleute seien keine Tarifeintrichter, sondern hätten den Schutz der Tarifgemeinschaft zu genießen. Wollte das Tarifamt und damit die Prinzipale Einfluss darauf haben, welche Leute die Geiseln zu ihren Vertrauensmännern ernähren, so könnte man ja mit demselben Recht von der Prinzipalität verlangen, daß sie den Gehilfen in den Betrieben Einfluss auf die Anstellung der Vorgesetzten und Vertreter der Prinzipale einräume. Wenn solche Tarifamtsentscheidungen Geltung haben sollten, so würden sich die übrigen Gewerkschaften wohl fragen, ob es überhaupt noch opportun sei, Tarifverträge abzuschließen. Der Redner verlas schließlich das Urteil der „Holzarbeiterzeitung“ über die Angelegenheit, das darauf hinausläuft, daß dem Tarifvertrag kein schwererer Schlag verfehrt werden konnte, als eben durch jene Entscheidung. (Zwischenruf: Der „Korrespondent“?) Nein, sagte der Redner, das schreibt die „Holzarbeiterzeitung“, nicht der „Korrespondent“.

Nach Beendigung des Referats verlas der Vorsitzende Massini die eingelaufenen Anträge. Als die vom Gauvorstand vorgelegene Resolution verlesen wurde, rief man bei den Worten „verurteilt die Arbeitsniederlegung“ allgemein und heftig: „Nein, nein!“ Je schärfer bei Verlesung der aus der Versammlung gesammelten Resolutionen die Entscheidung des Tarifamtes oder die Haltung der daran beteiligten Gehilfenvertreter verurteilt wurde, um so stärker war der Beifall.

Als erster Redner erhielt der gemäßigteste Vertrauensmann Huf das Wort, mit stürmischem Beifall begrüßt. Er führte unter anderem aus, daß die den Maschinenmeistern aufgewungene geteilte Arbeitszeit schlimmer sei als die der Wäcker, da die Maschinenmeister dabei keinen Tag, keinen Abend mehr für sich hätten. Des weiteren teilte er noch einiges mit von der Behandlung, die dem Personal bei Scherl zuteil wurde. Es war da z. B. in einem Arbeitsraum der Fußboden beständig so schmierig und schlüpfrig, daß stets die Gefahr vorlag, auszugleiten und dabei vielleicht gar in das Getriebe der Maschinen zu geraten. Als man Abhilfe verlangte, antwortete der Faktor Genich: „Ja, wem das nicht paßt, der kann sich ja eine andere Stellung suchen!“ Aber weiterhin erklärte dieser Herr:

„Was schadet's denn, wenn sich ein paar Leute die Knochen brechen? Warum bezahlen wir die 10 000 M. Unfallprämie!“

Daß der Mann diese unglaublich rohe Kennerung getan hat, wird von anderen bestätigt. Der Redner führte ferner aus, daß er sowohl wie sein ebenfalls gemäßigter Kollege sich, nachdem sie schon entlassen waren, brauchen vors Tor stellen und die übrigen Maschinenmeister aufforderten, hineinzugehen in den Betrieb und ruhig abzuwarten, was die machenden Instanzen in der Sache tun würden. Sie haben sich also rechtlich bemüht, die Empörung ihrer Kollegen über die Maßregelung zu dämpfen, aber es ist ihnen mit bestem Willen nicht gelungen. Der zweite gemäßigtere Vertrauensmann, Wallnig, der später im Verlauf der Diskussion, ebenfalls von demonstrativem Beifall begrüßt, zu Worte

lam, fragte zunächst, ob Döblin da sei, und allgemein rief man aus der Versammlung nach dem Verbandsvorsitzenden. Aber er war nicht da. Der Redner stellte dann den Antrag, die Versammlung möge beschließen, daß den beiden gemäßigten Vertrauensmännern in weitestem Umfang Rechtsschutz zuteil werde, damit die vom Tarifamt ausgesprochene Berufsverurteilung durch die bürgerlichen Gerichte zur Aufhebung gebracht werden könne. Der Antrag wurde von der Versammlung mit lautem Beifall aufgenommen, kam aber nicht zur Abstimmung. Der Redner bemerkte ferner, daß Scherl zunächst erst 20 der Maschinenmeister wieder eingestellt habe, und erst am Mittwoch den dreißigsten, obwohl er doch verpflichtet war, alle 30 sofort wieder einzustellen. Es ist auch gleich wieder Heberzeitarbeit von den Maschinenmeistern verlangt worden, aber sie lehnten das ab mit der Begründung, daß man erst die anderen wieder einstellen solle.

Im übrigen sprachen in der Diskussion noch mehr als ein Dutzend Redner aus dem Kreise der Versammelten, und in allen ihren Ausführungen kam immer wieder die Entrüstung über die Entscheidung des Tarifamtes und über das Verhalten derjenigen Verbandsleiter zum Ausdruck, die dieses Urteil billigen und sich mit ihrer allzu scharfen Beurteilung der Arbeitsniederlegung nach Meinung der Redner auf der Seite der Prinzipale stellten.

In der weiteren Diskussion wurde unter anderem ausgeführt: Wenn die, die das Urteil fällten, noch einen Funken Ehrgefühl besäßen, hätten sie ihre Ämter niederlegen müssen. Der Jurist, der als Unparteiischer im Tarifamt sitze, sei tatsächlich parteiisch für die Unternehmer, und wenn die Parität gewahrt werden sollte, müßten die Gehilfen auch noch einen ebenso unparteiischen Juristen im Tarifamt haben. Es müsse dafür gesorgt werden, daß eine derartig mittelalterliche Rechtsprechung, wie sie hier in dem Urteil des Tarifamtes zutage getreten, in Zukunft nicht mehr möglich werde. Wohl hätten die Maschinenmeister bei Scherl eine Dummheit gemacht, aber die Verbandsleitung habe schon viele andere Dummheiten begangen, und wenn man sich so dem Wunsche der Unternehmer fügen wolle, so läme der Verband dahin, statt seiner Mitglieder und Vertrauensleute die Hinbegarde zu schützen. Wenn die Prinzipale behaupteten, sie brauchen an den Rotationsmaschinen keine gelernten Arbeitskräfte, so hätten sie nun wohl einsehen müssen, daß die Maschinen im Druck stehen bleiben, wenn die Maschinenmeister fehlen. Man könne bei dem ganzen Konflikt auf den Gedanken kommen,

daß er vom Verlegerverien inszeniert worden sei,

und um so bedauerlicher sei es, daß sich der Buchdrucker-Verband gleichsam zur Hilfe für die Unternehmer hingeeben habe. Der Tarifvertrag werde von den Prinzipalen, besonders hinsichtlich der Bestimmung, daß bessere Verhältnisse nicht verschlechtert werden dürfen, geradezu mit Füßen getreten. Das Schlimmste an den Vorgängen sei, daß man die Gemäßigten noch offen durch Anschlag an den Säulen gleichsam an den Pranger stelle, wenn es auch in der Arbeiterschaft sonst als eine Ehre gelte, vom Unternehmertum gemäßigert zu werden. Die Verbandsleitung sei jetzt schon dabei, die Gehilfen in der Provinz gegen die Berliner schwarzzumachen. Am Sonntag bereits habe das Verbandsvorstandsmittglied Eisler im Odeon versucht, eine Protestresolution gegen die Berliner zur Annahme zu bringen, allerdings vergeblich. Wie einer der Redner ausführte, sei die einzige gute Wirkung der ganzen Angelegenheit, daß die Gehilfen sich einmal wieder ausgerüttelt wurde. Der Konflikt selbst könne nur vorübergehenden Schaden bringen, dauernden Schaden aber habe der Verband durch die Entscheidung des Tarifamtes erlitten. Man habe es gar nicht glauben können, daß alle Vertreter der Gehilfen im Tarifamt sich auf Seite der Unternehmer stellten. (Zwischenruf: Raus aus dem Verband mit ihnen!) Disziplin sei gut und notwendig für jede Organisation, aber das Band, das die Organisation zusammenhalte und ihr ihren Wert gebe, sei die Solidarität. Die Behauptung, daß in der Vertretung der Streikarbeit Tarifbruch liege, sei bewußt unwahr. Unerhört sei es, daß Vertreter der Gehilfen sich dazu hergaben, bestimmte Kollegen zu brandmarken und zu verjemen. Wiederholt wurde im Laufe der Diskussion aus der Versammlung gerufen, man solle die Personen, die für jenes Urteil eintraten, aus dem Verband ausschließen, sie aus der Organisation hinauswerfen und vergleichen mehr. Von verschiedenen Druckereien wurde in der Versammlung erklärt,

daß die Vertrauensleute ihre Ämter niedergelegt hätten, weil sie ja doch auf keinen Schutz beim Verbands zu rechnen hätten. Demgegenüber forderte Massini auf, trenn zum Verbands zu halten und betonte, daß es doch im Interesse der gesamten Gehilfenerschaft notwendig und unerlässlich sei, auf dem Posten der

gutes Stück Geld und Kraft opfern, um das von der Volksschule Verkaupte nachzuholen. Einige Verbände, u. a. auch die Holzarbeiter, haben deshalb die gewiß empfehlenswerte Nummerung eingeführt, die Kataloge mit Einleitungen in die Literaturgebiete zu versehen. Auch der Inhalt einzelner, besonders empfehlenswerter Werke wird kurz skizziert. Dieses einführend-vermittelnde Verfahren dürfte der Beste Weg sein zur Hebung der Leser.

Der literale Ursprung der preussischen Verfassung. Die oktroyierte und revidierte preussische Verfassung ist zwar immer noch besser als die preussische Praxis — denn sie entstand doch in der bewegten Luft des Revolutionsjahres —, aber sie ist doch nur eine Parodie der belgischen Verfassung und die traurige Urkunde eines Volkes, das bis zum heutigen Tage nicht die Kraft politischer Selbstbestimmung gefunden hat. Die preussische Verfassung ist die absurde Verkopplung eines monarchischen Absolutismus mit einem fiktiven Parlamentarismus, der gerade wegen seiner inneren Ohnmacht radikale Worte konstitutioneller Färbung liebt.

Neuere Verfassungen haben festgestellt, welchen Anteil der deutsche Absolutismus an diesem Erzeugnis gehabt hat. Friedrich Wilhelm IV. wurde für die oktroyierte Verfassung vom 5. Dezember 1848 wesentlich von den reaktionären Vorschlägen beeinflusst, die Peter Reichensperger, der spätere Zentrumsführer, in der Verfassungskommission des Jahres 1848 zu dem ursprünglichen Regierungsentwurf vom 20. Mai 1848 gemacht hatte. Mit nicht unbegründetem Stolz wird deshalb in einer Abhandlung der Münchener-Globus-Druckerei „Soziale Kultur“ die preussische Verfassung als die Charta Reichenspergers bezeichnet.

Die Abkürzung der Verfassung „Vom König“, „Von den Ministern“, „Von den Kammern“ sind im wesentlichen und zumeist wörtlich nach den Anregungen Reichenspergers oktroyiert worden. Ihm „verdanken“ wir namentlich das absolute Vetorecht der Krone, das jede Verfassung verhöhnt, und das nicht minder absolutistische entscheidende Minister-Ernenntungs- und Entlassungsrecht des Königs. Die Wiederherstellung des Gottesgnadentums ist literales Gewächs. So geht das literale Gespenst von Anfang an in der preussisch-deutschen Verfassung um.

Ein Brief der Pombodour, den Aug. Pawlowski in der Brüsseler „Nouve Générale“ mitteilt, zeugt von einem merkwürdigen Scharfsinn der Mätresse Ludwig XV. für die politischen Wirkungen des Aufstiegs der Bourgeoisie. Der Anschlag des Schreibens, das die Pombodour am 25. Juli 1750 an den Gesandten im Haag de Saint Contest richtete, war die Adelsverleihung an einen reichen Kaufmann. Die Briefschreiberin sagt: Diese Affäre de Balbure ist eine Eitelkeitsaffäre, die in ihren Konsequenzen gefährlich werden kann, da man geneigt scheint, alle zu adeln, die sich im Handel auszeichnen, was notwendigerweise alle Rangordnungen des Staates in Verwirrung bringen muß und vielleicht eine Revolution in der Regierung herbeiführen wird. In einer Monarchie gibt der König seinem ersten Minister einen Fußtritt, dieser gibt ihn den Großoffizieren der Krone, die ihn ihren Untergebenen weitergeben. Es

Vertrauensmänner auszuhalten. — Nachdem gegen 1 Uhr ein Antrag auf Schluß der Debatte angenommen war, suchte das Gauvorstandsmittglied Schleffler nochmals den Standpunkt des Gauvorstandes darzulegen, wurde aber durch die steigende Unruhe der Versammlung am Reden gehindert. Bei der Abstimmung über die vorliegenden Resolutionen wurde zunächst die schon erwähnte Resolution gegen die Stellungnahme der Gehilfenvertreter des Tarifamtes mit starker Majorität angenommen. Für die Resolution des Gauvorstandes mit einigen Abänderungen trat dann noch der gemäßigtere Vertrauensmann Huf ein. Und sie wurde schließlich in der Form angenommen, daß im ersten Absatz statt „und verurteilt deshalb“ gesetzt wurde „und bedauert deshalb“, und daß im letzten Absatz statt „Deshalb ersucht“ gesetzt wurde „Deshalb verlangt die Versammlung dringend, daß“ usw., und, wie schon gestern erwähnt, mit dem Passus, der die Schreibe des „Korrespondent“ über die Angelegenheit verurteilt. Wie es in dem Absatz heißt, sei die Haltung des „Kor.“ gegenüber den Kollegen geeignet, die Buchdrucker in der Haltung der übrigen organisierten Arbeiterschaft herabzusetzen. Sodann wurde noch beschlossen, daß die Resolution durch Anschlag an die Säulen bekanntgegeben werden soll.

Die Buchdrucker-Gehilfen hielten am Mittwoch ihre regelmäßige Mitgliederversammlung ab. Nach dem Vorschlag des Vorstandes sollte als erster Punkt der Tagesordnung der Konflikt in den drei großen Zeitungsbetrieben besprochen werden. Auf Antrag der Arbeiter von Ulstein, den auch die Arbeiter von Scherl und Rosse beauftragten, wurde beschlossen, die Angelegenheit in einer besonderen Versammlung zu besprechen, die, um auch den Nichtarbeitern die Beteiligung zu ermöglichen, am nächsten Sonntag nachmittags abgehalten werden soll.

Achter ordentlicher Genossenschaftstag.

Leipzig, 21. Juni. Dritter Verhandlungstag.

Die Sitzung beginnt mit Entgegennahme des Referats von Professor Dr. Staudinger-Darmstadt über

„Das Konsumgenossenschaftliche Fortbildungswesen.“

Nachdem der Referent eingehend die Notwendigkeit genossenschaftlicher Erziehung und Fortbildung begründet hatte, berichtete er über die Tätigkeit der eingeleiteten Kommission zur Prüfung der Frage des Konsumgenossenschaftlichen Fortbildungswesens. Der Kommission standen bisher 23 000 M. zur Verfügung, von denen 3644 Mark aufgewandt wurden. Die Kommission geht Schritt für Schritt in der Lösung ihrer Aufgabe vorwärts. Zunächst habe sie eine Anzahl von Vortragsthemen herausgestellt und tüchtige Referenten in allen Gauen des Landes gewonnen, um in Bezirksversammlungen genossenschaftlicher Verwaltungsmittglieder Vorträge über genossenschaftliche Fragen und Aufgaben halten zu lassen, um zunächst hier bei den wichtigsten Trägern der Genossenschaftsbewegung ihre erzieherische Tätigkeit zu beginnen. Der nächste Schritt sollte die Einrichtung bezirksweise abzuhaltender Unterrichts-kurse und die Anstellung einer tüchtigen Lehrkraft zur Organisation und Leitung dieser Kurse sein. Für die spätere Zukunft sei die Errichtung eines zentralen Unterrichtsurses in Hamburg in Aussicht genommen. Redner legt folgende Resolution vor:

Der achte ordentliche Genossenschaftstag des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine vom 19. bis 21. Juni 1911 in Leipzig nimmt mit Befriedigung von dem Bericht über die Tätigkeit der auf dem vorjährigen Genossenschaftstag in München gewählten Kommission zur Prüfung der Frage des Konsumgenossenschaftlichen Fortbildungswesens Kenntnis und beschließt, diese Kommission unter dem Namen „Fortbildungskommission des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine“ mit der Ausführung der weiteren notwendigen Arbeiten zur Förderung und Pflege des Konsumgenossenschaftlichen Fortbildungswesens zu betrauen.

Insbefondere sind neben der Förderung des Konsumgenossenschaftlichen Bezirksversammlungswezens auch Konsumgenossenschaftliche Bezirksunterrichtskurse einzurichten. Die Befolgung der erforderlichen Lehrkräfte und die Lieferung der Lehrmittel hat aus den Mitteln des Bildungsfonds zu geschehen. Ueber weitere Aufwendungen aus diesem Fonds zwecks Unterstützung der Kuristen entscheidet die Kommission selbstständig.

Der Genossenschaftstag dankt allen denjenigen genossenschaftlichen und anderen Organisationen und Personen, die zum Bildungsfonds beigetragen haben, für ihre Opferwilligkeit und

ist dies eine fortgesetzte Rückwirkung zwischen den verschiedenen Rangstufen des Staates, die beim letzten der Untertanen endet. In den Republiken ist anders. Wer sich am letzten Platz befindet, kann an den ersten gelangen, und daher trägt immer eine Art von Gleichheit, die zwischen den Mitgliedern der Gesellschaft bleibt. Sie sind alle Bürger. Es gibt von Verfassung wegen keinen dauernden Unterschied zwischen ihnen. Sie sind alle Adelige und Weisgeber. Wenn man in Frankreich erst einmal die Rangstufen durcheinander bringt, wenn ein Kaufmann Edelmann werden und seinen Handel forssetzen kann, werden alle Unterschiede abgeklafft und stufenweise wird sich die Monarchie in eine Republik verwandeln.“ Die Bedeutung des formalen Aktes der Adelsverleihung wird natürlich von der Marquise — sie scheint übrigens die Adels-erwerbung durch förmlichen Beschluß für weniger umsturzgefährlich gehalten zu haben — weitens überschätzt. Die revolutionäre Wirkung des gesellschaftlichen Aufstiegs des Bürgertums ist aber sehr richtig beurteilt. Auch mutet die ungenierte realistische Fußtritt-Theorie ihres Monarchismus entschieden angenehmer an, als gewisse abgeschmackte preussisch-mythische Auffassungen.

Die ersten Kunstausstellungen. In der Zeitschrift „Gracila“ plaudert Anatole France über die Entstehung unseres modernen Kunstausstellungswezens und über die ersten regelmäßigen Kunstausstellungen. Es war Colbert, der den Gedanken faßte, die Vorfahrungen von Bildern, die man schon gelegentlich veranstaltet hatte, zu einer festen, periodisch wiederkehrenden Einrichtung zu machen. Er wirkte im Jahre 1663 die Erlaubnis dazu von Ludwig XIV., aber die Verwirklichung des Plans vollzog sich erst vier Jahre später. Vom 9. bis zum 23. April 1667 öffnete die erste öffentliche Gemäldeausstellung dem Publikum ihre Pforten. Die Mitglieder der königlichen Akademie der Künste waren verpflichtet, diese Ausstellung zu besuchen. Aber es fehlte noch ein Widerstand; der ist zum ersten Male 1673 erschienen. Es war ein kleines, menschliches, schlecht gedrucktes Heft. Aber für Sammler ist er heute eine kostbare Seltenheit. Die Gemäldeausstellungen fanden zunächst nur alle zwei Jahre statt. In mancher Hinsicht ist sie überhaupt nur, wenn die Akademie genug Geld hatte, um die Kosten zu tragen, was nicht immer der Fall war. Unter Ludwig XV. wurden dann zuerst die Bilder in dem großen vieredigen Saal des Louvre ausgestellt, jenem berühmten Salon Carré, der heute die Meisterwerke des Louvre-Museums vereinigt. Von diesem Ort erhielt die Gemäldeausstellung den Namen „Salon“, den sie sich auch in den viel weitläufigeren Säulenhallen, die sie seitdem inne hat, bewahrte. „Der Salon Carré braucht sich nicht zu beklagen, daß er heute nicht mehr der jungen Malerei dient. Er hat jetzt einen beständigeren und besser ausgetüchteten Schmeck erhalten. Uebrigens wäre er auch etwas klein, wollte er die Erzeugnisse unserer Kunst in sich aufnehmen. Wir haben seit dem 18. Jahrhundert große Fortschritte in der Malerei gemacht, ich meine nicht, in ihrem Wert, sondern ich spreche nur von ihrer Menge.“

Kleines feuilleton.

Die Berliner Arbeiter-Bibliotheken im Jahre 1910. Dem Beispiel anderer Orte folgend, hatten wir im Vorjahre eine umfassende Zusammenfassung der in den Berliner Gewerkschaftsbibliotheken vorhandenen Werke und deren Benutzung gegeben. Die in Betracht kommenden 40 Bibliotheken sind nicht zentralisiert, sondern werden jede für sich verwaltet. Die Zentralisierung ist zwar diskutiert worden — und auch zurzeit liegt wieder ein solcher Antrag von den Parteigenossen in Teltow-Beeskow vor — doch an ein befriedigendes Resultat ist vorläufig noch nicht zu denken. Allerdings soll zum Herbst die Frage von der Berliner Gewerkschaftskommission weiter beraten werden. Wie immer auch die Zentralisierung angestrebt werden mag: es wird sich dabei wohl mehr um eine allgemeine Leitung und besonders um die Finanzierung handeln, als um eine Konzentrierung der Bücherbestände an einem Ort. Im Gegenteil wird es zweckmäßiger sein, die Ausleihstellen nach dem Vorbild des Metallarbeiterverbandes auf verschiedene Stadtgebiete zu verteilen.

Zu dem vorjährigen Bücherbestand sind im Laufe des letzten Jahres 3000 Bände hinzugekommen, so daß in 40 Bibliotheken jetzt rund 48 000 Bände vorhanden sind. Die Ausleihziffer hat sich um die fastliche Zahl von 30 000 erhöht, bei den Metallarbeitern allein wurden gegen das Jahr 1909 16 000 Bände mehr ausgeliehen. Demnach sind im Berichtsjahre 1910 insgesamt circa 157 000 Bände ausgeliehen worden. Die aufgewandten Gelder haben sich gegen 1909, wo sie 18 808 M. betrugen, nicht vermehrt. Wohl aber planen einzelne Bibliothekverwaltungen, so zum Beispiel die des Holzarbeiterverbandes, größere Umänderungen und Ergänzungen des Bücherbestandes für das laufende Jahr. Der Metallarbeiterverband gab 3200 Mark, der Holzarbeiterverband 1500 M. für Renanstaufgaben aus. Einzelne Verbände verfahren jedoch auch anders. So will der Gärtnerverband in Zukunft nur noch die für seine Mitglieder in Frage kommende fachwissenschaftliche Literatur besitzen und im übrigen seine Mitglieder an die Hermannsche Bibliothek verweisen. Die Bauhilfsarbeiter sind dadurch zum Genusse einer Bibliothek gekommen, daß sie sich mit dem Verband der Maurer verschmolzen haben.

Interessant dürfte auch sein, daß der Metallarbeiterverband die Jugendlektüre stark pflegt; in seiner gutgeleiteten Bibliothek befinden sich 628 Jugendbücher. Besonders erfreulich ist es, daß im Buchhändlerverbände die weiblichen Mitglieder ein starkes Kontingent stellen. Diese benutzen zusammen 1886 mal die Bücherlei. Der weif, wach seichnen Schund sonst vielleicht die Berliner jungen Mädchen lesen, wird diese lebhafteste Anteilnahme begrüßen. Freilich haben in der Anleitung der Leser zu besseren ästhetischen und sozialwissenschaftlichen Werken die Bibliothekare zuweilen noch einen schweren Stand, wie das ja dank der Volksschulbildung als selbstverständlich erscheint. Die freien Gewerkschaften müssen ein

Aus der Partei.

ordnet insbesondere die genossenschaftlichen Organisationen des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine auf, durch Zuwendungen zum Bildungsfonds und andere geeignete Maßnahmen das für die weitere Entwicklung des Konsumgenossenschaftswesens so überaus bedeutungsvolle Fortbildungsweesen nach besten Kräften zu unterstützen.

An das Referat schloß sich eine kurze Debatte, in der sich die Redner mit dem Grundgedanken der Ausführungen Staudingers, daß die genossenschaftlichen Bildungsbestrebungen notwendig sind, einverstanden erklärten und zum Teil Vorschläge machten, wie sie die Ausführung des Gedankens wünschten. Die Resolution des Referenten fand einstimmige Annahme.

Der Genossenschaftstag nahm dann ein Referat von Konrad Barth-München entgegen über

Genossenschaftliche Erfahrungen aus der Entwicklungsgeschichte des Verbandes süddeutscher Konsumvereine.

Der Referent schilderte in großzügiger Weise die Entwicklung des süddeutschen Verbandes und hob besonders die Kulturarbeit, die die Konsumvereine geleistet, hervor. Trotz aller Widerstände hätten sich die süddeutschen Konsumvereine mächtig entwickelt. Wenn werden endlich, so schloß der Redner, die Regierung, die Parteien — Rationalisten und Zentrum — objektiv genug sein, um anzuerkennen, was die Genossenschaften geleistet haben und fortwährend leisten?

Den Bericht über die

Tätigkeit des Tarifamtes

gibt hierauf v. Elm-Hamburg, der eingangs betont, daß auf Grund freier Vereinbarungen zwischen den Gewerkschaften und Genossenschaften in verschiedenen Orten eine Erhöhung der Ortszuschläge eingetreten ist. v. Elm befragt dann ausführlich die einzelnen Entscheidungen, die das Tarifamt gefaßt hat. Für die Orte Kachen, Albershof, Bielefeld, Bochum, Bremen, Düsseldorf, Erfurt, Greiz, Kamenz, München, Sendling und Stuttgart wurde eine Erhöhung der Ortszuschläge festgesetzt. Die Zahl der Genossenschaften, die die Tarife der Gewerkschaften anerkannt haben, hat ein ständiges Wachstum erfahren. Ingesamt werden wohl etwa 95 Proz. aller technischen Arbeiter der Genossenschaften des Zentralverbandes zu den tariflich festgesetzten Lohn- und Arbeitsbedingungen arbeiten. Mit diesem Resultat könne man im Grunde genommen zufrieden sein. Immerhin sei es sehr bedauerlich, daß doch noch eine Anzahl von Vereinen im Zentralverband vorhanden ist, die tarifunten sind. Das Tarifamt hoffe, daß diese Vereine binnen kurzem ihren Standpunkt verlassen und ihre soziale Einsicht dadurch bestätigen möchten, daß sie die Tarife anerkennen. Zum Schluß seiner Ausführungen wandte sich v. Elm gegen einen vorliegenden Antrag des Konsumvereins Leipzig-Plagwitz, daß zu den Sitzungen des Tarifamtes sowohl die klagende wie die verklagte Partei Vertreter abordnen kann. Das Tarifamt habe sich mit dieser Anregung beschäftigt und sie abgelehnt, da sie nur hohe Kosten verursache und die Vertretung allgemein nicht notwendig sei. Wenn in einzelnen Fällen die persönliche Vertretung nötig wäre, könne das Tarifamt diese anordnen.

Arnold-Leipzig begründet den erwähnten Antrag Leipzig.

Der Herr Berlin, gewerkschaftlicher Vorsitzender des Tarifamtes, bestätigt, was v. Elm betont hatte, daß das Zusammenarbeiten der Genossenschaften und Gewerkschaften ein sehr gutes sei. Es sei zu bedauern, daß Entscheidungen des Tarifamtes in einzelnen Fällen von Genossenschaften zunächst nicht anerkannt wurden. Den Entscheidungen müßte zugestimmt werden, auch wenn man mit ihnen nicht einverstanden ist. Redner klagt, daß verunglückt der Arbeitsnachweis des Verbandes von Konsumvereinen nicht benutzt wurde, und wendet sich dann gegen den Antrag Leipzig.

Der Antrag Leipzig wird hierauf gegen 6 Stimmen abgelehnt.

Die bisherigen Mitglieder des Tarifamtes werden wieder gewählt. Den

Bericht des Ausschusses

gibt v. Elm-Hamburg, er beantragt Genehmigung der Verbandsrechnung.

Himmer-Deuben fragt, wie sich der Ausschuss zu den Artikeln des Generalsekretärs Kaufmann in der „Mundschau“ über die Stellung der Sozialdemokratie zur Genossenschaftsbewegung stellt. In den Artikeln sei eine Ueberneutralität gepredigt worden, daß man diese geradezu zum Ziel bestimme.

Im Schlusssatz antwortete darauf v. Elm, der Ausschuss habe sich über diese Artikel unterhalten. Der Ausschuss ist der Ansicht, daß er nicht das Recht hat, dem Generalsekretär zu verbieten, zu irgendeiner Frage seine Meinung zu sagen. Das Recht der freien Meinungsäußerung müssen wir unseren Beamten zugestehen. (Zustimmung.) Was Kaufmann sagte, war seine persönliche Meinung. Ich stimme mit dem Genossen K. nicht in jedem einzelnen Punkte überein. Wir lassen uns aber gegenseitig unsere Meinung sagen. Was den Artikel selbst anbelangt, so kann ich sagen, daß grundsätzlich im Ausschuss und Vorstand eine Meinungsdivergenz in Bezug auf die Frage der Neutralität nicht besteht. Wir haben keine Ursache, den Standpunkt, den wir auf früheren Gewerkschaftstagen zu dieser Frage festgelegt haben, zu verlassen. Ich erblicke in der Genossenschaftsbewegung eine Ergänzung des politischen und gewerkschaftlichen Kampfes für die Verbesserung der Arbeiter. Auch Kaufmann sagte ähnliches. Was er betonte, ist, daß die Genossenschaftsbewegung an sich kein Klassenkampf ist, und das trifft zu. (Lebhafte Zustimmung.) Die Genossenschaftsbewegung ist kein Klassenkampf, das müssen wir festhalten gegenüber den Angriffen der Gegner. Alles, was wir sagen und schreiben, wird von den Gegnern verdreht. Unsere Einrichtungen werden dazu benutzt, zu sagen, daß wir nicht neutral, sondern sozialdemokratisch seien. Wir verlangen, daß unsere Bewegung nach den Beschlüssen der Genossenschaftstage beurteilt wird. Nicht was der Einzelne sagt oder tut, ist maßgebend. Die Leipziger „Volkszeitung“ bezeichnet Kaufmann als einen Gegner des wirtschaftlichen Fortschritts. Sie wissen alle, daß, was wir unternommen haben, unter Leitung A. G. getan wurde. Da soll nun einmal er kommen und sagen, daß sei nicht wirtschaftlicher Fortschritt. (Sehr gut!) Dagegen müssen wir protestieren. (Zustimmung.) Daß wir im Ausschuss nicht immer alle einer Meinung sind, das ist klar. Im übrigen meine ich, es ist das beste, was wir lassen den Theoretikern ihre Meinung, sie mögen sie aussprechen. Für uns kommt immer nur in Betracht, was wir praktisch leisten. Wenn der Generalsekretär in praktischen Fragen einen verfehlten Standpunkt einnehmen würde, dann würden wir eingreifen. Der Ausschuss hat aber keine Veranlassung gehabt, dem Genossen K. seine Meinung zu unterbinden. Schon deshalb, weil nicht alle einer Meinung sein können. (Lebhafte Zustimmung.)

In einer persönlichen Bemerkung erklärt Kaufmann: Was ich geschrieben habe, das habe ich geschrieben. Sofern ich es für notwendig halte, werde ich es wieder schreiben. Ich glaube in Ihrem Sinne zu handeln, wenn ich sage, es bleibt bei der Neutralität! (Stärkliche Zustimmung.)

Die vorgelegte Jahresrechnung wird anerkannt und der Verteilung des von der Großhandelsbank für allgemeine genossenschaftliche Zwecke zur Verfügung gestellten Betrages von 12 000 M. nach dem Vorschlag des Vorstandes zugestimmt.

Der Vorstand wird entlassen und das turnusgemäß auscheidende Vorstandsmitglied Radebeck einstimmig wiedergewählt. Ebenfalls einstimmig werden die auscheidenden Ausschussmitglieder v. Elm, Professor Staudinger und Bobbig wieder gewählt. Die Voranschläge und Festsetzung der Beiträge zu den Kosten des Verbandes werden genehmigt.

Damit waren die Arbeiten des Genossenschaftstages beendet. Vorsitzender Radebeck schloß ihn mit einem Rückblick und einem Hoch auf die Genossenschaftsbewegung. Der nächstjährige Genossenschaftstag findet in Berlin statt.

Ueber die badischen Kommunalwahlen wird uns noch gefächelt:

In den Städten Pforzheim, Karlsruhe und Freiburg haben nun die dritten Wählerklassen, die nach dem neuen Gemeindevahlgesetz ein Drittel ihrer bisherigen Wählerzahl an die zweite Klasse abgegeben, die Prüfung auf die neue Ordnung hinter sich. Wie zu erwarten war, gehört wegen des Proporz dieses Gebiet mit seinen 82 Stämmen nicht mehr der Sozialdemokratie; sie hat davon in Pforzheim 21, in Karlsruhe 24 und in Freiburg 14 gegen den bürgerlichen Andrang erhalten. Die Hoffnung unserer badischen Genossen richtete sich auf das Jagdgebiet der zweiten Klasse, in welcher wegen des Wähleraufwuchses sich noch ein Anteil an den 82 Mandaten dieser Serie erringen läßt.

Pforzheim begann und erreichte bei einer sehr lebhaften Wahlbeteiligung in der zwei Sechstel der Berechtigten umfassenden Mittelklasse noch sechs Stadtverordnetenmandate, besitzt also jetzt deren 27, während vorher 32 Sozialdemokraten im Stadtverordnetenkollegium saßen. In Karlsruhe erwartet man in den beiden oberen Klassen noch einen sozialdemokratischen Stimmenzuwachs; ob die Zahl 82 erreicht wird, hängt von der Haltung der Beamten ab.

In allen drei Städten ergab sich, daß in der dritten Wählerklasse die Begeisterung für das neue Wahlsystem viel zu wünschen übrig ließ — auch bei den Arbeitern. Wenn jetzt die kleinen Städte an die Reihe kommen, tritt ein anderer Uebelstand des Gesetzes für die Arbeiterschaft in die Erscheinung; es hält schwer, für die geschlossenen Listen die genügende Anzahl Genossen als Kandidaten zum Ausschuss zu finden. Im „Volksfreund“ erklären heute die Genossen von Oberkirch, daß sie für die 3. Wählerklasse eine Kompromißliste mit den Nationalliberalen vereinbaren.

Man sieht, daß dieses Dreiklassenwahlgesetz, das einst von den badischen Genossen so herausgestrichen wurde und um deswillen sie den Minister Bodman als hervorragend liberalen Staatsmann feierten, in der Praxis große Schattenseiten aufzuweisen hat.

Vom Strafvolzug gegen sozialdemokratische Redakteure.

Unserem Genossen Dahl, Redakteur der Erfurter „Tribüne“, war bei seiner letzten Gefängnisstrafe von 6 Wochen die wiederholte beantragte Selbstbeschäftigung verweigert worden; er wurde mit dem Stutzen von Erisetten beschäftigt. Am 13. Juni hatte Genosse Dahl eine Gefängnisstrafe von 3 Monaten anzutreten; vor Eintritt der Strafe wurde ihm eröffnet, die Gefängnisverwaltung sei mit drei Verlagsgeschäften in Verbindung getreten, die sich bereit erklärt hätten, Arbeiten von schriftstellerisch beschäftigten Gefangenen anzunehmen. Auf besondere Anfrage erklärten aber die drei Geschäfte, für die von Dahl gewählten Arbeiten keine Verwendung zu haben. Am 20. Juni hat Dahl nun aber doch noch die Erlaubnis zur Selbstbeschäftigung erhalten. Die Wundlung ist auf die Kritik des Strafvolzuges im preussischen Abgeordnetenhaus zurückzuführen.

Polizeiliches, Gerichtliches usw.

Die Handhabung des Uebertretung des Reichsvereinsgesetzes.

Unter der Handhabung der Uebertretung der §§ 5, 6 und 18 Nr. 2 des Reichsvereinsgesetzes stand am Mittwoch der Arbeitersekretär, Genosse Christian Schrader, vor dem Schöffengericht Hannover. Am 20. April sollte im „Volksfreund“ eine Mitgliederversammlung des Sozialdemokratischen Wahlvereins für den 8. hannoverschen Wahlkreis stattfinden. Als Genosse Schrader das Podium bestieg, folgten ihm zwei Polizeibeamte, die sich trotz des geschlossenen Charakters der Versammlung Zutritt in den Saal „verschafft“ hatten. Die beiden Beamten forderten von dem Genossen Schrader für ihre Uebertretung der Anweisung von Vägen. Letztere wurden ihnen nicht vorkaufhaltend; aber Genosse Schrader protestierte gegen die Anwesenheit der beiden Beamten, die er zum Verlassen des Saales aufforderte. Diese Aufforderung bildete für den Polizeikommissar das Signal, die noch gar nicht eröffnete Versammlung, als nicht ordnungsmäßig angemeldet oder angezeigt, aufzulösen. In der schöpferischen Verhandlung führte Genosse Schrader u. a. aus, daß jeder Beweis dafür fehle, daß er der Einrufer der Versammlung und bestimmt war, diese zu leiten. Genosse Schrader, der sich selbst verteidigte, bestritt ferner noch die Charakterisierung der geschlossenen Mitgliederversammlungen des Wahlvereins als öffentliche politische Versammlungen. Ferner habe die Versammlung gar nicht stattgefunden; sie würde erst stattgefunden haben, wenn die Polizei ihre Eröffnung zugelassen hätte. Auch nach einer Entscheidung des Kammergerichts werde eine Versammlung eine solche erst nach ihrer Eröffnung. Das Urteil des Schöffengerichts ging dahin, daß eine Uebertretung des § 18 Nr. 2 vorliege. Bezüglich des nicht ganz einwandfrei festgestellten öffentlichen Charakters der Versammlung habe sich das Gericht den bekannten Standpunkt des Oberlandesgerichts Celle zu eigen gemacht, wonach die gleichzeitige Zugehörigkeit vieler zu einer politischen Vereinigung nicht genüge, um deren Versammlungen als private anzusehen zu können. Daß der Angeklagte als der Veranstalter der Versammlung anzusehen war, unterlag für das Gericht keinem Zweifel. Ob die Versammlung stattgefunden hat, erschien dem Gericht nicht über allen Zweifel erhaben, insofern ist es schließlich doch zu der Ansicht gekommen, daß sie tatsächlich stattgefunden hat. Hierauf lautete das Urteil auf eine Geldstrafe von 50 M., an deren Stelle im Unvermögensfalle 5 Tage Haft treten sollen!

Versammlungen gegen dieses Urteil erscheinen aussichtslos, da sie stets an der Klippe der Jurisdiktion des Oberlandesgerichts scheitern müssen und das angeführte Kammergerichtsbeschluss hier keine Verlässlichkeit findet.

So wird das Versammlungsrecht mit Hilfe des vielgerühmten „liberalen“ Reichsvereinsgesetzes immer mehr zu einem Versammlungsunrecht.

Die Altonaer Polizei am Pranger.

Am Mittwoch gelangte vor der Strafkammer II des Landgerichts Hamburg ein Verleumdungsprozess gegen Genossen Köpfe vom „Hamburger Echo“ zur Verhandlung, in der recht tief in gewisse Polizeipraktiken hineingeleuchtet wurde. Seit Jahresfrist hatten sich im Altonaer Polizeibetrieb Uebergriffe und Verfehlungen seitens einer Anzahl von Polizeibeamten gebäuft. Schon vorher hatte selbst der Polizeichef von Altona, Senator Dr. Rosenkranz, auf dem schleswig-holsteinischen Städtetag bei Begründung seines Antrages auf Errichtung einer Altonaer Polizeischule lebhafte Klagen über das minderwertige Angebot zum Schutzmännchen geführt, ein Verweis dafür, daß es recht faul damit bestellt sein muß.

Am 3. November 1910 teilte das „Hamburger Echo“ unter der Ueberschrift „Zeugenaussagen von Polizisten“ einen recht tellen Polizeistreich aus Altona mit. Nach bekanntem Muster war ein Mann, der sich über einen Transport durch einen Polizeibeamten empört und deshalb eine Verweisung bei der Polizei eingereicht hatte, in den Anlagenzustand versetzt worden auf Grund von Angaben des — transportierenden Schutzmännchens. Der Mann ist aber von beiden Instanzen freigesprochen worden unter Verlastung der Staatskasse mit sämtlichen Kosten, einschließlich der persönlichen Auslagen und der Kosten der Verteidigung, weil sogar ein anderer Polizeibeamter der Wahrheit die Ehre geben mußte. Diesen Vorgang schilderte die „Echo“-Notiz, in deren Einleitung von der „Unverschämtheit unserer Polizei“ (die Notiz stand im Altonaer Teil) gesprochen wurde. Ferner spricht die Notiz von dem „alten Kniff“, unbequeme Verwehrende mit einem Strafmandat zu beglücken.

Durch diese Notiz fühlte sich das Polizeiamt zu Altona aus § 185 und der betreffende Polizeibeamte namens Ehrich aus § 186 beleidigt. Die Verleumdungsgelüste sich vernichtend für unterschiedliche Polizeibeamte. Herr Ehrich wurde glatt fallen gelassen. Rechtsanwalt Dr. Jonas führte aus, man greife auf Grund von Angaben untergeordneter Polizeibeamte oft

zu dem Mittel, unbequeme Leute als Zeugen auszuscheiden, indem man sie wegen Strafmandates usw. in Anlagenzustand versetzt oder sie mit Strafmandaten beglücke. In letzter Zeit sei ein Altonaer Polizist wegen ungläublicher Zeugenräuberei zu vier Monaten Gefängnis verurteilt worden, ein anderer sei wegen Zuhälterei gefaßt, ein dritter habe einen jungen Mann, Sohn eines Kaufmanns, mißhandelt, habe zunächst alles abgefrüht und als er, Zeuge, gegen ihn einen Zivilprozess auf Zahlung eines Schmerzensgeldes anstrengte, habe er den ihm zugeworfenen Eid verweigert.

Der Staatsanwalt ließ den Verleumdungsparagraphen fallen und beantragte wegen des „Generalisierens“ aus § 185 zwei Monate Gefängnis.

Das Gericht erkannte gegen Köpfe wegen formaler Verleumdung auf eine Geldstrafe von 500 Mark oder 50 Tage Gefängnis. Wenn auch verschiedene Uebergriffe hier unter Beweis gestellt worden seien, so gehe doch aus der Form die Absicht der Verleumdung hervor. Ein solches Generalisieren sei unstatthaft.

Stadtverordneten-Versammlung.

23. Sitzung vom Donnerstag, den 22. Juni, nachmittags 5 Uhr.

Die Sitzung wird vom Vortrager Nischel nach 5 1/2 Uhr eröffnet.

Verkauf des städtischen Grundstücks

Äyener Straße 83 85—Rungestr. 8 und Am Köllnischen Park zum Preise von 250 M. pro Quadratmeter hat der eingeleitete Ausschuss mit der Maßgabe gutgeheißen, daß dem Magistrat anheimgegeben werden soll, darauf hinzuwirken, daß die Fassade des auf dem Grundstück zu errichtenden Gebäudes der Baudeputation des Magistrats zur Genehmigung vorgelegt wird.

Die Versammlung beschließt demgemäß ohne Debatte. Der Magistratsantrag, die Besitzer von 21 Grundstücken in der Linien-, Al. Alexander-, Grenadier- und Bartelstraße mit zusammen rund 160 000 M. auf Grund des § 9 des Kommunalabgabengesetzes zu den

Kosten der Niederlegung des Scheunenbierfelds heranzuziehen, ist in der Ausschussberatung mit allen gegen 3 Stimmen abgelehnt worden. Referent ist Stadtd. Kuhlmann (Fr. Fr.). Man dürfe hier die Leg Sachs nicht nach dem starren Maßstabe des Wertzuwachses, sondern nur nach den den Besitzern erwachsenden Vorteilen, denen auch die erwachsenden Nachteile gegenübergestellt werden müßten, in Anwendung bringen.

Stadtrat Nischel: Ich werde keinen Versuch machen, die Mehrheit umzustimmen, spreche aber für den Magistrat die Auffassung aus, daß mit dem Ausschussantrage nicht die Leg Sachs prinzipiell aufgegeben sein soll, sondern daß spätere Magistratsanträge gleicher Art bei der Versammlung freundschaftlicher werden aufgenommen werden.

Stadtd. Manasse (Soz.): Der Stadtrat Nischel hat mit vieler Resignation sein Kind veräußert. Wir stehen auf dem Standpunkt der Leg Sachs. Weit über den Spezialfall hinaus war es interessant, im Ausschuss zu sehen, wie man am liebsten gegen das ganze Gesetz Sturm gelaufen hätte. Wenn man sieht, mit welcher Verängstigung in manchen Ausschüssen Berlin verhandelt, wenn es etwas anlaufen will, dann könnte man beinahe eine Unlustbarkeitssteuer erheben; hier wieder soll das Mitleid über die Gerechtigkeit siegen. Gerade wir wollen Coulang beweisen, wir wollen die Steuer, so lange die Häuser stehen und innerhalb von 10 Jahren nicht eingezogen. Erst dem Eingreifen des Arminius-Vertriebers Kuhlmann gelang es, die Mehrheit des Ausschusses zu dieser Anshawung zu bekehren. Es ist gewiß angebracht, den Leuten entgegenzukommen, aber zur Opferung des Prinzips lag keine Veranlassung vor. Zwischen den verschiedenen Schätzungen des Magistrats und des erwähnten hervorragenden Mitgliedes des Ausschusses liegt die Wahrheit wahrscheinlich in der Mitte.

Stadtd. Galland (N. L.): Das Prinzip der Leg Sachs haben wir keineswegs veräußert und wollen es nicht veräußern. Die betreffenden Grundstücke haben jahrelang schwere Schäden durch Mietausfälle erlitten; Jahre werden vergehen, ehe geordnete Mietverhältnisse wieder eintreten. Später, wenn einmal ein Verkauf der Grundstücke stattfindet, wird doch das Wertzuwachsgesetz Anwendung finden, und von der Steuer erhalten wir doch 40 Proz.

Stadtd. Rosenow (N. L.): Das Prinzip der Leg Sachs bleibt aufrecht erhalten und der vorliegende Fall soll kein Präzedenz bilden.

Stadtd. Manasse bleibt bei seinen Ausführungen stehen und spricht den Wunsch aus, daß bei der nächsten Gelegenheit die überzeugungstreuere Freunde der Leg Sachs nicht wieder allein gelassen werden möchten.

Hierauf wird dem Ausschussantrage entsprechend die Vorlage abgelehnt.

Zur Verschleissfassung sieht sodann die Vorlage wegen Aufnahme einer neuen Anleihe

in Höhe von 323 Millionen Mark. Kammerer Dr. Steiniger: Der Antrag kommt an Sie in einer finanziell und wirtschaftlich nicht leichten Zeit; es werden für 5 Jahre 323 Millionen verlangt, nachdem für die vergangenen 5 Jahre 228 Millionen bewilligt waren. Daneben bestehen bereits sehr zahlreiche Wünsche nach weiteren Anleihen. Die Vorlage im einzelnen brauche ich wohl nicht zu begründen; das Wesentliche davon ist bereits durch Ihre Beschlüsse festgelegt.

Stadtd. Dr. Wehl (Soz.): Wir haben den Antrag auf Ausschussberatung gestellt und können dem Kammerer auch nicht darin entgegenkommen, daß heute schon der Ausschuss ernannt und eine Vorlage von solcher Wichtigkeit dann im Automobiltempo durch eine einzige Ausschusssitzung hindurchgejagt wird. Wir können das vor der Öffentlichkeit nicht verantworten. Es soll beabsichtigt werden, Abträge an der Forderung von 323 Millionen zu machen; sollte uns nachgewiesen werden, daß irgendeine Position nicht in der Zeit durchgeführt werden kann, so werden wir für die Abfertigung sein, aber in jedem Falle müssen die für die einzelnen Projekte eingesetzten Beträge genau geprüft werden; wir sehen in den 323 Millionen nur den Rahmen für die neuen Anleihebedürfnisse der Stadt. Andererseits gewinnt es den Anschein, als ob manche Anlage außerordentlich gering dotiert ist; die 3 Millionen für die Verbreiterung der Prenzlauer Straße stehen nicht in der Vorlage, ebenso wenig die sechs Gebäude für Pflichtfortbildungsschulen, die das Kuratorium für durchaus notwendig erachtet. Die Krankenhausverwaltung ist geradezu stiefmütterlich behandelt; die beantragten Summen sind ganz entsetzlich zu niedrig, es sind nur 0,6 Proz. der 323 Millionen. Wir wollen doch endlich einmal zu einer

Sanierung unserer Gesundheits- und Krankenpflege

kommen. Auch in finanziell ungünstigen Zeiten dürfen Kultur- und Aufgaben unter keinen Umständen leiden. Die Krankenhausverwaltung hat auf Ersuchen des Magistrats einen Generalplan über die unabwehrbar nötigen, mit tunlichster Beschleunigung zu errichtenden Bauten aufgestellt. Dazu gehört unter anderem das Geflügelkrankenhaus, der Ausbau von Noabitt und Urban. Im Urban liegen die Verhältnisse jetzt so miserabel, daß marmeladenkranke Kinder dort wegen der schlechten Quarantänoverhältnisse mit

Scharlach und Diphtherie bekämpft

werden und dort zugrunde gehen. Es muß für anderweitige Unterbringung der Tuberkulösen, Scharlach- und Diphtheriekranken gesorgt werden. Von allen diesen Projekten ist in der Vorlage nur mit wenigen Worten die Rede. 2 Millionen sollen für die Pflanzstätte für Tuberkulose verwendet werden, und von den aus der letzten Anleihe noch übrigen 2 1/2 Millionen soll die Errichtung des Geflügelkrankenhauses für Prostituierte bestritten werden. Mit

diesen 5 Millionen läßt sich das nicht bestreiten. Immer noch werden zahlreiche Schwerekrankte, im Tagesdurchschnitt vom Januar etwa 10,

wegen Mangel

von unseren Krankenhäusern zurückgewiesen. Der Magistrat aber lehnt ab, diesem unwürdigen Zustande ein Ende zu machen. Nebenbei liegt es bei der Heimstättenverwaltung; 5 Wochen müssen die Genesenden warten, bis sie Aufnahme finden. 15 Millionen etwa kosten die hier besprochenen Projekte; der Magistrat aber sagt nur: Die verbleibenden Bedürfnisse sollen aus laufenden Etatsmitteln bestritten werden. Aus Anleihenmitteln sollte doch alles bestritten werden, woraus auch die künftige Generation noch Nutzen zieht. Es wäre eine strafliche Nachlässigkeit, wenn wir hier nicht auf diese Umstände verwiesen. Die Krankenhausdeputation hat ganz besondere Grund, über die Behandlung empört zu sein, die ihr widerfährt, denn aus der Anleihe von 1904 hat man eine Anzahl Millionen, die für Krankenhäuser zwecklos inbestimmt waren, sozusagen eskamotiert, nämlich für andere Zwecke verwendet. Es wurde zwar versprochen, daß diese Beträge für die ursprünglichen Zwecke wieder bereitgestellt werden sollten; das ist aber nicht geschehen. Eine Beschlussempfehlung in einer Sitzung des Ausschusses, das geht nicht an. Der Ausschuss soll durch die Abteilungen gewählt werden und mag nach den Ferien Bericht erstatten.

Stadt. Jacobi (H. L.): Die Schuld für die üble Lage, in die wir durch die späte Vorlegung des Magistratsantrages kommen, liegt doch am Magistrat. Ich muß auch sagen, daß eine Reihe der vom Vorredner angeführten Gesichtspunkte eingehender Würdigung bedarf. Auch die augenblickliche Finanzlage gibt Veranlassung, die Anleihe nicht sofort und ohne weiteres wie früher zu bewilligen. Sollte sich herausstellen, daß man eine nicht so große Summe für die nächsten 5 Jahre braucht, so soll man sie auch nicht in dieser Höhe aufnehmen. Ich beantrage Verweisung der Vorlage an einen Ausschuss von 15 Personen, durch die Abteilungen zu wählen.

Kämmerer Dr. Steinfager: Wir haben alles, worüber von der Versammlung Beschlüsse gefaßt worden ist, bis in die allerjüngste Zeit hinein aufgenommen, so auch die Nord-Südbahn. Für uns liegen technische Gründe vor, die Verkleinerung der Beschlussempfehlung zu wünschen. Wird die Anleihe jetzt nicht genehmigt, so kann ich im Februar nicht mit ihr heraus.

Bürgermeister Dr. Reide: Die Behandlung, die die Krankenhausverwaltung stiefmütterlich behandelt sei, nötigt mich zu einer Gegenbemerkung. Das von Herrn Dr. Wehl ausgearbeitete Programm ist nicht feins, sondern das der Deputation und dieses ist aufgestellt auf Anforderung des Magistrats. Die Erweiterungsarbeiten am Urban und an Friedrichsbain lassen sich in die Etats der einzelnen Jahre einfügen; verfahren sind diese Dinge nicht.

Stadt. Körte (Fr. Fr.): Wir wären bereit gewesen, die Vorlage ohne Ausschuss anzunehmen, weil wir uns dadurch in keiner Weise binden, sondern weil uns für alle einzelnen Punkte besondere Vorlagen gemacht werden müssen. Wir widerlegen uns aber der Einlegung eines Ausschusses nicht. Ich kann nicht umhin, auch meinerseits auf das Thema der Krankenhausdeputation einzugehen. Als 11 Millionen für sie in den Etat standen, sind die Anträge, die sie dem Magistrat gestellt hatte, nicht zur Ausführung gelangt. Seit 7—8 Jahren schweben Projekte; jetzt will man sogar Baracken bauen und eine beträchtliche Menge Geld dafür ausgegeben, was nicht nötig wäre, wenn man die Anträge der Deputation rechtzeitig beachtet hätte. Das Portemonnaie des Kämmerers ist für keine andere Deputation so hermetisch verschlossen, als für die Krankenhausverwaltung.

Stadt. Rosenow spricht sich bezüglich der geschäftlichen Verhandlung in gleichem Sinne aus wie die Korredner.

Stadt. Dr. Wehl: Schon im Februar hat man sich im Magistrat mit der Anleihe beschäftigt; warum also hat sie der Kämmerer nicht früher gebracht?

Die Vorlage geht an einen durch die Abteilungen zu wählenden Ausschuss von 15 Personen.

Zu Vertretern der Versammlung auf dem dritten Deutschen Städtekongress in Posen

(10.—12. September 1911) werden folgende 11 Mitglieder gewählt: Ulrich, Dove, Gronowaldt, Sonnenfeld, Rosenow; Mommsen, Glahel; Ritter, Dupont, Glode; Ulstein.

Der Ankauf von 116 Morgen Heideboden zur Abrundung des städtischen Grundbesitzes in Spreenhagen für 20000 M. wird genehmigt.

Mit einem Jahresbeitrag von 500 Mk. soll für die Stadt Berlin die Mitgliedschaft bei der Internationalen Vereinigung zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit erworben werden. Die Versammlung stimmt zu.

Für die Zentrale Buch soll endlich ein Kuratorium

gebildet werden. Es soll nach dem Magistratsantrag aus 4 Magistratsmitgliedern, 5 Stadtverordneten und 1 Bürgerdeputierten bestehen.

Auf Antrag Labewig, dem auch Cassel und Rosenow zustimmen, ebenso Stadt. Bruns (Soz.), der insbesondere geltend macht, daß es auch Deputationen und Kuratorien gibt, deren Mitglieder über Überlastung mit Arbeit klagen und eine Verstärkung für notwendig halten, wird die Zahl der Stadtverordneten auf 8 erhöht.

Von der sozialdemokratischen Fraktion (Stadt. Kronz u. Gen.) ist der Antrag eingebracht:

Den Magistrat zu ersuchen, die Ergänzungswahlen der dritten Abteilung zur Stadtverordnetenversammlung von diesem Jahre ab

Sonntags

stattfinden zu lassen.

Stadt. Bruns: Wir bezwecken mit unserm Antrage, den Wählern das Wählen zu erleichtern und das Interesse am öffentlichen kommunalen Leben zu fördern. Leider ist es ja immer noch ein großer Teil der Wähler, einige 50 Proz. aus allen Teilen der Bürgerschaft, die sich der Wahl enthalten. Wir hoffen, daß dieser Prozentsatz sich erheblich verringern wird; wir hoffen aber vor allem, daß der Teil der Berliner Bevölkerung, der nicht aus Rücksicht auf die Defensivität der Wahl und auf die Dreifachstimmteilung die Wahl verkorrekturiert, für die Wahl interessiert wird, wenn sie am Sonntag stattfindet. Ein großer Teil der Wähler wohnt zwar in Berlin,

arbeitet aber in den Vororten

und ist verhindert, an der Wahl teilzunehmen, obwohl ja jetzt bis 8 Uhr abends Gelegenheit dazu gegeben ist. Der Antrag hat die Versammlung schon wiederholt beschäftigt und ist 1899 hier angenommen worden; leider hat der Magistrat seine Zustimmung verweigert. Die „Große Fraktion“ trat damals für diesen Antrag durch den verstorbenen Kollegen Sachs II als für eine alte liberale Forderung ohne eigenartigen Parteifarakt ein. Für seine Ablehnung hat der Magistrat Gründe nicht angegeben; in der Debatte ließ er ausführen, daß es schwer halten werde, die nötigen Wahlvorstände zu finden. Dieser Grund trifft nicht mehr zu, denn inzwischen sind bereits eine Reihe von Wahlen am Sonntag statt, so die Gewerbegerichts- und Kaufmannsgerichtswahlen; auf die Kirchenwahlen gehe ich nicht näher ein. In Schöneberg wurde vor zwei Jahren ein gleicher Antrag angenommen. Ich hoffe, daß Sie den Gründen auch heute zustimmen werden, die damals angeführt worden sind.

Stadt. Labewig: Ich stimme dem Antrage zu und würde gern alle Wahlen wie in Frankreich am Sonntag vorgenommen sehen. Auch in Elberfeld-Vorderhausen soll ja nun am Sonntag gewählt werden. Man soll den Bürgern den Wahltag zu einem Festtag machen.

Stadt. Körte: Auch wir stimmen dem Antrage zu, weil wir diese Maßnahme für die Vermeidung der Teilnahme an der Wahl für nützlich halten, wenn wir auch die Schwierigkeit nicht unterschätzen, die aus der Bestellung von Wahlvorständen am Sonntag erwächst; das zu bringende Opfer wird sich aber mit dem Vorteil kompensieren.

Stadt. Barth (H. L.): Auch wir nehmen den Antrag an. Die Bedenken technischer Art stellen wir zurück, weil wir hoffen, daß das Wahlbureau sie wird beheben können.

Stadt. Dr. Friebmann (soz.-fortsch.): Das einstimmige Votum der Versammlung wird hoffentlich den Magistrat bewegen, dem Antrage diesmal seine Zustimmung zu erteilen. Es handelt sich nicht bloß um Arbeiter, sondern auch um die vielen Kaufleute, die bis 8 Uhr in den Läden beschäftigt sind.

Der Antrag wird hierauf einstimmig angenommen. Der Magistrat legt die Verträge vor, welche mit der Gesellschaft für elektrische Hoch- und Untergrundbahnen wegen Baues einer

Untergrundbahn

vom Alexanderplatz bezw. vom Bahnhof Klosterstraße durch die Landsbergerstraße und die Frankfurter Allee, sowie wegen Baues einer Untergrundbahn von der Reichsbahn-Grenze von der Mohrstraße bis zum Gleisdreieck unter Auslösung des letzteren abgeschlossen werden sollen.

Stadt. Heimann (Soz.): Der Magistrat verlangt in dieser Vorlage von der Versammlung einen weiteren Schritt auf dem Wege, den wir für unheilvoll halten. Die Annahme der Vorlage würde erneut die Tatsache erhärten, daß die Mehrheit noch immer nicht aus den Erfahrungen der letzten Jahre die einzig richtigen Konsequenzen ziehen will. Durch die Vorlage wird die

Monopolstellung

der großen Verkehrsvereinigungen nur verstärkt. 1895 wurde mit Siemens u. Halske ein Vertrag geschlossen, der nach jeder Richtung ein für die Gesellschaft außerordentlich günstiger gewesen ist. 1906 wurde der Vertrag über die Fortführung des Unternehmens vom Potsdamer Platz nach der Schönhauser Allee geschlossen, der sich in allen Einzelheiten dem Vertrage von 1895 anschließt und auch alle Nachteile aufweist, welche der letztere für die Stadt enthält. In § 3 des Vertrages ist die Angliederung eines Bahnhofs für die Fortführung der Bahn vorgesehen. Ende 1908 teilte die Gesellschaft der Verkehrsdeputation mit, daß es sich als vorteilhaft und notwendig erwiesen habe, die Abzweigung nicht erst am Alexanderplatz, sondern schon am Bahnhof Klosterstraße beginnen zu lassen; gleichzeitig beantragte sie die Konzessionierung einer neuen Strecke nach der Frankfurter Allee. Als die Verkehrsdeputation erklärte, aus Anlaß einer technischen Frage unmöglich die Konzessionierung einer wichtigen neuen Linie zur Entscheidung bringen zu können, ließ die Gesellschaft diese Forderung fallen, bestand aber auf der veränderten Anlage der Bahnhöfe, denn sie wollte ganz genau, wenn sie erst die beiden Bahnhöfe genehmigt erhalten hätte, dann hätte sie auch die neue Linie in der Tasche, weil sie dann jeden anderen Unternehmer ausschließen, eventuell den Weg des Ergänzungsverfahrens beschreiten konnte. Die Gesellschaft hat ja schließlich auch dem Oberbürgermeister gegenüber das

ausgegeben,

und die Tatsachen zeigen, wie richtig sie gerichtet hat. Ebenso geschieht auch bei der Trassenführung angeblich technische Rücksichten mit anderen Interessen der Gesellschaft verknüpft worden; die Gesellschaft erklärte, einen Teil der König- und der Landsberger Straße besitzen zu müssen, um bequem nach der Frankfurter Allee zu kommen. Sie legt also ihre schwere Hand auf diese bisher von ihr noch nicht befestigten wichtigen Strecken. Durch die Energie des Stadtbaurats ist allerdings die technische Möglichkeit für einen anderen Unternehmer, mit einer Bahn dort durchzukommen, gesichert, aber zwischen dieser Möglichkeit und der Wirklichkeit klafft ein Abgrund. Die Gesellschaft wird also höchst wahrscheinlich später auch in der Königstraße und der Landsberger Straße die Konzession für eine Bahn erhalten, und die angebliche Sättigung der Gesellschaft wird dann wieder einem gesunden Hunger gewichen sein. Nach der Darstellung des Geheimen Kommerzienrats Steinthal ist die Aussicht auf Rentabilität so gering, 2% oder gar nur 1 Proz., daß man eigentlich der Deutschen Bank ein so miserables Geschäft doch gar nicht zumuten sollte. (Weiterkeit.) Mit Hängen und Würgen hat sich die Gesellschaft dazu verstanden, in § 12 eine ganz unzulängliche Konzessionsdauer mit der A. E. G. zuzugestehen. Wäre die Verkehrsdeputation hartnäckiger geblieben, so wäre mehr erreicht worden; in der letzten Sitzung hat man sich aber durch das beweisliche Klageschreiben des Herrn Steinthal über unzulängliche Verzinsung zu unbegreiflichen Zugeständnissen bringen lassen, und der Magistrat hat die Abgabefreiheit zugestanden. Weist die Versammlung in diesem Punkte fest, dann ratifiziert die Gesellschaft schließlich diesen Vertrag doch. In der Verkehrsdeputation lautete der Beschlussempfehlung, auch ganz anders, da hier es, die A. E. G. habe Abgabefreiheit auf 8 Jahre und bis zu 4% Proz. gehabt, und was der A. E. G. recht sei, müsse der Hochbahngesellschaft billig sein. Hier sind aber 15 Jahre und bis zu 5 Proz. zugestanden. Der Beschlussempfehlung ist in der Deputation mit solcher Schnelligkeit vorgenommen worden, daß man sich über seine Tragweite gar nicht klar war; er bedeutet zum mindesten einen Zuschuß von 700 000 Mark. Nach alledem kann ich Sie nur aufs dringendste bitten, die Abgabefreiheit zu streichen. Der Vertragsentwurf bietet für mich und meine Freunde auch

nicht ein verböhnendes Moment.

Nachdem feststeht, daß der Zweverband kommt, muß ihm das weitere überlassen werden; wir halten uns nicht für berechtigt, unmittelbar vor dem Inkrafttreten des Verbandes der Gesellschaft dieses Verkehrsgebiet für lange Zeit zu überlassen. Also aus tatsächlichen und rechtlichen Gründen kann ich Sie nur bitten, die Frankfurter-Allee-Linie abzulehnen, dem notwendigen Verkehrsbedürfnis werden wir auf andere Weise weit besser und nachhaltiger nachkommen können, so eventuell in Kooperation mit Schöneberg. Anders stehen wir zu den Vorschlägen betreffs Auflösung des Gleisdreiecks. Nachdem auch die Gesellschaft dieses vielgeprüfete Wunderwerk als Gefahrenquelle erkannt hat, sind wir bereit, alles zu genehmigen, was zur Auflösung dieses Dreiecks erforderlich ist. (Beifall.)

Stadt. Labewig: Auch wir begrüßen den Fortfall des Gleisdreiecks. Die Ablehnung der Frankfurter Allee-Linie kann ich nicht befürworten; die Stadt würde höchst unökonomisch handeln, wenn sie selbst bauen oder betreiben wollte.

Stadt. Alberti: Wir haben das Verkehrsinteresse in den Vordergrund zu stellen und dürfen nicht warten, bis vielleicht ein Anschluß an die Schöneberger Bahn in einer fernen Zukunft möglich ist. Auf dem Gebiet der Uebergangstare war es uns bei aller Mühe nicht möglich, mehr zu erlangen. Wenn diesem Vertrage nicht alsbald zugestimmt wird, kann die Gesellschaft mit der Bauausführung der Bahnhöfe nicht vorwärts kommen. Die Abgabefreiheit mußten wir in dem angegebenen Umfange zugestehen.

Stadt. Jacobi: Kollege Heimann hat wieder seinem Haß gegen die Privatbetriebe die Zügel schießen lassen. Die Gesellschaft hat nur eine Konzession von 75 Jahren erhalten, nicht wie bei den anderen Linien eine solche von 90 Jahren. Kollege Heimann meint, die Stadt solle selbst in Gemeinschaft mit den Vororten neue Linien betreiben; ich muß gestehen, daß ich nach den Neuierungen des Herrn Schützmann noch lieber mit der Deutschen Bank als mit Charlottenburg baue. Die Aktionäre erhalten eine Dividende von 4% Proz., was doch nicht gerade beneidenswert ist. Ich bitte, die Vorlage ohne Ausschuss anzunehmen; haben Sie Bedenken, so lassen Sie den Ausschuss heute durch den Vorstand wählen.

Stadt. Hoffmann: Ich stehe aus Ueberzeugung auf der Seite derer, die die städtische Regie auf dem Verkehrsgebiet nicht wollen. Wir stimmen mit einer Ausnahme dafür, daß die Vorlage heute abend glatt angenommen wird.

Stadt. Dr. Nathan (soz.-fortsch.): Ausschussberatung scheint uns doch durchaus geboten.

Nach einer Erwiderung des Stadtrats Alberti erklärt Stadt. Rosenow, trotz seines prinzipiell der städtischen Regie freundschaftlichen Standpunktes müsse er der Vorlage zustimmen. Die Verkehrsminister Berlins schreie zum Himmel.

Stadt. Cassel schließt sich der Auffassung des Vorredners an. Die Stadt leide geradezu unter der der Versammlung abgelehnten Schwerefälligkeit des Entschlusses. Nachdem nach Stadt. Gronowaldt (H. L.) sich gegen Ausschussberatung erklärt, wird der Antrag auf Ausschussberatung abgelehnt.

In der zweiten Beratung führt Stadt. Heimann aus: Wenn Sie unsern Antrag wegen der Geschäftsfrage abgelehnt haben, so sind wir doch nicht schuld daran. Wenn uns der Magistrat in den letzten 14 Tagen mit den wichtigsten Vorlagen geradezu überschwemmt, so entbindet uns das doch nicht von der Verpflichtung genauer Prüfung. Man sprach immer von der kurzen, unrentablen Frankfurter-Allee-Linie, ich habe doch ausdrücklich die Kooperation mit Schöneberg erwähnt. Das würde mit beiden Händen zugreifen, um mit Berlin zusammen eine interkommunale große Linie von Osten nach Westen zu bauen. Sie haben den Ausschuss abgelehnt und wollen also den Vertrag akzeptieren. Wir beantragen nunmehr, aus den vorhin angeführten Gründen die Abgabefreiheit zu streichen.

Stadt. Cassel: Das wäre gleichbedeutend mit der Ablehnung der Vorlage.

Stadt. Alberti: Wir haben alles getan, die Einbringung der Vorlage aufs äuerste zu beschleunigen. Als die Gesellschaft hörte, daß sie nur für 15 Jahre Abgabefreiheit genießen sollte, war sie entsetzt und erwiderte, bei der Stadtverordnetenversammlung vorstellig zu werden, denn sie wollte die Abgabefreiheit und zwar für beide Linien. Das haben wir ihr ausgereicht.

Der Antrag Heimann wird darauf abgelehnt und der Vertrag von der Mehrheit angenommen.

Zur Kenntnis hat unter dem 19. Juni der Magistrat der Versammlung gebracht, daß er, wie wir bereits mitgeteilt haben, eine vorläufige Verständigung mit dem Hausministerium über die Unterwerfung der Besucher der Hofbühnen unter die Luststeuer nicht für angemessen erachtet und beschlossen hat, von der ihm nun „angefonnenen“ Verhandlung mit dem Hausministerium abzusehen.

Den Bericht über die Debatte, die sich hieran knüpfte und bis in die erste Stunde dauerte, bringen wir in nächster Nummer.

Soziales.

In welche Tageszeit hat die „angemessene Mittagspause“ im Sinne des § 139c der Gewerbeordnung zu fallen?

Diese Frage war mit zu entscheiden in einem Strafprozeß gegen den Geschäftsführer Haupt von der Wein- und Milchgesellschaft. Den Verkauf in einer Berliner Filiale der Gesellschaft hatte H. als Vertreter und Geschäftsführer der Gesellschaft einer Frau N. übertragen, welche neben dem Laden gleich eine Wohnung hat. Wenn ihr Mann, ein Beamter, vom Dienst kam, nahm Frau N. gewöhnlich erst die Mittagsmahlzeit ein. Es war das nach 4 oder 5 Uhr nachmittags oder auch noch etwas später. Erst dann konnte die Frau angeheißt die Hauptmahlzeit einnehmen. Der Geschäftsführer H. sollte den § 139c der Gewerbeordnung übertreten haben, welcher vorschreibt, daß in offenen Verkaufsstellen und den dazu gehörigen Schreibstuben und Lagerräumen den Gehilfen, Lehrlingen und Arbeitern, die nicht zu Tisch nach Hause gehen, mindestens eine „angemessene Mittagspause“ gewährt werde. Das Landgericht verurteilte H. zu einer Geldstrafe, indem es ausführte: H. erkläre allerdings, daß er es der Frau ausdrücklich erlaubt habe, eine Mittagspause zu machen. Die bloße Erlaubnis genüge aber nicht. Er müsse auch dafür sorgen (durch Kontrolle usw.), daß der Gehilfe tatsächlich eine Mittagspause habe. Er habe eine solche Kontrolle nicht geübt. Also habe er keine Mittagspause „gewährt“ in dem Sinne, wie das Gesetz es verlange. Das Gesetz meine mit einer „angemessenen“ Mittagspause eine Pause, in der der Gehilfe ohne jede Störung durch Kunden ruhig sein Hauptessen einnehmen und dann noch ein wenig ruhen könne. Das sei hier erst in den späteren Nachmittagsstunden der Fall gewesen, wenn der Mann der Frau aus dem Dienst kam. Zu dem Begriff der „angemessenen Mittagspause“ gehöre aber auch, daß sie in die übliche Mittagszeit falle. In Norddeutschland finde nun die Mittagspause in der Regel zwischen 12 und 2 Uhr mittags statt. Deshalb sei es auch keine angemessene Mittagspause, wenn der Gehilfe erst in den späteren Nachmittagsstunden ungestört sein Mittagessen einnehmen könne. Der Geschwörer habe nicht gewollt, daß dem Körper erst dann, wenn er schon völlig erschöpft wäre, Gelegenheit zur Ruhe und zur Kräftigung gegeben werden solle. Der Zweck des Gesetzes würde vereitelt werden durch die Verlegung der Mittagspause auf die spätere Nachmittagszeit.

Das Kammergericht verwarf die gegen das Urteil eingelegte Revision mit folgender Begründung: Mit Recht sei der Vorderrichter davon ausgegangen, daß der Arbeitgeber darauf zu achten habe, daß die Mittagszeit im Sinne des Gesetzes auch innegehalten werde, und daß eine bloße Erlaubnis noch nicht genüge. Es sei auch kein Rechtsirrturn, wenn das Landgericht feststelle, daß in Norddeutschland gewöhnlich die Mittagszeit zwischen 12 und 2 Uhr sei, und daß deshalb H. dafür hätte sorgen müssen, daß die Angestellte in dieser Zeit Gelegenheit erhielt, ganz ungestört durch das Geschäft zu essen und etwas zu ruhen, so unangenehm das auch für den Arbeitgeber sein möge.

Unberechtigte Entlassungen.

Wegen die Firma Richard Labisch klagten gestern zwei Chemigraphen vor dem Gewerbegericht. Sie forderten jeder eine 14tägige Lohnentschädigung von 114 bzw. 120 M. wegen kündigungsfreier Entlassung. Die beklagte Firma glaubte sich zur Entlassung berechtigt, weil die Kläger sich andauernd laut unterhalten hätten. Auf Befragen des Gerichts gab aber die Beklagte zu, daß die Kläger ihre Arbeiten während der Unterhaltungen nicht im geringsten vernachlässigt hätten.

Das Gericht unter Vorsitz des Magistratsrats v. Schulz verurteilte die Beklagte, an die Kläger nach Abzug bereits erhaltener Lohnvorschüsse noch 76 bzw. 70 M. zu zahlen, da die Unterhaltung der Kläger an sich noch kein im Gesetz begründeter Entlassungsgrund ist und die Beklagte demnach für den durch die fristlose Entlassung den Klägern zugefügten Schaden aufzukommen hat.

Ein Pfiffikus.

Einen ziemlich weitgehenden Akt der Selbsthilfe zur Erlangung gefährdeten Geldes hat gestern die 2. Kammer des Berliner Kaufmannsgerichts ausgeübt. Ein Buchhalter B. hatte von dem Kaufmann A. Goldstein sein Gehalt schwer erlangen können und klagte schließlich einen Teilbetrag von 20 M. ein. Es erging schließlich in dieser Höhe Verurteilung. Inzwischen noch vor Abwidlung des Zwangsvollstreckungsverfahrens begab sich der Buchhalter zu seinem früheren Chef und erklärte, er wolle ihm die Hand zur Einigung bieten. Die Parteien verglichen sich denn auch auf Grund einer Abfindungssumme von 25 M., und der Kläger stellte gegen Empfang dieses Betrages in bar eine Quittung aus, mit dem Vermerk, daß er nichts mehr zu fordern hätte. Er hatte aber kaum die Tür hinter sich geschlossen, als er von außen durch den Türschlüssel einen geschlossenen Brief, den er augenscheinlich schon fix und fertig mitgebracht hatte, ins Geschäftsfeld warf. In diesem Brief stand, daß B. den Ausgleichsvertrag zurücknimmt und sich alle weiteren Ansprüche vorbehält. Er klagte daraufhin auch eine Restsumme von 35 M. ein und führte aus, daß er sich zu dieser Maßregel damals gezwungen sah, damit er von G. wenigstens einen Teil seines Anspruches sofort erhalte. Der Beklagte hingegen verlangte auf Grund des Ausgleichsvertrages Abweisung des Klages und hielt die Maßnahme seines früheren Angestellten als Erpressung an. Von einer solchen, meinte der Vorsitzende, könne gar keine Rede sein, Kläger sei nach dem Bürgerlichen Gesetzbuch voll berechtigt gewesen, die Ausgleichserklärung sofort zu widerrufen. Die Beratung ergab, daß das Kollegium die Ansicht des Vorsitzenden teilte, und der Beklagte einig der Verurteilung nur durch einen Vergleich von 20 M., die er in zwei Raten zu zahlen versprach.



A. WERTHEIM

G. M. B. H.

Rosenthaler Str.

Oranien-Strasse



Freitag und Sonnabend:

Preiswertes Angebot

Ein grosser Posten vorteilhafter

Waschblusen

| | |
|---------|----------|
| Serie I | Serie II |
| 3.90 | 5.90 |

Gestreifte
Waschblusen

in verschiedenen Dessins und Ausführungen 2.90

| | |
|--|------------|
| Damenhemden mit Besatz Hohlsaum und gestickter Passe | 1.35 |
| Damen-Fassonhemden | 1.75 |
| Damen-Beinkleider dazu passend | 1.75 |
| Kniebeinkleider mit Stickerel-Volant | 1.15 |
| Untertaillen mit Rücken-Garnitur u. Banddurchzug | 1.35 |
| Damenstrümpfe engl. Länge, schwarz und geringelt | 35 Pf. |
| Damenstrümpfe deutsche Länge, schwarz 3 Paar | 95 Pf. |
| Damenstrümpfe engl. Länge, schwarz und lederfarbig, à jour | 50, 60 Pf. |
| Herren-Socken naturfarbig | 35, 42 Pf. |

Ein grosser Posten Linon-

Taschentücher

mit kleinen Webe-
fehlern, weiss u. bunt-
kantig Dtz. 1.80

Russenkittel

mit Falten-Rückchen, weiss u. mode 95 Pf.
schwarz-weiss gestreift, mit Lackgürtel, Lg. 45-55 cm . 1.25

Theater und Vergnügungen

Mittwoch, den 23. Juni.
Neues königl. Opernhaus. Die Balläre. (Anfang 7 1/2 Uhr.)
Anfang 8 Uhr.
Komische Oper. Hoffmanns Erzählungen.
Besetzung: Sommerput. (Anfang 8 1/2 Uhr.)
Neues Schauspielhaus. Die feurige Sufanna.
Kleines. Die verwandelte Kade. 4 Teile der Kismet. Kismet in 11 Akten. (Anf. 8 1/2 Uhr.)
Lustspielhaus. Unsere Vepi.
Trianon. Das Prinzen. (Anfang 8 1/2 Uhr.)
Thalia. Polnische Witzhaft.
Schiller O. (Wagner-Oper.)
Sonne.
Schiller. Charlottenburg. Der dunkle Punkt.
Friedrich-Wilhelmstädtisches. Kasernenluft.
Neues Operetten. Eine Million. (Anfang 8 1/2 Uhr.)
Lustspiel. Neue Heimat. (Anfang 8 1/2 Uhr.)
Noie. Ersten Langer aus Ologau. (Anfang 8 1/2 Uhr.)
Folies Caprice. Die letzte Nacht. Die Hochzeitsreise. (Anfang 8 1/2 Uhr.)
Metropol. Hoheit amüsiert sich!
Apollo. Spezialitäten.
Vollge. Spezialitäten.
Reichshallen. Steiner Sönger.
Wintergarten. Spezialitäten.
Karl Haverland. Spezialitäten.
Wahalla. Ring und Wellen. (Anfang 8 1/2 Uhr.)
Voigt. Goldene Jugend.
Noack. Paulas Weichte.
Kaiser-Panorama. II. Jollus Indien. Besteigung des Grossglockner.
Urania. Taubenstrasse 48/49. 8 Uhr: Lebende Tierbilder von nah und fern.
Sternwarte. Janssenstr. 57-62.
Schiller-Theater O. Wagner-Oper.
Heute abend 8 Uhr:
Panne.
Lustspiel in 3 Aufzügen von Richard Stowronski.
Morgen und folgende Tage:
Panne.

Friedrich-Wilhelmstädtisches Schauspielhaus.
Freitag, den 23. Juni er., abends 8 Uhr:
„Kasernenluft“.
Sonnabend und folgende Tage:
„Kasernenluft“.

Metropol-Theater.
Hoheit amüsiert sich!
Operette in 3 Akten von F. Freund.
Musik von Rudolf Keiser.
An Szene geleitet vom Dir. H. Schulz.
Anfang 8 Uhr. Rauchen gestattet.

Apollo Theater

Anfang 8 1/2 Uhr.
Die großen Weltstadt-Attraktionen.
Lachen ohne Ende!
Der zerbrochene Spiegel
Kom. Original der Webr. Schwarz.
Um ein Weib.
Großes amerikan. Ausstattungstüch.

WINTERGARTEN

Die ausserlesenen Attraktionen!
LA TORTAJADA.
Die 7 Korinnas, klassische Tanzstudien.
Karl Reinisch und Lucia
mit ihren Vollblutpferden und Hunden.
De Dio.
Charles Barons Burleske-Menagerie.
Tschin Maas 8 heil. Chungusen und eine Kette
hervorragender Kunstkräfte!

Die ausserlesenen Attraktionen!
LA TORTAJADA.
Die 7 Korinnas, klassische Tanzstudien.
Karl Reinisch und Lucia
mit ihren Vollblutpferden und Hunden.
De Dio.
Charles Barons Burleske-Menagerie.
Tschin Maas 8 heil. Chungusen und eine Kette
hervorragender Kunstkräfte!

Passage-Panoptikum.
Die **Neger-Riesin**
Abomah, die größte Frau, die je gelebt.
Alles ohne Extra-Entree!

Café Bellevue.
Rummelsburg am See.
Inh.: G. Tempel.
Jeden Sonnabend und Donnerstag:
Soireen
der Hoffmanns Sönger.
Jeden Sonntag:
Spezialitätenvorstellung
und Garten-Konzert.

Sozialdemokratisch. Wahlverein Kreis Nieder-Barnim.
Sonntag, den 25. Juni 1911, nachmittags 2 Uhr beginnend: in den Gartenanlagen von **Neumanns Volksgarten** (früher Monte), Lichtenberg, Röderstr. 28/29:
Kreis-Sommerfest
bestehend in 238/14
Gartenkonzert x Gesang x Tanz x Theater x Turnerische Aufführungen x Damen- u. Herren-Preis Kegeln sowie Volksbelustigungen aller Art.

Mitwirkende: + + + Berliner Ulk-Trio, + + + je eine Spezialitäten-Truppe und Sänger-Gesellschaft x und einige Mitglieder d. freien Turnerschaft + + + Lichtenbergs. + + +

Billett 20 Pf. Kinder frei. Der Fest-Ausschuss.

Neue Welt Amerikanischer Vergnügungs-Park

Heute: Sommerfest zum Besten der Ferienkolonien Kixdorf.
Große Spezialitäten-Vorstellung. Ganz neues Programm. Sensationelle Attraktionen.
Gebirgsbahn, Wasserrutschbahn, Liebesmühle, Teufelsrad u. a.
Am 24. Juni: Berliner Buchdrucker und Schriftsteller.
Juni 1911. Die ausgeschrittene Anzeige gilt als Frohkarto für den Eintritt in den Park, jedoch nicht an Sonn-, Elite- und Vereinstagen.

Luna-Park

Sensationelle Attraktionen.
Johnstowns Untergang.
Der größte Erfolg der Neuzeit.
Cairo.
Unverwundbare Derwische. Sudan-neger, Harem, Straßensänger, Handwerker, Kamel- und Eselritte.
Hippodrom, Gebirgsbahn, Wasserrutschbahn, Moulin rouge, Marionettentheater, Teufelsrad usw.
Morgen, Sonnabend: **Elite-Tag.**
Rosenfest.
Rosenspenden für die ersten 5000 Besucher.
Pracht-Illumination des Parks. 4 Kapellen.

ZOO-LOGISCHER GARTEN

Täglich ab 4 Uhr:
Großes Militärkonzert.
Eintritt 1 Mark.
von abends 6 Uhr ab 50 Pf., Kinder unter 10 Jahren die Hälfte.
Morgen sowie täglich:
Militär-Doppelkonzert.
Jahres-Abonnements an allen drei Schalterplätzen.

Stadt-Theater Moabit
Alt-Moabit 47/48.
Sonntag, den 25. Juni 1911:
Theater und Spezialitäten.
Anfang des Konzerts 5 Uhr, der Vorstellung 6 Uhr.
Nach der Vorstellung:
Tanz.
Jeden Montag: Lustige Sönger.

Urania.
Wissenschaftliches Theater
Taubenstrasse 48/49.
Abends 8 Uhr:
Lebende Tierbilder von nah und fern.
Noacks Theater.
Direktion: Robert Dill.
Berlin N., Brannenstraße 16.
Zum letzten Male:
Paulas Weichte.
Ausstattungsstücke in Gef. u. Tanz.
Dazu: Die erkl. Spezialität.
Anfang 6 Uhr.

Voigt-Theater
Gejundbrunnen, Badstraße 58.
Heute sowie täglich:
Goldene Jugend.
Gr. Lebensbild in Gef. u. Tanz i. 3 Akte u. Auftreten erstklassiger Spezialitäten.
Aufseneröffnung 2. Anfang 4 Uhr.

Volksgarten-Theater
Freitag, den 23. Juni:
Konzert, Theater- u. Spezialitäten-Vorstellung.
Neues Programm.
Leopold Rosser — Emmy Lyon — Ewald Treffer. — Grappo Brothers.
„Goldener Boden.“

Moabiter Wintergarten Artus-Hof
Perleberger Str. 26, Stöndaler Str. 18.
Direktion: Karl Pirnau.

Die Bummelstudenten.
Vorher:
Spezialitäten-Vorstellung.
Das **Riesen-Juni-Programm.**
Konzert 6 Uhr. Vorstellung 7 1/2 Uhr.
Max Kliems Sommer-Theater
Rudolf Krüger, Palaststraße 13-15.
Täglich: Erstklassige Theater- u. Spezialitäten-Vorstellungen.
Zeitbedachter Theatergarten, bei ungestörter Blüherung Schutz bietend.
Donnerstag: **Elitetag.**
Trianon-Theater.
Heute und folgende Tage:
Das Prinzen.
Liebesdramat in 3 Akten v. R. Nisch.
Anfang 8 1/2 Uhr.

Passage-Theater.
Abends 8 Uhr:
Die schöne **Maroussia**
die Tänzerin klass. Kunst
Nina Bitowey
kaukas. Volkssöngerin,
und das neue große Programm!
14 erstklass. Attraktionen.

Folies Caprice.
Täglich 8 1/2 Uhr:
Parisiana-Ensemble.
Die letzte Nacht.
Ein Theater zu vernichten.
Die Hochzeitsreise.
Das Strumpfband.

Admiralspalast
Am Bahnhof Friedrichstrasse
Eis-Arena.
Geöffnet von 10 Uhr vorm.
in der heißen Jahreszeit
angenehm kühler Aufenthalt.
Allabendlich:
Das prunkvolle Eisballett
Montreal
Die Stadt auf Schlittschuhen.
Zahlreiche Kunstproduktionen.
Exquisite Restauration
bis 1 Uhr nachts.
Bis 7 Uhr und von 10 1/2 Uhr
abends: halbe Kassenpreise.

Berliner Prater-Theater
Kottbuscherstr. 7-9.
Täglich:
Die drei Grazien.
Voffe in 4 Akten von Treppe.
Spezialitäten und Konzert.
Anfang 4 1/2 Uhr. Eintritt 30 Pf.

Königstadt-Kasino.
Holzmärktstr. 72. Ecke Hegelstr.
Trungen.
Voffe in 1 Akt.
The Odeon. Neubert und Rée.
Rosa Horst. Otto Römer.
Anf. 7 1/2 Uhr. Sonntags 7 1/2 Uhr.

Carl Haverland-Theater
Kommandantenstr. 77/79.
Köln Blatzheim-Burlesken.
Neu! Walzerträume. Neu!
Wenn der Vater mit dem Sohne!
Anfang prächtige 8 1/2 Uhr.
Nur frühes Kommen sichert guten Platz!

Reichshallen-Theater.
Stettiner Sönger.
Britton!
Wiege im Hofesrod.
Anfang wochentags 8 Uhr.
Sonntags 7 Uhr.

ROSE-THEATER
Große Frankfurter Str. 122.
Anfang 8 1/2 Uhr.
Steffen Langer aus Ologau.
Morgen: Dieselbe Vorstellung.
Auf der Gartenterrasse täglich:
Konzert, Theaterdarstellung, Spezialitäten. Anf. 4 1/2 Uhr. — Um 8 Uhr:
Die große Neuze: Es gibt nur ein Berlin.

Partei-Angelegenheiten.

Die Provinzialkonferenz für Brandenburg

findet am Sonntag, den 27. August, vormittags 10 1/2 Uhr, im großen Saale des Gewerkschaftshauses, Berlin, Engelauer 15 statt.

- Tagesordnung: 1. Bericht des Bezirksvorstandes. Referent: Otto Weis. 2. Die bevorstehende Reichstagswahl. Referent: Wilh. Pfannkuch. 3. Jugendfürsorge und Sozialdemokratie. Referent: Geinr. Schulz. 4. Anträge. Anträge zur Provinzialkonferenz müssen spätestens bis zum 21. August bei dem Brandenburgischen Provinzialsekretariat Berlin SW. 68, Lindenstr. 69, eingereicht sein. Gäste haben nur mit Gastkarte Zutritt. J. A.: Otto Weis.

Zur Lokalliste!

Herr v. Niedrowski, Inhaber des Restaurants „Marienhöhe“ in Mariendorf, wünscht sofort aus der Lokalliste für Sozialdemokraten gestrichen zu werden. Seine Erklärung, so schreibt Herr v. Niedrowski, habe ich in dem Sinne abgegeben, daß mein Lokal jeder Partei, möge sie heißen wie sie will, ohne Unterschied zur Verfügung steht. Nachdem, so wiederholt er dann: „mein Lokal steht jedem offen und mache zwischen den Parteien keinerlei Unterschied.“ Mit dieser Erklärung waren wir vollständig einverstanden und haben noch nie von einem Gastwirt etwas anderes verlangt. Anderes besagt auch die Lokalliste nicht.

6. Kreis. Das Lokal Inhaber Herr Ladeberg, Lehster Str. 34, hat den Besitzer gewechselt. Der neue Inhaber verweigert uns sein Lokal, mithin ist es von der Liste zu streichen. Ferner weisen wir nochmals darauf hin, daß in der Seestraße die „Lehr- und Versuchs-Brauerei“ der Arbeiterschaft verweigert wird; besonders die Kirchhofsbefucher wollen dies beachten.

In Konradshöhe bei Tegel stehen der Arbeiterschaft alle Lokale zu den bekannten Bedingungen zur Verfügung.

In Sorau N. 2. steht uns das Lokal „Lindenhof“, Inhaber P. Kämpfe, Pförtnerstr. 3, das irtümlich aus der Liste gestrichen worden ist, nach wie vor zu den bekannten Bedingungen zur Verfügung. Die Lokalkommission.

Dritter Wahlkreis. Am Sonntag, den 25. Juni findet ein Ausflug mit Familie nach Hirschgarten statt. Treffpunkt nachmittags von 1 Uhr ab im Lokal zum Aussichtsturm (Inhaber Reichmann), zahlreiche Beteiligung erwartet. Der Vorstand.

Steglich-Friedenau. Am Sonntag, den 25. Juni, nachmittags präzise 3 Uhr, findet eine Besichtigung des „Kinder-Erziehungsheims am Urban“ in Zehlendorf, Dorothienstraße, statt. Die Teilnehmer treffen sich auf der Westseite der Bahnhofe Steglich und Friedenau um 2 Uhr. Abfahrt: 1/3 Uhr bis Zehlendorf. Die Genossen aus Niddorf warten vor dem Erziehungsheim. Nach der Besichtigung: Spaziergang zu Schwarz' Bürgergarten, Zehlendorf, Alsenstr. 56. Dort Teilnahme an den vom „Turnverein Friedenau“ arrangierten Spielen. Der Bildungsausschuß.

Rudow. Sonnabend, den 21. Juni, abends 9 Uhr bei Palms Mitgliederversammlung. Der Vorstand.

Alt-Blonitz. Sonnabend, den 24. Juni, abends 8 Uhr, im Lokal des Herrn Jahn, Rudowstr. 54: Generalversammlung des hiesigen Wahlvereins. Es ist eine wichtige Tagesordnung zu erledigen.

Stralau. Sonntag, den 25. Juni, früh 9 Uhr: Generalversammlung des Wahlvereins im Lokal von Steinicke, Alt-Stralau 5. Tagesordnung: Bericht und Neuwahl sämtlicher Funktionäre. Die Bezirksleitung.

Schönwalde, Bezirk Pankow. Am Sonntag, den 25. Juni, nachmittags 3 1/2 Uhr, findet auf dem Grundstück des Herrn Drebert am Gorinsee eine öffentliche Versammlung unter freiem Himmel statt. Tagesordnung: Die Parteien des Reichstags und die kommenden Wahlen. Referent: Reichstagsabgeordneter Genosse Wäghner. Freie Aussprache. Wir erziehen die Genossen, für guten Besuch dieser Versammlung zu agitieren. Die Agitationskommission.

Berliner Nachrichten.

Am Stenitz-See.

Die Mehrzahl der naturhungrigen Berliner Einwohner wagen sich nicht weit genug aus dem dunstigen Häusermeer, um die Schönheiten der Mark in satten Zügen zu genießen. Wenige Berliner kennen den an Größe fast der Müggel gleichkommenden Stenitz-See. Und doch führen zu seinem langgestreckten bewaldeten Ufer zahlreiche bequeme Wege zu Wasser und zu Lande, selbst auf der Eisenbahn. Unbekannt und vielbeliebt ist die Dampfertour nach Woltersdorfer Schleuse und von da am Kalksee vorbei zu Fuß durch die Rüdersdorfer Forst nach den Kalkbergen. Von diesem großartigen Panorama der einzigen Gebirgsformation der Mark können sich die meisten Ausflügler so schnell nicht trennen. Und ehe man es sich versteht, mahnt der Sonnenuntergang, der von der Höhe der Kalksteinbrücke oder noch besser vom Aussichtsturm auf Schulzenhöhe einen prachtvollen Anblick bietet, zum Aufbruch. Wer die Touristenart zu Hilfe nimmt, wird aber neugierig sein, den gar nicht weit von den Kalkbergen entfernten mächtigen blauen Acker, der ziemlich in der Mitte zwischen Rüdersdorf, Herzfelde, Hennickendorf und Frederksdorf liegt, kennen zu lernen. Eine Viertelstunde hinter den mit Luft mit dichtem Staub erfüllenden Rüdersdorfer Zementfabriken streift sich das reizlose Tasdorf, und von da zur Spitze des Stenitzsees ist nur ein Augenblick. Wir lassen die Hennickendorfer Seite, die schon von weit her durch ragende Ziegeleischote kenntlich ist, zur rechten Hand liegen und wandern am linken Ufer eine gute Stunde wieder durch Rüdersdorfer Forst an ausgedehnten Kiesgruben vorüber nach Nordosten, in der Richtung auf Strausberg. Der bei schönem Wetter von zahllosen Segelbooten belebte Stenitz kann, ähnlich wie die Müggel, zeitweise äußerst ungemütlich sein. Die Landleute erzählen von unergründlicher Tiefe und von mancher damit verknüpften Sage. Der flache Strand ist ein ideales Freibad, zu dem auch schon Ansätze geschaffen sind. Haben wir das nördliche, breit auslaufende Ende des Stenitzsees erreicht, so gräbt vor dem Bahnhof Hennickendorf und dem kleinen Stenitz von hoher Bergkette herab die einen brillanten Fernblick gewährende Wachtelburg. Ueber den Stranggraben oder die Chauffee geht rüstig hügel- auf hügelab durch die Rollberge und an Neue Mühle vorbei nach dem Staatsbahnhof Strausberg. Gerade dieser letzte

Teil der Waldtour, die von Woltersdorfer Schleuse ab für einen tüchtigen Fußgänger höchstens vier Stunden in Anspruch nimmt, ist ungemein lohnend. Weniger zeitraubend ist die gesamte Partie, wenn man den Wasserweg verschmährt, mit der Dübahn nach Strausberg fährt, also dem Stenitzsee auf umgekehrter Route zustrebt und von Erkner den Berliner Zug benützt.

Wenn man „Wohltaten“ annimmt.

Sonderbare Erfahrungen hat ein Arbeiter Sch. gemacht, dem der Volksheilstättenverein vom Roten Kreuz ein krankes Kind in der Kinderheilstätte zu Hohenlychen verpflegt hatte. Die Anfänge dieser Affäre liegen schon um reichlich zwei Jahre zurück, aber ihre Folgen für die Eltern des Kindes zeigen sich erst jetzt in ihrer ganzen Schwere. Was ihnen passiert ist, verdient in weitesten Kreisen beachtet zu werden, vor allem von denen, die aus ähnlichem Anlaß die Hilfe des Roten Kreuzes zu genießen hoffen.

Im Jahre 1909 wurde das Kind, ein damals 7 Jahre alter Knabe, nach mehrfacher Erkrankung an Lungenentzündung auf den Rat eines Schularztes zu einer der Fürsorgestellen für Lungenkranke gebracht, die in Berlin eingerichtet sind. Nachdem Hans Sch. dort untersucht worden war, wurde der Rutter die Entsendung des Jungen in eine Heilstätte als notwendig bezeichnet. Ueber die Kosten machte ihr eine Pflegehelferin eine Mitteilung, die sie so aufsaßte, daß man von den Eltern höchstens einen Beitrag von 20 M. fordern werde. Frau Sch. glaubte, hiernach sich mit der Entsendung einverstanden erklären zu können. In der Wohnung des Ehepaars Sch. wurde dann im Frühjahr 1909 von der Pflegehelferin, die dem Jungen einige Fürsorgebesuche machte, ein Antrag auf Ueberweisung in eine Heilstätte aufgesetzt, den Sch. abzuzeichnen und zu unterzeichnen hatte. Als er Bedenken äußerte, beschwichtigte ihn die Pflegehelferin, er habe da nichts mit der Armenpflege der Stadt Berlin, sondern mit einer Stiftung zu tun. Einige Zeit danach kam in die Wohnung der Eheleute Sch. ein Herr — sie nehmen an, es sei der Bezirksvorsteher gewesen — und forderte in der Angelegenheit ihres Kindes allerlei Auskünfte. Ueberrascht war Sch., als aus der Kinderheilstätte zu Hohenlychen eine Zuschrift des Ehepaars eintraf mit der Bitte um „Mitteilung, wer die Kosten übernimmt“. Sch. selber meinte, hierzu nicht in der Lage zu sein. Mitte Juni schrieb die Berliner Armen-direktion an Sch., daß auch sie die Uebernahme der Kosten für eine Kur seines Kindes in der Kinderheilstätte zu Hohenlychen ablehnen müsse. Wer sich da an die Armen-direktion gewendet hatte, ist nicht klar. Die Eheleute Sch. sagen, ihre Absicht sei es nicht gewesen, die Hilfe der Armenpflege anzurufen. Unklar ist auch, was nach dieser Ablehnung getan worden ist, um die Armen-direktion umzustimmen. Geschehen muß da irgend etwas sein; denn Ende Oktober 1909 schrieb die Berliner Armen-direktion an Sch., daß das Kind auf acht Wochen zur Kur nach Hohenlychen überwiesen werde. Inzwischen war Sch. von Berlin nach Niederschönhausen weggezogen, wo er schon vorher in Arbeit gestanden hatte. Von Niederschönhausen aus fuhr Hans Sch. gegen Ende November nach Hohenlychen. Drei Tage darauf fragte die Berliner Armen-direktion bei Sch. an, wo er arbeite. Es handelte sich, schrieb sie ihm, um die Feststellung, ob und welcher Orts-armenverband gemäß § 29 der Kolle zum Unterhaltungs-mittelzuschuß zur Erstattung der Kosten für die Verpflegung ihres Kindes Hans in Hohenlychen verpflichtet ist. Für den Fall einer Verweigerung der Angabe werde Rückberufung des Kindes in Erwägung gezogen werden. Sch. war noch immer der Meinung, ihm selber sei Kostenfreiheit zugesichert worden. Er antwortete am 29. November der Armen-direktion, daß er sein Kind, falls er Unkosten haben solle, sofort zurückverlange. Darauf schickte ihm die Armen-direktion am 7. Dezember folgende Zuschrift: „Auf das Schreiben vom 29. v. M. teilen wir Ihnen mit, daß Ihnen auf Grund der angefertigten Ermittlungen Kurkosten nicht in Rechnung gestellt werden.“ Falls er seinen Sohn, so schloß der Brief, sofort zurücknehmen wolle, werde ihm anbeimgelassen, sich direkt an die Heilstätte zu wenden. Die Eltern nahmen Hans nicht zurück, weil sie jetzt die Kostenfrage für geregelt hielten. Als sie ihn zu Weihnachten 1909 in Hohenlychen besuchten, wurde ihnen dort gesagt, sie sollten ihn nur ruhig dalassen, er sei schon sehr gebessert, in 6-8 Wochen könne er gesund sein. So rasiß ging es freilich doch nicht. Mitte März 1910 schrieb die Armen-direktion an Sch., sie habe den Aufenthalt des Kindes in Hohenlychen um acht Wochen verlängert. Sch. und seine Frau versicherten, ihnen sei nicht bewußt, selber die Armen-direktion um Verlängerung gebeten zu haben. Noch vor Ablauf der acht Wochen nahm Sch. zu Ostern 1910 das Kind mit nach Hause, weil ihm schien, daß es die Füße erfroren habe. Um die Kostenfrage glaubte er sich keine Sorge weiter machen zu sollen; er dachte da an die Zusage der Armen-direktion, daß ihm „Kurkosten nicht in Rechnung gestellt“ werden würden. Im Gegensatz hierzu schrieb ihm nun im September 1910 der Gemeindevorstand von Niederschönhausen, dem dortigen Ortsarmenverband seien durch jenen Kur-aufenthalt des Kindes 104,75 M. Kosten entstanden, zu deren Erstattung Sch. verpflichtet sei. Sch. wurde aufgefordert, diese Summe an Niederschönhausen in Monatsraten abzugeben. Er meinte, mit Niederschönhausen habe er in dieser Sache überhaupt nichts zu tun; im übrigen berief er sich auf die Kostenfreiheit, die ihm zugesichert sei. Im Oktober 1910 meldete sich bei ihm wieder die Berliner Armen-direktion und wünschte den Brief mit ihrer eigenen Zusicherung der Kostenfreiheit zu sehen. Sch. wollte das für ihn sehr wichtige Schriftstück nicht aus den Händen geben und schickte der Armen-direktion nur eine Abschrift. Eine Antwort kam nicht, wohl aber fand sich in seiner Wohnung ein Beamter ein, der sich die Wirtschaftseinrichtung besah und in Gegenwart der Frau Sch. das eine und das andere Stück als entbehrlich bezeichnete. Nachdem dann einige Zeit alles still geblieben war, begann wieder der Gemeindevorstand von Niederschönhausen zu drängen. Schließlich richtete er im Juni 1911 an Sch. eine sehr energische Zahlungsaufforderung. Sch. Einwand, daß die Armen-direktion Berlin die Tragung der Gesamtkosten aus Stiftungsmitteln übernommen habe, sei durch Einsichtnahme in die Berliner Akten als hinfällig erwiesen worden. Niederschönhausen müsse hiervon 104,75 M. tragen, Sch. habe diese Summe zurückzuerzahlen, eventuell werde der Klage weg beschritten und Lohnbeschlag genommen.

Was ist neben anderen Schriftstücken auch der Sch. gerichtete Brief der Armen-direktion mit ihrer Zusage, daß ihm „Kurkosten nicht in Rechnung gestellt“ werden würden, im Original vorgelegt worden. An der Echtheit ist nicht zu zweifeln. Es ist möglich, daß jene Zusage nur für die ersten acht Wochen der Kur gelten sollte; möglich auch, daß Sch. oder seine Frau durch mündliche oder schriftliche Äußerung in irgend etwas gewilligt haben, dessen Tragweite sie nicht erkannten. Aber wichtiger als die Frage nach der Rechtslage ist für die Öffentlichkeit die Tatsache, daß durch Inanspruchnahme einer Fürsorgeeinrichtung für Lungenkranke, die eine Ueberweisung an die Kinderheilstätte vom Roten Kreuz vermittelt, einer schrittweise dahin gelangen kann, ein Objekt der Armenpflege zu werden und wegen Rückstellung von Kurkosten sich eine Klage aufhaken zu lassen, die vielleicht zu Lohnbeschlagnahme und Wirtschaftspfändung führen wird. Soll den Eltern des Kindes das wirklich widerfahren, weil sie vom Roten Kreuz eine Hilfe beantragt haben, die ihnen damals als „Wohltat“ galt? Die Berliner Armen-direktion hat durch jene Erklärung vom 7. Dezember 1909 bei den Eltern die irtige Annahme hervorgerufen, daß ihnen für die gesamte Kur keinerlei Kosten in Rechnung gestellt werden könnten. Sollte es den beteiligten Behörden und Vereinen — im besonderen der Ber-

liner Armen-direktion — wirklich nicht möglich sein, jetzt von den Eltern die Folgen jener Irrung abzuwenden?

Zur Neueinteilung der Kommunalwahlbezirke ist nachzutragen, daß in der Ueberstadt über die neuen Wahlbezirke, die wir am Donnerstag (in Nr. 143) veröffentlichten, der Stadtbezirk 254D ausgefallen ist. Er gehört zu dem neuen Wahlbezirk 33, der hiernach die Stadtbezirke 254A, C, D, E und 321 umfaßt. (Auch in der Ueberstadt, die der Magistrat den Stadtverordneten vorgelegt hat, war dieser Stadtbezirk ausgefallen worden.)

Straßenbahnunfälle. Beim Verlassen eines fahrenden Straßenbahnwagens ist vorgestern die 53jährige Witwe Anna Bernide aus der Großen Frankfurter Straße 50 schwer zu Schaden gekommen. Frau W. hatte vormittags gegen 11 1/2 Uhr einen Wagen der Linie 3 zur Fahrt nach Hause benützt und sprang am Andreasplatz von dem in der Anfahrt zur Haltestelle befindlichen Waggon herab. Hierbei kam sie zu Fall und erlitt einen komplizierten Bruch des linken Oberschenfels, sowie erhebliche Hautabschürfungen im Gesicht und an den Armen. Die Verunglückte wurde nach dem Krankenhaus am Urban übergeführt.

Ein zweiter schwerer Unglücksfall trat gegen 7 Uhr abends in der Schönhauser Allee zu. Dort verjuchte die 43jährige Tochter Frieda des Schönhauser Allee 68 wohnenden Kutschers Engelmann vor dem elterlichen Hause unmittelbar vor einem herannahenden Straßenbahnwagen der Linie 44 über das Gleise zu laufen. Trozdem der Führer, der die Gefahr erst im letzten Augenblick erkennen konnte, sofort die ihm zur Verfügung stehenden Bremsmittel anwandte, wurde die Kleine doch umgerissen und geriet unter den Vorderperron. Das Kind trug einen Bruch des linken Oberschenfels und Hautabschürfungen davon. Nach Anlegung von Notverbänden auf der Unfallstation in der Gaudystraße wurde das Mädchen nach der elterlichen Wohnung gebracht.

Der angebliche Mörder der Witwe Hoffmann. Zu der Selbstbeichtigung des Kellners Kumlert, der sich vorgestern, wie berichtet, bei der Polizei in Pöhmisch-Leipa stellte und angab, der Mörder der Witwe Hoffmann in Berlin zu sein, wird weiter gemeldet, daß die Berliner Kriminalpolizei der Sache noch immer sehr skeptisch gegenübersteht. Trozdem ist die Polizeibehörde in Pöhmisch-Leipa erlucht worden, den Mann eingehend zu vernehmen und das Protokoll dann nach Berlin zu senden. Nach den bisherigen Ermittlungen hat sich Kumlert im Dezember v. J., wo der Nord in der Blumenhalstraße verhaftet wurde, gar nicht in Berlin, sondern in Leipzig aufgehalten. Vermutlich will Kumlert sich nur freie Fahrt nach Berlin verschaffen. Auf dem Berliner Polizeipräsidium ist bis jetzt noch keine Antwort auf das Ersuchen um genaue Vernehmung Kumlerts eingelaufen.

Eine Omnibusverbindung zwischen dem Hansa- und Bellevue-Biergel und dem Potsdamer Platz durch den Tiergarten beabsichtigt die Allgemeine Berliner Omnibus-Gesellschaft am 1. Juli einzurichten. Die neue Verbindung kommt dadurch zustande, daß die Pferdelinie 28 Hakenheide-Alt-Moabit, die durch den Tiergarten geht, in ihrem nördlichen Teil verlegt wird. Sie geht vom 1. Juli an von der Paulstraße durch die Pläntelstraße, über das Helgoländer Ufer, die Moabit-Brücke, die Wäldchen-Aller nach der Hens-burger Straße bis zum Vorhaken. Die Linie erhält dann die Bezeichnung 28 Hakenheide (Kaiser-Friedrich-Platz)—Hensburger Straße (Moabit).

Der Konkurs über die Lichtberger Vereinsbank verhängt. Anfang Mai dieses Jahres geriet bekanntlich die Lichtberger Vereinsbank, deren Vorsitzender der Kaufmann Horstmann war, in Zahlungs-schwierigkeiten. Horstmann, der Inhaber einer Leim- und Sphenzen-fabrik war, hatte im Laufe eines Jahres 21 Reisende engagiert, denen er gegen Stellung einer Kaution von 800 bis 1000 M. die Alleinvertretung für seine Betriebe übergeben hatte. Mit den Kauttionen unterhielt S. die Vereinsbank, die etwa 20 Mitglieder besaß und mit einem Stammkapital von 500 M. gegründet worden war. Einiges Tages erfuhr man dann die Reisenden, daß sie samt und sonders von Horstmann betrogen worden waren und erstatteten bei der Kriminalpolizei in Lichtenberg Anzeige. Ehe der Bankdirektor verhaftet werden konnte, stellte er sich selbst und versprach, daß sämtliche Forderungen durch seinen Bruder und durch mehrere Verwandte gedeckt werden würden. Es fanden auch Verhandlungen zwischen beiden Parteien statt, die jedoch zu keinem befriedigenden Resultat führten. Nach Durchsicht der Bücher wurde festgestellt, daß den Passiven in Höhe von 25 000 M. gar keine Aktiven gegenüberstehen. Es ist deshalb der Konkurs über die Vereinsbank verhängt worden. Wie verlautet, ist gegen Horstmann von mehreren seiner früheren Angestellten Strafanktrag gestellt worden.

Unter Holzmassen begraben. In dem Hause der Kammerherrschen Werke, Fennstraße 27, waren gestern zwei Arbeiter auf einem in einer Durchfahrt aufgestellten Gerüst beschäftigt, als ein Wagen unvorsichtig durch die Durchfahrt gelenkt wurde, und das ganze Gerüst dabei umriß. Beide Arbeiter wurden unter den Holzmassen begraben. Einer von ihnen wurde schwer, der andere leichter verletzt.

Ein seltsamer Vorfall beschäftigt die Kriminalpolizei. In der Invalidenstrasse wurde am vergangenen Sonnabend vor dem Hause Nr. 28 eine unbekannte Frau bewußtlos aufgefunden. Im Virchow-Krankenhaus kam sie wieder zu sich, nannte zunächst auch ihren Namen und gab an, daß sie Zimmervermieterin sei. Nachträglich aber verweigert sie jede Angabe über ihre Persönlichkeit. Der Name, den sie erst nannte, hieß wie Masche, Masch oder Masch. Die Unbekannte ist etwa 1,65 Meter groß und bledelt, hat ein rundes volles Gesicht und trug eine weiße Bluse, einen schwarzen Rock, einen großen schwarzen Hut mit roten Rosen und schwarze Schnür-schuhe.

Ein Bienenschwarm belagerte am gestrigen Nachmittag vor dem Hause Kottbuler Damm 90 einen Kandelaber der elektrischen Leitungs-drähte. Wiederholte Versuche, die Biene zunächst in eine Riste und alsdann in einen Sack zu bringen, mißlangen. Abends 1/7 Uhr behauptete der Schwarm noch seinen Platz. Das für die Großstadt seltene Vorkommnis hatte zahlreiche Passanten angelockt.

Von einem Lastfuhrwerk überfahren wurde gestern nachmittags 1/5 Uhr vor dem Hause Schulstraße 5 ein etwa vierjähriger Knabe. Der Kleine lief beim Spielen auf den Damm und geriet dabei unter einen Wagen der Ruhholzhandlung D. Franke Söhne, dessen Hinterrad ihm über den Leib fuhr. Mit schweren inneren Verletzungen wurde das Kind zunächst nach der Unfallstation in der Lindowstraße gebracht.

Folgeschwere Gewitter sind vorgestern abend in der Umgebung Berlins niedergegangen. Arg gehäuft hat das Unwetter in den nördlichen und südöstlichen Gegenden. Durch Blitzschlag wurden mehrfach Brände entzündet und dabei erhebliche Schäden herbeigeführt. So wurde ein dem Fuhrherrn Franz Schulz gehöriges Anwesen in der Nähe von Fürstentwale von einem Blitzschlag getroffen und in Brand gesetzt. In Oranienburg schlug der Blitz mehrfach ein. Eine seltsame Wirkung hatte ein Blitzschlag auf dem Fabrikgrundstück von Johannes u. Ziegner. Dort schlug der Blitz in den Schornstein der Trockenkammer ein und verursachte von oben bis unten in demselben einen breiten Riß. Auf freiem Felde wurden mehrere Heufächer und Getreidebüschel durch Blitzschlag in Brand gesetzt und total vernichtet. Menschenleben sind glücklicherweise bei dem Unwetter nicht zu Schaden gekommen.

Im Zoologischen Garten findet an diesem Sonnabend von 4 Uhr nachmittags ab das große Sommerfest statt, das all-

Jährlich um diese Zeit zum Besten der Pensionäre der Beamteten des Gartens veranstaltet wird. Neben gutem Konzert werden Vorträge und Solovorträge des Virtuosen der Zupfsohne, Professor Serafin Mikschky, das Festprogramm ausfüllen. Mit Eintritt der Dunkelheit beginnt die Illumination, die erste nach Eröffnung der neuen Restaurationsräume und Gartenterassen. Kartenpreis auch abends nach 6 Uhr 1 M., für Kinder unter 10 Jahren die Hälfte. Abonnements und Freikarten haben nach 12 Uhr mittags keine Gültigkeit.

Im neuen Orinal der Treptow-Sternwarte spricht Direktor Dr. H. E. Archenhold am Sonntag, den 25. Juni, abends 7 Uhr, über: „Das Geheimnis des Weltbaus“ und Montag, abends 9 Uhr, über: „Die Vielheit der Welten“. Beide Vorträge sind gemeinverständlich und mit zahlreichen Lichtbildern ausgestattet. Mit dem großen Fernrohr wird schon von 2 Uhr nachmittags an die Venus, die immer noch an Helligkeit zunimmt, und sofort nach Sonnenuntergang der Jupiter abwechselnd mit dem Mond gezeigt.

Für die erkrankte Frau Anrich, die von ihrem Ehemann in so brutaler Weise mißhandelt worden war, daß der von uns veröffentlichte Gerichtsbericht allgemeines Mitleid wachrief, sind bei verschiedenen Zeitungsbereitungen milde Gaben eingegangen. Diese haben leider an die unglückliche Frau nicht abgeführt werden können, da der augenblickliche Aufenthaltsort der Frau trotz aller Recherchen nicht zu ermitteln ist. Es verlautet, daß Frau A. einer Blindenanstalt zugeführt ist. Vielleicht tragen diese Jellen dazu bei, daß der Aufenthaltsort der Frau festgelegt wird, da sonst die Geldbeiträge an die mildtätigen Spenden zurückgegeben werden müßten.

Gefunden wurde am Mittwochabend ein Paket in grauem Papier, enthaltend anscheinend Werkzeug für Elektromonteur. Abzuholen bei Lente, Streißer Str. 18.

Vorort-Nachrichten.

Charlottenburg.

Stadterordnetenversammlung. Ein von allen Parteien unterstützter dringlicher Antrag, den Magistrat zu ersuchen, unverzüglich eine Vorlage betreffs Errichtung eines städtischen Arealatoriums nebst Urnenhalle in Charlottenburg zu unterbreiten, wurde nach kurzer Begründung durch den Stadtv. Dr. Meher (Lib.) einstimmig angenommen.

Die Vorlage, der Gesellschaft zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit (Deutsche Abteilung der Internationalen Vereinigung zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit) mit einem Jahresbeitrag von 40 Mark beizutreten, wurde debattelos genehmigt.

Zum Deutschen Städtetag, der vom 10. bis 12. September in Bosen stattfinden wird, und der ebenfalls zur Frage der Arbeitslosenversicherung Stellung nehmen soll, wurden außer den beiden Vorstehern noch drei Mitglieder der Versammlung delegiert, die Stadtv. Böllmer (Lib.), Dr. Landsberger (Lib.) und Bietisch (Soz.)

Eine Vorlage betreffs Erwerb von Straßenland der Klaus-Groß-Straße wurde nach kurzer Debatte einem Ausschuss überwiesen, ebenso eine Vorlage betreffs Abänderung des Tarifs für die städtischen Köche und Ladestellen.

Die Vorlage, welche den Bau von zwei Krankenpavillons für die Tuberkuloseanstalt in Bock-Sommerfeld verlangt, wurde trotz ihrer hohen Kosten von fast einer Million Mark ohne Ausschussberatung genehmigt, um die sofortige Inangriffnahme zu ermöglichen; dagegen wurde die Vorlage, welche 4,8 Millionen Mark zur Erweiterung des Rathauses verlangt, obwohl diese Erweiterung prinzipiell schon früher genehmigt war, wegen der hohen Kosten noch einmal einem Ausschuss überwiesen.

Zur Erweiterung der Volkshochschule wurden 12 000 M. verlangt, um in dem neben der Volkshochschule gelegenen Hause Räume zu mieten, die nach Durchschlagen der Wände mit den Räumen der Volkshochschule in unmittelbare Verbindung gesetzt werden sollen. Stadtv. Dr. Borchardt (Soz.) erklärte die Notwendigkeit einer Erweiterung der Volkshochschule an und betonte sogar deren Dringlichkeit. Wenn in der Begründung der Vorlage gesagt ist, ein Neubau, für den die Mittel bereits zur Verfügung stehen, konnte noch nicht in Angriff genommen werden, weil ein geeignetes Grundstück nicht zu ermitteln war, so stimmt das nur insofern, als die Platzfrage nur zusammen mit der Platzfrage für die noch dringlicheren Neubauten für unsere Fortbildungsschulen geregelt werden soll. Dadurch, daß man die Räume auf 5 Jahre mieten wollte, gebe man möglicherweise zu erkennen, daß die Regelung dieser Platzfrage und damit die überaus notwendigen Neubauten noch auf Jahre hinaus verzögert werden sollen. Er beantragte daher, die Anmietung der Räume nur auf drei Jahre zu bewilligen, damit die Stadterordnetenversammlung auf diese Weise zu erkennen gebe, daß sie eine endgültige Regelung der Platzfrage und Inangriffnahme der Neubauten sobald wie möglich erwarte. Stadtv. Otto (Lib.) schloß sich diesen Ausführungen an, worauf die Vorlage mit der von Dr. Borchardt beantragten Veränderung einstimmig angenommen wurde.

In besinnungslosem Zustande wurde vorgestern der 22jährige Handlungsgehilfe Raul Köhler aus Berlin, Sieglitzer Straße 9, in der Liebhühlerstraße aufgefunden. Ein hinzugerufener Arzt stellte fest, daß sich der junge Mann mit Meersalz vergiftet verhalten hatte. Erst nach längerem Bemühen gelang es, den Lebensmühen wieder zum Bewußtsein zu bringen, der in sehr bedenklichem Zustande nach dem Krankenhause Westend übergeführt wurde. R. hatte vor längerer Zeit krankheitsbedingt seine Stellung aufgeben müssen und konnte trotz eifrigster Bemühungen keine anderweitige Beschäftigung finden. Als auch vorgestern seine Hoffnung, bei einer Charlottenburger Firma angestellt zu werden, fehlschlug, beschloß er seinem Leben ein Ende zu machen.

Rixdorf.

Eine wichtige außerordentliche Sitzung der Stadterordnetenversammlung findet morgen Sonnabend, den 24. Juni, nachmittags 5 1/2 Uhr, im Rathaus, Berliner Str. 63, statt. Auf der Tagesordnung steht u. a.: Bau einer Straße über den Schiffahrtskanal im Zuge der Kaiser-Friedrich-Straße; Wahl eines besoldeten Magistratsmitgliedes; Weiterer Ausbau des städtischen Krankenhauses in Dudenow; Bau der Bade- und Schwimmanstalt; Begründung eines Ledigenheimes.

Sturz aus dem fünften Stockwerk. Zu dieser in der gestrigen Nummer enthaltenen Notiz ersucht und Genosse Plakowski, mitzuteilen, daß sich der Vorfall nicht Rodenbergstraße 75, sondern 27 zugehörig hat. Auch hat sich der verunglückte Liebhaber nicht nach der Straße aus dem Fenster gestürzt, sondern nach dem Hofe, wo er im Garten auf weiches Erdreich gefallen ist, so daß hoffentlich seine Verletzungen nicht allzu schwere sein dürfen.

Schöneberg.

Die Kinematographenbesitzer hatten am Mittwoch im Gesellschaftshaus des Wellens eine Protokollversammlung einberufen und gegen die von den städtischen Körperchaften geplante Erhöhlungssteuer Stellung genommen. Redakteur Mellini legte in seinem Referat klar, daß die Besitzer nicht auf Rosen gebettet sind und schwer zu kämpfen haben. Ferner muß für die gelieferten Filme ein ziemlich hoher Betrag gezahlt werden und sind die übrigen Aufwendungen ziemlich kostspielig, so daß nicht daran zu denken ist, daß auch diese ungerechte Steuer, die nur einen bestimmten Betrieb trifft und dazu ausreicht ist, denselben zu ruinieren, von den Kinematographenbesitzern getragen werden kann. Die Besitzer müssen alles aufwenden, um diese Steuer zu Fall zu bringen. Stadterordneter Salinger (Lib. Frk.) meint, ihm sei die Steuer zwar nicht genau bekannt und er weiß auch nicht, wie er stimmen wird, aber notwendig wäre die Steuer, denn die Beiträge sollen für Wohlfahrtsangelegenheiten verwendet werden. Rektor Berndt wünscht, daß dafür gesorgt werden möge, daß in den

Schulen selbst Lichtbildvorträge gehalten werden können, und dazu ist erforderlich, daß dementsprechende Apparate beschafft werden und jeder Schule zur Verfügung zu stellen sind. Ob ist es vorgekommen, daß Kinder nach dem Besuch der Kinematographen vollständig verwirrt waren und die Aufmerksamkeit und Regsamkeit während der Schulstunden erheblich nachgelassen hatte. Die Schmutzflüsse müssen beseitigt werden. Stadtv. Engel (Lib. Fr.): Unter den hiesigen „Kinos“ sind es gerade drei, die einigermaßen auf der Höhe sind, während die anderen nichts Lebenswertes und Empfehlenswertes bieten. Der Musikus, der die Steuer durchführt, hat dieselbe verlegt, um Material zu sammeln, und es fragt sich, was für eine Wirkung die Steuer hervorbringt wird. Jedenfalls müssen unter allen Umständen die Schmutzflüsse sowie die unheimlichen Plakate in Fortfall kommen. Es hängt auch ganz von dem Verhalten der Besitzer ab, ob die Steuer eingeführt wird. Genosse Käter meint, die sozialdemokratische Fraktion ist sich über die Wirkung der Steuer vollkommen im klaren. Die Kinobesitzer werden dieselbe auf die Besucher abwälzen und schließlich durch einen geringen Aufschlag noch einen kleinen Verdienst herauszuschlagen. Der Erfolg wird sein, einige kleine Gewerbetreibende werden ausgeschaltet und Kapitalisten werden sich der Sache bemächtigen und im großen betreiben, so daß dem kleinen Mann auch dieses Vergnügen verteuert wird. Allerdings muß gegen die Schmutzflüsse ganz energisch vorgegangen werden und das ist Sache der Besucher und der Behörden. Die Kinder können geschickt geschützt und vor Schmutz bewahrt werden. Eine unmoralische Sache wird jedoch nicht moralisiert, wenn sie mit Steuern belegt und zu Wohlfahrtszwecken verwendet werden soll. Kinder, die kranklich, denen soll man nicht Gelegenheit geben, irgend welche unmoralische oder anstößige Bilder zu sehen. Derartige Filme sind anzusehen. Diese Steuer ist eine indirekte und muß unbedingt abgelehnt und bekämpft werden. Hierfür wurde eine im Sinne der Versammlung gefasste Resolution angenommen und darauf die Versammlung geschlossen.

Von einem Privatautomobil überfahren und tödlich verletzt wurde gestern, Donnerstag, nachmittags der fünfjährige Hans Weiser, dessen Eltern in der Holzstraße 47 wohnen. Der Kleine spielte vor dem Hause mit einigen Altersgefährten und wollte über den Straßenbaum rennen. Im Eifer des Spiels achtete er nicht auf die Warnungssignale eines herannahenden Privatautomobils, dessen Chauffeur auf die kurze Entfernung nicht mehr zu bremsen vermochte. Das Kind wurde von dem Schuttbild des Kraftwagens ergriffen und so heftig gegen die Nordwand geschleudert, daß er eine Gehirnerschütterung und Schädelbruch erlitt. Der Besitzer des Automobils, Kommerzienrat Haberland, schaffte den Kleinen nach der Hilfsstation in Schöneberg, von wo aus der Knabe nach dem Schöneberger Krankenhaus gebracht wurde. Dort verstarb er jedoch bald nach seiner Einlieferung.

Weißensee.

Bergedlicher Kampf um die Sonntagsruhe. Die letzte Gemeindevertretersitzung beschäftigte sich mit einem Antrag unserer Fraktion, die Sonntagsruhe durch Ortsstatut festzulegen. Genosse Taubmann begründete den Antrag und wies auf die verschiedenen Petitionen von Interessenten hin, die die Sonntagsruhe eingeführt wissen wollten. Nicht nur die Angestellten, sondern auch die Gewerbetreibenden seien sich in dieser Frage einig. Der Berliner Magistrat scheine die Regelung der Sonntagsruhe verschleppen zu wollen, deshalb müßten die einzelnen Gemeinden selbständig vorgehen. Lange genug haben die Angestellten und Gewerbetreibenden die Wohltat der Sonntagsruhe vernutzt. Der Beigeordnete Dr. Klamrot glaubt, daß die Gewerbetreibenden, die an der Grenze des Ortes wohnen, geschädigt würden, wenn nicht in allen Orten die Sonntagsruhe in gleicher Weise eingeführt sei, er empfehle daher, einer Anregung der Stadt Wilmerdorf zu folgen, eine Konferenz in dieser Angelegenheit abzuhalten, um gemeinsam vorzugehen. Unsere Genossen betrachteten die Wilmerdorfer Anregung als eine weitere Hinausschiebung der Einführung der Sonntagsruhe. Auch die Gewerbetreibenden Herren Zeisler, Knob und Nathmann (Herr Knob glänzte bei dieser wichtigen Angelegenheit wieder durch Abwesenheit) beteiligten sich lebhaft an der Debatte und schlossen sich dem Antrage unserer Genossen an. Die Herren Meines, Köhler, Schmiede und König sprachen sich für die Bescheidung der Wilmerdorfer Konferenz aus, auf der eine Verständigung herbeigeführt werden könne. Der Bürgermeister Dr. Boeld zog in Zweifel, daß die meisten Gewerbetreibenden sich der Tragweite ihrer Handlung bewußt gewesen seien, als diese die Petitionen ihrer eigenen Kollegen unterschrieben hätten; er wolle sich in dieser Frage nur dann entscheiden, wenn die Vorortgemeinden mit Berlin gemeinsam vorgehen. Die Wilmerdorfer Konferenz biete Gelegenheit, Einzelliches zu schaffen. Nach zweifelhafte Debatte kam dann der Beschluß zustande, daß die Wilmerdorfer Konferenz zu beschicken sei. Sollte aber bis zum 1. September die Frage der Sonntagsruhe auch von dieser Konferenz nicht geregelt sein, dann wird die Gemeindevertretung erneut die Vorlage zur Besprechung bringen. Ebenfalls soll der Magistrat von Berlin Nachricht erhalten, daß die Gemeinde Weißensee den Wunsch auf Einführung der Sonntagsruhe habe.

Petershagen bei Frederksdorf.

Kund der Gemeindevertretung. In der am 20. d. Mis. stattgefundenen Sitzung wurden für den demnächst auszuführenden Schulhausneubau zwei Drittel der Kosten übernommen. Für die bereits vorhandene Schreibstube des Gemeindevorstehers sind noch 200 M. jährlich bewilligt. Ein Antrag, die Umsatzsteuer von ein auf anderthalb Prozent zu erhöhen, wurde mit 3 gegen die 3 Stimmen unserer Genossen angenommen. Unsere Genossen betonten, daß die Mehreinnahme im Verhältnis zu den Aufgaben, welche der Gemeinde harrten, nur ein Tropfen auf einen heißen Stein seien, es sei dringend erforderlich, daß die Grundwertsteuer eingeführt wird. Ein Antrag, den nördlich der Ostbahn gelegenen Wiesenstreifen in einen Park zu verwandeln, wurde, weil noch nicht spruchreif, abgelehnt. Der auf dem Friedhof errichtete Brunnen wird demnächst in Benutzung genommen werden können.

Töppin (Kreis Teltow).

Am letzten Sonntag war es auch hier möglich, eine öffentliche Versammlung abzuhalten und zwar auf dem Grundstück des Dachdeckermeisters Franz Kühne. Die Saalbesitzer weigern sich beharrlich und ihre Lokale zur Verfügung zu stellen. (Das ist bei Ausschlägen nach Teupitz zu beachten. Das Referat über: „Die Kämpfe der arbeitenden Klasse in Deutschland“ hielt Genosse Ernst Gröhele, Steglitz. Die circa 200 Anwesenden sollten dem Redner großen Beifall. Gegner waren nicht anwesend.

Reinickendorf-West.

Sonntag, den 25. Juni feiert der Arbeiterradsportverein Reinickendorf (Mitglied des Arbeiter-Radsportbundes 1) in Gördes Waldschlösschen, Gäßbornstraße, Ecke Waldstraße, sein 6. Stiftungsfest. Die Genossen werden gebeten, sich mit ihren Familien regen an dem Feste zu beteiligen.

Beim Indianerspiel wurde gestern abend gegen 5 Uhr der 18jährige Hugo Karbstein aus der Reschdengier, 7 von einem Spielgefährten auf noch unaufgeläute Weise mit einem Revolver in den linken Arm geschossen, und liegt der Verletzte in der Wohnung seiner Eltern krank darnieder.

Bernau.

Sein 50jähriges Jubiläum begeht am kommenden Sonntag der hiesige Männer-Turnverein (seit 1906 Mitglied des Arbeiter-Turnerbundes). Am gleichen Tage soll der von dem Verein kürzlich neu erworbene Turnplatz eingeweiht werden. Der Verein hat sich auf beiden Seiten der Anlage heraus, er zählte bei der Gründung 64 Vereinsangehörige, zu einem der größten Arbeiter-Turnvereine Groß-Berlins entwickelt und zählt gegenwärtig circa 300 Vereinsangehörige. Da die Turngenossen nun durch einen großen Festzug sowohl wie auch durch alle übrigen Veranstaltungen am Tage eine recht eindrucksvolle Demonstration für die Arbeiter-Turnvereine be-

absichtigen, der Verein aber auch bei allen Arbeiterfesten mitwirkt, erlangen dieselben alle auswärtigen und hiesigen Arbeiterturner, sich recht regen und zahlreich an dem Jubiläum, besonders aber an dem Festtage nachmittags 3 Uhr zu beteiligen. Am Sonnabendabend findet bereits im Etablissement „Schützenhaus“ hierseits eine Vorfeier statt, zu welcher ebenfalls alle Turngenossen sowie Freunde und Gönner der freien Turnvereine eingeladen sind.

Mühlenbeck.

Eine imposante Volksversammlung, wie sie Mühlenbeck bisher noch nicht gesehen hatte, tagte am letzten Sonntag im Gasthof zur Sonne. Der Umstand, daß das Thema: „Schule, Kirche und Sozialdemokratie“ zur Verhandlung stand und daß der hiesige Pastor sein Erscheinen in sichere Aussicht gestellt, hatte die Bevölkerung des Ortes und der umliegenden Ortschaften nach der Versammlung gebracht. Der Referent Genosse Bermuth zeichnete in großen Zügen das Wesen und den Charakter des Christentums und stellte dasselbe in Parallele zur heutigen Staatskirche. Sowohl die Kennzeichnung der heutigen Kirche als eine Kirche der Satten und Reichen wie auch des schädlichen bildungsfeindlichen Einflusses derselben auf unser ganzes Schulwesen entsetzten unter den Versammelten wiederholte Weislaßstundgebungen. Als erster Diskussionsredner nahm der Geistliche des Ortes das Wort. Das Christentum sei ein notwendiger Faktor im Geistesleben der Völker, es sei, so betonte der Redner, die Voraussetzung unserer heutigen Kultur. Auf die kulturfeindlichen Tendenzen des heutigen Christentums im Volksschulwesen wie auf den antisozialen Charakter desselben im volkswirtschaftlichen Leben ging der Herr Pastor nicht ein. Als ein besonderes Verdienst pries er die Missionstätigkeit der Kirche unter den wilden Völkern. Genosse Bähler, der hierauf zu Wort kam, unterzog die Ausführungen des Herrn Pastors einer herben Kritik. Sein von einem umfangreichen Material unterstützter Nachweis, daß die Vertreter der heutigen Kirche im Verein mit den bürgerlichen Parteien die arbeitende Bevölkerung mit wirtschaftlichen Lasten überhäufe, brachte schließlich den Geistlichen in eine so fatale Situation, daß er sich entschloß, die Versammlung zu verlassen. Der Leiter der Versammlung, Genosse Bruchwig, ersuchte zwar den Herrn Pastor, doch wenigstens das Schlusswort des Referenten abzumarten, doch diese Mahnung war fruchtlos. Erst erklärte der Geistliche, daß er in einer so erregten Versammlung nicht länger bleiben könne, als ihm jedoch gesagt wurde, daß diese Erregung den elenden Zuständen unserer Zeit gelte und daß man auf ihn vertraut hätte, diese Erregung zu beschwichtigen, meinte er, daß ihn auch bringende Gespräche abhielten, der Versammlung noch länger beizuwohnen. Sein Herzenswunsch sei, daß die zahlreich Versammelten sich allsonntäglich in seinen Bibelstunden einfinden möchten, dort könnte er mit ihnen diskutieren über all die Fragen, die sie beschäftigten. Hierauf verschwand der Herr Pastor. Nachdem auch noch Genosse Vietz in der Diskussion gesprochen und der Referent sein Schlusswort gehalten hatte, ersuchte der Vorsitzende die Versammelten, regen denn je für die Bestrebungen der Sozialdemokratie tätig zu sein. — Unter begeisterten Hochrufen auf die Sozialdemokratie ging die imposante Versammlung auseinander.

Aus der Frauenbewegung.

Weißseer Sklavinnen.

Die Nordseebäder zeichnen sich aus durch großen Luxus und dementsprechend teure Preise. Hier gibt sich die fashionable Welt Kurbegos, um sich von den Strapazen der winterlichen Ball- und Theatersaison zu erholen. Ein Heer von Bediensteten ist feilsch bemüht, jene Laune der Herrschaft zu erfüllen. Den dienstbaren Geistes aber selbst blüht kein anderes Los, wie allen übrigen Proletariern, ja, sie leben zum Teil ein Sklavendasein, das der Industriearbeiter als würdelos und sich weisen würde. Von der traurigen Lage der Angestellten in den Badeorten erhält man einen Begriff beim Studium des „Rietskontrakt“, den die Zimmermädchen in Köhlers Strandhotel im Nordseebad Vorkum unterschreiben müssen. Dieser Vertrag ist in der Form eines Reverses gehalten, den die Mädchen, die sich zur Annahme einer Stellung in dem genannten Hotel bereit erklären, vorher zu unterzeichnen haben:

Nach § 3 des Vertrages muß das Mädchen erklären, daß es weder Reisevergütung noch Salär erhält, „dann darf aber alle selbsterhaltenen Trinkgelde für mich behalten und brauche auch hierüber keine Abrechnung zu geben“. Die Großmut des Hoteliers geht aber noch weiter. Es wird den Mädchen auch erlaubt, vor dem Beginn der offiziellen Saison (1. Juni) „fleißig mit bei dem Hausputz zu helfen“, und darf jedes derselben auch während dieser Zeit sein „allerältestes Zeug abtragen“. Vom 1. Juni ab beginnt die offizielle Badesaison, und nun hat das Mädchen sich vorschrittsmäßig zu kleiden. Vorgeschrieben sind schwarze Wachsstockkleider; zwei davon liefert die „Herrschaft“ und für das dritte muß jedes Mädchen bei Annahme der Stellung 11 M. einbringen. Dält das Mädchen etwa nicht die ganze Saison aus, dann hat sie wohl das Recht, sämtliche Kleider mitzunehmen (und seien auch nur noch Neben davon übrig), muß aber für jedes der beiden anderen auch noch je 11 M. zahlen.

Man höre weiter, um was sich die Herrschaft sonst noch kümmert. Die Kleider haben hohe Kragen; durchsichtige Blusen und halbe Ärmel sind verboten (sind hier stützliche Gründe maßgebend?). Es dürfen überhaupt andere Kleider als die vorgeschriebenen nicht getragen werden. Auch die Schürzen und die Häubchen müssen nach Vorschrift sein und werden nur zum kleineren Teil von der Hotelverwaltung geliefert. Die Vorzüge des Herrn Hotelbesizers erstreckt sich sogar bis auf die Dessous: weiße Unterröcke sind verboten; die wöchentlichen Wäsche muß der Verwalterin vorgelegt werden; die Sauberkeit und Nützlichkeit im Anzug soll mit einer gewissen Sparsamkeit verbunden sein“. Selbst ein Mümchen anzustellen, wird den Mädchen verboten.

Durch den § 23 müssen die Mädchen ausdrücklich sich verpflichten, daß ihr Gepäc nur die nötige Wäsche enthalten darf. „Nehre darf nicht mitgebracht werden wegen Mangel an Platz und zu vieler Kleiderschränke“. (Für das Zeug sind wir nicht verantwortlich!) „Die Reiseförde werden in einem dunklen Raum aufbewahrt während meiner Dienstzeit, und muß das zu viel mitgebrachte Kleiderzeug im Korbe verbleiben bis zu meiner Abreise“.

Aus diesen Bestimmungen kann man recht deutlich erkennen, in welche Lage die Mädchen versetzt werden. Das sogenannte Zimmer ist zweifelloos ein kleines Loch unter dem Dache; wahrscheinlich sind darin viele Personen zusammengedrängt! Raum für Kleiderschränke oder sonst welches Möbel ist nicht vorhanden. Die eignen, in den meisten Fällen wahrscheinlich viel wertvolleren Kleider werden nun in einer dunklen, vielleicht feuchten Kabine aufbewahrt. Sollten die Kleider durch Rattenfraß verdorben oder durch die Feuchtigkeit verrotten sein, so sind die armen Mädchen laum in der Lage, Schadenersatz zu fordern, denn sie haben diese Bedingungen im Rietskontrakt ja unterschrieben.

Einige Paragraphen handeln von der Tätigkeit, zu der die Mädchen sich zu verpflichten haben. Danach hat jedes Zimmermädchen 10 bis 12 Zimmer rein zu halten, des nachmittags in der Hotelkucherei zu helfen (Waschen und Plätten) und des Abends



W. WERTHEIM G.m.b.H.



Leipziger Straße 75/76 am Dönhoffplatz
Potsdamer Straße 10, 11 und 13 ☉ Friedrichstraße 110/112 Passage-Kaufhaus

Freitag
und
Sonnabend

2 Reste-Tage

Freitag
und
Sonnabend

Von den zahlreichen äußerst vorteilhaften Gelegenheitsangeboten nennen wir hier nur:

Reste und Roben knappen Maßes von
**seidenen, wollenen
und baumwollenen
KLEIDER-STOFFEN**

Reste von
STICKEREIEN
solide Schweizer und deutsche Fabrikate
Rest nur **35, 45, 65 Pf.**

Große Posten Reste von
**Spitzen, Bändern,
Borten und
Kleiderbesätzen**

Ein Posten Reste von **Wäschestoffen** Hemdentuch, Linon und Elsasser Renforcé, Rest nur **48, 75, 95 Pf.**

Drei Serien
HANDTUCH-RESTE
Drell- u. Gerstenkorn-Gewebe, grau und weiß . . . Rest **55, 95 Pf., 1.45**

Zu
Deckbetten und Kissen
passende Reste von gestreiftem Satin und Damast **enorm billig**

Drei Serien
DAULAS-RESTE
zu Bettüchern passend, Rest **95 Pf., 1.65, 2.25**

Ein äußerst billiger Restposten einzelner **Handtücher** darunter beste reinleinenen Qualitäten . . . Stück nur **45, 55, 65 Pf.**

Restbestände einzelner **Wäschestücke** Damen-Taghemden und Beinkleider . . . Stück **1.45, 1.90;** durch Dekoration leicht angestaubte Pariser und Wiener Modelle **enorm billig**

Freitag und Sonnabend
besonders billige

Lebensmittel

Unter vielem andern, so
weit der Vorrat reicht:

- Frisches Fleisch**
- Kalbskeule u.-Rücken Pfd. 1.00 b. 1.10
 - Kalbskamm, -Bug u. -Brust, Pfd. 75 b. 85 Pf.
 - Ochsenfleisch . . . Pfund 1.00
 - Ochsenflehrippe . . . Pfund 85, 90 Pf.
 - Ochsenkamm . . . Pfund 75, 80 Pf.
 - Hammelkeule ^{Lamm-} Fleisch Pfund 90 Pf. bis 1.00
 - Schweine-Kotelett . . . Pfund 90 Pf.
 - Schweinekamm u. -Schuff, Pfd. 75 b. 85 Pf.
 - Schweinebacken u. -Wammen ^{bei 30 Pf.} ^{5 Pfund} 35, 5 Pfund
 - Rückenfett . . . Pfund 45 Pf.
 - Vorder-Eisbein . . . Pfund 50 Pf.
 - Kafler . . . Pfund 75 bis 90 Pf.

- Kolonialwaren**
- Gebr. Kaffee Pfd. 1.20, 1.25, 1.35, 1.55
 - Karlsbader Kaffeegewürz Paket 14, 28 Pf.
 - Deutscher Kakao Pfd. 65, 75 Pf., 1.10
 - Holländischer Kakao . . . Pfund 1.40
 - Haushalt-Schokolade Pfund 60, 70 Pf.
 - Sahnen-Creme-Schokolade Pfd. 1.10
 - Haushalt-Kakes Karton mit 1 Pfund 50 Pf.
 - Weizen-Gries . . . Pfund 17 Pf.
 - Hartweizen-Gries . . . Pfund 19 Pf.
 - Maispuder . . . Pfund 24 Pf.

- Obstweine**
- Apfelwein 35 Pf. ^{10 Pf.} 3.30
 - Apfelwein Export . . . 40 Pf. 3.70
 - Erdbeerwein 95 Pf. 9.00
 - Johannisbeerwein ^{weiß und rot} 75 Pf. 7.00
 - Himbeersaft Flasche 85 Pf.
 - Gebirgs-Himbeersaft . . . Flasche 1.10
 - Kirschsafte Flasche 85 Pf.
 - Johannisbeersaft . . . Literflasche 1.25
 - Erdbeersaft Literflasche 1.30
 - Zitronenmost Flasche 1.60

- Wurstwaren**
- Holstein. Zervelat u. Salami Pfd. 1.20
 - Zervelatwurst in Fettdarm Pfd. 1.30
 - Prima-Teewurst Pfund 1.10
 - Mettwurst Braunschweiger Art Pfund 90 Pf.
 - Rollschinken 6 bis 8 Pfd. schwer, Pfd. 1.25
 - Schinkenspeck Pfund 95 Pf.
 - Knoblauchwurst Pfund 95 Pf.
 - Sülzwurst mit Zuzugeneinlage . Pfund 70 Pf.
 - Landleberwurst Pfund 85 Pf.
 - Leberrotwurst Pfund 95 Pf.
 - Lammzungen . . . Dose mit 2 Stück 90 Pf.
 - Fetter Speck Pfund 70 Pf.

Leb. Aale Pfd. **68 Pf., 1.08**

Oder-brucher Gänse Pfd. **64 bis 82 Pf.**

Leb. Schleie Pfund **93 Pf.**

Puthennen . . . Pfund **78 Pf.**

- Aprikosen** . . . Pfund **29 Pf.**
- Pfirsiche** Pfund **58 Pf.**
- Erdbeeren** ^{In Körben v. 5 Pfd. bratto . . . Pfund} **23,** ^{ausgewog. Pfund} **25 Pf.**
- Kirschen** Pfund **12, 19 Pf.**
- Knupparkirschen** ^{italienische, Pfd.} **21 Pf.**
- Kanarische Bananen** Pfund **25 Pf.**
- Stachelbeeren** Pfund **18 Pf.**
- Blumenkohl** Kopf **18, 26 Pf.**
- Grüne Bohnen** Pfund **17 Pf.**
- Wirsingkohl** Kopf **13 Pf.**

- Rehwild** . . . Rücken **5.00 bis 9.00**
- Keule **4.50 bis 7.50, Blatt 1.35 bis 1.95**
- Junge Enten** St. **2.00, 2.75, 3.30**
- Junge Hühner** St. **55 Pf., 1.15, 1.45**
- Suppenhühner** Stück **1.65, 2.10, 2.50**
- Junge Tauben** . . . Stück **55, 75 Pf.**
- Junge Schoten** Pfund **22 Pf.**
- Neue Kartoffeln** Pfund **8 Pf.**

- Salat** 6 Kopf **10 Pf.**
- Mohrrüben** Bund **5 Pf.**
- Tafellachs** ^{in ganzen Fischen Pfd.} **45 Pf.,** ^{im Ausschnitt Pfund} **55 Pf.**
- Rotzungen** Pfund **12, 18 Pf.**
- Große Schollen** Pfund **13 Pf.**
- Kabeljau** ^{ohne Kopf, in ganzen Fischen Pfund} **13 Pf.,** ^{im Ausschnitt Pfund} **15 Pf.**
- Frische Makrelen** Stück **19 Pf.**
- Kieler Flundern** Stück **19 Pf.**
- Räucher-Aale** Bund **38 Pf.,** Pfund **1.20**
- Räucherlachs** in Stücken, Pfund **65, 75 Pf.**

| | | | | | | |
|--|------------|-----|-----|----|-------|---------|
| Einmachegläser Adler mit Glasdeckel u. Gummiring | Inhalt ca. | 1/2 | 3/4 | 1 | 1 1/2 | 2 Liter |
| | | 28 | 35 | 38 | 45 | 55 Pf. |
| Einmachegläser Perfekt mit Patent-Verschluss | Inhalt ca. | 1/2 | 3/4 | 1 | 1 1/2 | 2 Liter |
| | | 50 | 55 | 60 | 70 | 85 Pf. |

Pergamentpapier zum Zubinden der Gläser,
Meter **9, 15 Pf.;** Rolle von 3 Meter **22 Pf.**

Messingkessel zum Einkochen **2.85, 3.35, 3.75**

Einkoch-Apparate ^{komplett mit Einsatz und Thermometer} **8.95**

| | | | | | | | | | |
|-----------------------------|------------|-----|----|-------|---------|-------|----|----|---------|
| Einmachegläser zum Zubinden | Inhalt ca. | 1/2 | 1 | 1 1/2 | 2 | 2 1/2 | 3 | 4 | 5 Liter |
| | | 7 | 11 | 14 | 18 | 22 | 28 | 35 | 42 Pf. |
| Einmachekrüge Krumeich | Inhalt ca. | 3/4 | 1 | 1 1/2 | 2 Liter | | | | |
| | | 42 | 52 | 65 | 75 Pf. | | | | |

An heißen Sommertagen

Beim Einkauf verlange man ausdrücklich **MAGGI** Produkte.

helfen **MAGGI** ausbewährte Erzeugnisse:

MAGGI Würze — Probefläschchen 10 Pf. —

MAGGI Bouillon-Würfel zu 5 Pf.

MAGGI Suppen zu 10 Pf. für 2-3 Teller,

die Kocharbeit wesentlich erleichtern.

Dänischer Kapitän-Kautabak

in Rollen, Bündel und Enden.
General-Vertrieb:
Karl Röcker, Berlin O. 27.
Grüner Weg 112 (Amt VII, 3861).

„Silesia-Bad“

11242* Schlesische Str. 31
Alle Arten medizinische Bäder.
Lieferant aller Kassen.

Verkauf nur im Fabrikgebäude!

Möbel

Sie sparen Geld! Wenn Sie direkt zu Engrospreisen in der Möbelfabrik
H. Walter Inh.: Willi Maaß, Brunnenstr. 35
kein Laden
Tel.: A. III, 5157
kaufen. Verkauf nur im Fabrikgebäude — nur eigenes Fabrikat. — Auf Wunsch Teilzahlung.
35 Permanente Musterzimmer-Ausstellung. 35

Raucher bevorzugen VEDECI-Cigaretten

Spezial-Arzt
für Haut- und Harnleiden
Rosenthaler Str. 70
Dr. Popke, Spr. 9-2, 6-9, Sonnt. 9-3

Von der Heile gerühmt. 23615
Dr. med. Latte
Augenarzt,
Kottbuscher Damm 13.

Nathan Wand

129 Staliner Str. 129.
Die schönsten
Herren-Sommer-Paletots u. Ulster
und Anzüge in neu
erstellte, auf Selbe gearbeitete
Garberobe, von 4672L
Kavaliere getragen,
sind neu, für jede Figur passend,
speziell Bau anzüge sind in
großer Auswahl stets zu namend
billigen Preisen zu haben.
Nathan Wand
129 Staliner Str. 129.
Hochhausstation Kottbuscher Str.
Bitte auf Hausnummer zu achten.

**Viel Ärger
Viel Verdruß**

bereiten der Haus-
frau schlecht gear-
beitete Möbel. Da-
rum Vorsicht beim
Kauf, vor Kauf
Läger besichtigen!
Bemühen Sie sich,
bitte, auch nach

120 **Brunnenstraße** 120
zu **Otto Piehl**

Sie finden hier Wa-
ren in Qualität und
Ausführung ganz
Ihren Wünschen ent-
sprechend. billigste
Preise u. vornehme
Kulanz. Kein Preis-
aufschlag bei Teil-
zahlung.

**Keinen Ärger
Keinen Verdruß**

Fredersdorf, 100jährig Hochwald-
Land, Waller-Bar-
jellen, **Müscher**,
Charlottenburg, Dandelmännstr. 83

Jedes Wort 10 Pfennig.
Das fettgedruckte Wort 20 Pf. (zulässig 2 fettgedruckte
Worte). Stellensuche und Schlafstellen-Anzeigen
5 Pf.; das erste Wort (fettgedruckt) 10 Pf. Worte
mit mehr als 15 Buchstaben zählen doppelt.

Kleine Anzeigen

ANZEIGEN
für die nächste Nummer werden in den Annahme-
stellen für Berlin bis 1 Uhr, für die Vororte bis
12 Uhr, in der Haupt-Expedition, Lindenstrasse 69,
bis 3 Uhr angenommen.

Verkäufe.

Vorwärtsleser erhalten fünf
Prozent Extrarabatt, selbst bei Be-
legensbeständen. Teppich-Thomas.
Teppiche, farblicherechte, spott-
billig.
Schlafbeden 1,15, Schillerplatz
2,50, Steppbeden 3,75.
Teppich-Thomas, Drenien-
straße 160, Drenienplatz; Rolle-
tellerstraße 54. 27549*
Radfahrerkarten. Wir empfehlen
Rad- und Auto-Fahrer ein Straßes
Karte 1200 Quadrat-Meilen um
Berlin. 2 Teile a 1,50 Mark. Nörd-
liche Hälfte der Provinz Branden-
burg reicht bis Eettim-Niederlande,
Südliche Hälfte bis Halle-Reggie-
Dresden-Görlitz. Verkaufsstelle
Vorwärts, Lindenstraße 69 (Laden)
Hermanns 6. Hermanns
allerbilligste Einkaufsstelle. Radet-
anzüge, Gekrochene, Sommer-
paletots, Herrensocken, Bettensam-
mel, Brautbetten, Vermittlungs-
bett, Mädchenwahl, Gardinen-
auswahl, Mädchenbeden, Stepp-
beden, Teppichauswahl, Goldschmied,
Taschenbrenner, Bandbrenner, Her-
gläser, Selbstverkleidlich Besorgung-
teiler, Barometer, Handbrenner,
Hermannsplatz. Sonntags ebenfalls
geöffnet. 2731*
Teppiche! (leiderliche) in allen
Größen, fast für die Hälfte des Wertes
Teppichinget, Braun, Dörfelher
Markt 4, Kottbuscher Str. (Zeit des
„Vorwärts“ erhalten 5 Prozent
Rabatt.) Sonntags geöffnet!
Grundstück in Osten i. d. W., mit
Wohnhaus, Stallung, Obst- und
Gemüsegarten, ist preiswert zu ver-
kaufen. Zu erfragen Veltan, Koch-
straße 8. 27149
Kaufmännische! Vorwärts-
Käufer, Teppiche, verkaufe meine
entsprechend gelegenen Teppiche,
Hermannsplatz, billig. Normann, Wauer-
straße 89. 27287*
Similischene Steppbeden 4,15
(Seidenfarb), Wolllas-Steppbeden
8,50, große Schlafbeden, grauhaarig,
1,10, Normal-Schlafbeden 1,65. In-
ventar-Ausnahmepreise. Teppichhaus
Emil Lejzore, Drenienstraße 158. 27287*
Inventar-Räumungspreise nur
kurze Zeit. Extrarabatt gratis und
gratis. Teppichhaus Emil Lejzore,
Drenienstraße 158. 19287*
Die Grundbegriffe der Wirt-
schaftslehre. Eine populäre Einfüh-
rung von Julian Vorwärts. Preis
40 Pf. Expedition Vorwärts, Linden-
straße 69.
Teppiche (Kartenschieber), Stepp-
beden, Gardinen, Mädchen, Lila-
beden, Liebergardinen, Sofa-
Kofferte, spottbillig. Fabriklager
Kauert, Große Frankfurterstraße 9,
Flurweg, Vorwärtsletern 90
Prozent. Sonntags geöffnet. 27357*

Eine Mark wöchentliche Teilzahlung
liefert elegante Herrengarderobe fertig
und nach Maß. Nibbey, Brunnen-
straße 10. 8814
Monatsauszüge und Sommer-
paletots von 5 Mark sowie Polen
von 1,50, Gekrochene von 12,00,
Frack von 2,50, sowie für forpultente
Figuren. Neue Garderobe zu namend
billigen Preisen, aus Handbrenner ver-
fertigte Sachen kauft man am billigsten
bei Rah, Mulackstraße 14. *
Teppiche, Vorläufer, Tüllstoffe,
Gardinen, Steppbeden, Kauterstoffe,
Mädchenbeden, Duvetten, spottbillig
Mietposten. Potsdamerstraße 109,
Teppichhaus Conrad Fischer. Vor-
wärtsletern Extrarabatt. 22018*
Tambouriermaschinen. Hote-
meyer, alleiniger Fabrikant West-
mann, Gollnowstraße 26, Große
billig, Abzahlung günstig. 26598*
Glossen zu hoch Waschs und
Eigenschaft von „Lacvois“. Die wahre Ge-
heimnis des Christentums“, von August
Bebel. Preis 75 Pf., billige Ausgabe
30 Pf. Expedition Lindenstraße 69,
Laden.
Kinderwagen. Klappbordwagen,
Kinderbettchen, herkömmlich, nage-
neigt, spottbillig. Egerstraße 19 A,
vorn II rechts. 2797
Damenbeden mit gestrich-
ter Fasse 1,15, Herrenbeden 1,15, Nor-
malbeden, Arbeiterbeden sowie
elegante Bekleidung bis zur Hälfte
des Wertes. Mädchenfabrik Salomonsh,
Drenienstraße 21, Alexanderplatz.
Wäscheverlei! (Düffel) wöchent-
liche Teilzahlungen. Bettwäsche, Leib-
wäsche, Hauswäsche. Mädchenfabrik
Lewin, Drenienstraße 12, Vorwärts.
Neun Prozent Rabatt, Vorwärts*
lesen.
Teppiche, Kartenschieber, sehr fabel-
haft billig. Kauter-Fabriklager, Große
Frankfurterstraße 125, im Hause der
Möbelfabrik; billig wie überall
Vorwärtsletern noch extra 10 Prozent
Rabatt. Sonntags geöffnet.
Gardinen, Kauterstoffe, Fenster
1,65, 2,35, 2,85, 3,50, 4,50, 6,75 usw.
Totalausverkauf von an-
geschminkten Gardinen, Stores, Bett-
beden namend billig. Große Frank-
furterstraße 125.
Tuch- und Plüschwaren, Gar-
mentur 3,85, 4,50, 5,25, 6,50, 8,25,
10,50. Fabriklager Große Frankfurter-
straße 125.
Teppichbeden billig, Fabrik Große
Frankfurterstraße 125.
Tuch- und Plüschwaren mit kleinen
Fehlern zu Spottpreisen. Große
Frankfurterstraße 125. Nur im Hause
der Möbelfabrik.
Möbel-Käufer, Kauterstoffe,
fabelhaft billig.
Sport- und Schlafbeden 1,25,
1,40, 1,85, 2,45, 2,85 usw. Große
Frankfurterstraße 125 im Hause der
Möbelfabrik. 27357*

Geschäftsverkäufe.

Obst-, Gemüsegeschäft, Rolle, großer
Kohlenmehl, wegen Veränderung
verkauft billig. Bedmann, Nibbey,
Voddinstraße 2. 2732*
Kartoffel-, Dering-, Obst- und
Gemüsegeschäft verkauft Engelauer 2b,
Kauter. 2386b
Obst-, Gemüsehandlung, noch preis-
lich höhere Erträge, wegen Verzug
nach außerhalb sofort billig veräu-
lich. Tageseinnahme 50 Mark. Auch
Teilzahlung. Anzahlung 300. Aus-
kunft Nibbey (Voddin), Hermanns-
straße 110, II, Walter. 2789
Seifen-, Wäscheartikelgeschäft,
gutegehend, auch für Klempner, ande-
rer Unternehmung wegen billig ver-
äulich. Groß-Nibbeystraße, August-
straße 32. 9173
Zigarrengeschäft, gut gehend,
20 Jahre bestehend, sofort zu ver-
kaufen. George, Nibbey, Schöne-
felderstraße 6. 2732*
Fabrikant und Restaurateur
sofort billig zu verkaufen Kauter-
straße 40. 23815

Möbel.

Möbel-Räumungsverkauf, Möbel-
fabrik Gneisenstraße 15, nahe dem
Kauterischen Tore, seit 1880 bestehend,
verkauft nur kurze Zeit wegen Ueber-
füllung der Lagerräume zurückge-
kauft und verliert gewissem Möbel be-
deutend unterm Preis. Spezialität
Neue, neue Einrichtungen von 130
Mark an. Teilzahlung gestattet.
Einzeln Möbel, Kleiderständer 20,-,
Bettst. 16,-, Bettstellen mit Matratzen
12,-, Schreibtische mit Aufsatz 38,-,
Bücherregale 55,-, Ausziehtische
18,-, Spielstische 5,-, Büfette 100,-,
moderne Umbauten 50,-. Komplette
farbige Küchen von 45,- an. Polster-
möbel aus eigener Fabrik Sportbillig.
Schlafflo 35,-, Ruhebett und Dede
20,-, Garnituren 80,- usw. Große
Bollen Teppiche, Vorläufer, Ulster
besonders billig. Seltene Gelegen-
heit in Herrenzimmern, Speise-
zimmern, Schlafzimmern, Wohn-
zimmern. Außensuchen frei. Ver-
kauf durch eigene Gesellsch. Sonntags
geöffnet. Bitte auf Hausnummer
15 zu achten. 9
Hausverwalter verkauft um-
händlerlicher Kaufmannschaft, hoch-
feines Umbauholz, prächtige Küchen-
möbel, Küchengeräte, zwei Teppiche,
100, sehr eleganter Schreibtisch,
Säulenbüfett billig. Weinmeister-
straße 1b-2. 9019
40 Büfette, mahagon, Eichen,
nur 85,-, englische Bettstellen, moderne
Schränke, Mädchen, Ruhebetten
20,-, Umbau 45,-, Schlafzimmer,
Schreibtische (Verzierung) 45,-, hübsche
Rüden, ganze Wohnungseinrichtungen.
Seltene günstige Gelegenheiten für Braun-
leute, um zu räumen, sofort billig!
Möbel-Vorläufergeschäft Kauf-
straße 49. 27838*

Möbel ohne Geld!

Bei ganz kleiner
Anzahlung geben Wirtschaften und
einzelne Stühle auf Kredit unter
äußerster Preisnotierung, auch Waren
aller Art. Der ganze Osten kauft bei
uns. Kauterstraße u. Co., Kauter-
straße 4. (Schlesischer Bahnhof). *
Möbel-Verkauf, Fabrik von
Kauterstraße 7, am
Kauterischen Tore, Wohnungsein-
richtungen auf Kredit und gegen bar.
Kauter-Auswahl. Stühle und Küche
Anzahlung von 15 Mark an. Einzelne
Möbelstücke von 5 Mark Anzahlung
an. Hervorragend schöne Muster in
bunten Stoffen. Wochen-, Monats-
oder vierteljährliche Raten nach Ueber-
einkauf. Liefer auch nach außerhalb.
Vorwärts dieses Inserats erhält
beim Kauf 5 Mark gutgeschrieben.
Kunden, die ihr Konto begleichen
haben, erhalten einzelne Möbelstücke
ohne Anzahlung. Sonntags geöffnet.

Fahrräder.

Herrenfahrrad, Damenfahrrad,
einmal benutzt, 35,-, Holz, Blumen-
straße 36b. 21088*
Warenrad, Teilzahlungen,
ebenfalls ohne Anzahlung. Dörfel,
Danzigerstraße 95. 27708*
Herrenfahrrad, Damenfahrrad,
Kauterstraße, nageleitet, 35,00. Frau
Brandt, Große Frankfurterstraße 121,
Seltenspiegel. 9014*

Verschiedenes.

Rauschstofferei von Frau Kauter,
Schlachten, Kauterstraße 8 III.
Kauteranwalt Dörfel, Kauter-
straße 94a.
Kauteranwalt Müller, Kauter-
straße 81. 24298*
Platinabfälle, Gramin 5,20,
Teilungen, Gold-, Silberfäden, Zahn-
gebisse laut Bilanz, Auguststr. 19 III.
Zahngebisse, Zahn bis 80 Pfennig
Goldfäden, Platinabfälle, Stahl,
höchstglänzend. Kauter, Neue Kauter-
straße 76. 215115*
Kauter, Kauter, Platinabfälle
Silberabfälle, Goldschmelze Kauter
Kauterstraße 20a (gegenüber Braun-
teufelstraße). 2038*
Die Beleidigung gegen Herrn
Kauter, Kauterstraße 24, nehme
hiermit zurück. Kauter Ewald,
Kauterstraße 24. 274

Vermietungen.

Wohnungen.
Billige Wohnungen Kauter-
straße 5. 16571*
Schöne Wohnung, 3 Stuben
und Küche, vollständig neu renoviert,
29 Mark, zu vermieten Drenien-
straße 15 beim Bier. 27308*

Schlafstellen.

Möblierte Schlafstelle für Herrn,
10 Mark, Egerstraße, Kauter-
straße 9. 2117*
Möblierte Schlafstelle Kauter-
platz 12, Hof 1 Treppe, Kauterstr.

Mietsgesuche.

Junger Mann sucht möbliertes
Zimmer, Kauter, 16 Mark. Offerten
W. Sch., „Vorwärts“, Kauter-
platz 14/15. 274
Junger Handwerker sucht möblierte
Schlafstelle, allein. Offerten mit
Preisangabe. „99“, Postamt 26.

Arbeitsmarkt.

Stellenangebote.

Kolonnenführer auf Treppen-
geländer und Kolonnenführer auf
eiserne Fenster sucht R. Blum, Eger-
straße 94. 272
Kauterleger, Kauter, selbstständig
arbeitend, stellt ein Kauter, Kauter-
platz 111. 2732*
Schlosserlehrling verlangt Kauter-
straße 9. 2108
Zwicklerinnen, Maschine, haben
Lohn, verlangt Kauter, Kauterstraße 3.
Zeitungsfransen sofort verlangt
Kauterstraße 48. 912*

Zu Arbeitsmarkt durch besonderen Druck hervorgehobene Anzeigen kosten 50 Pf. die Zeile.

Gesucht

Radfahrer als Vertreter
für alle Gegenden Deutsch-
lands, welche fleißig und ge-
sund sind, um mit ihrem
eigenen Zweirad, in einem
ihnen zurzeitenden Bezirk,
wo ca. 1000 Familien wohnen,
jeder Familie unsere Artikel
feinste Margarine und
vollstetigen Margarine-
Käse, von 1 Pfund an,
wöchentlich frisch ins Haus
zu bringen. Es wird ange-
messene Provision vergütet
und ein Minimal-Einkommen
von 150 Mark monatlich
garantiert, doch kann sich
dieses bei genügendem Fleiß
in wenigen Monaten auf den
doppelten Betrag steigern.
Offerten mit Angabe des
Alters, bisherigen Lebens-
laufes und Aufgabe von Re-
ferenzen und ob kautions-
fähig an 9017*
Altonaer-Margarine-Werke
Mohr & Co. G. m. b. H.
Altona-Ottensen.

Maschinenformer.

Eigen (Preise),
verlangt
Jacob, Kaufmannstraße 3. 90120
Notations-, Maschinenmeister,
der gute Referenzen und Zeug-
nisse besitzt und auf einer ren-
derlosen Prantenthaler Notations-
maschine schon längerer Zeit be-
schäftigt ist, kann in einer
größeren Druckerei in Sudapest
sich einstellen. Offerte sub
„Sudapest 10 600“ an die
Hannover-Expedition J. Dörfel
Sudapest, Zettelwerkstrasse, zu
senden. 90125

Achtung! Holzarbeiter.

Wegen Streik oder Lohn-
differenzen sind gesichert:
Parquetgeschäft Kamp-
meyer.
Chr. Becker Söhne,
Kirstein.
Nord-Parkettfabrik Han-
nover.
Berliner Parkettf. Bad-
meyer, Joh. Russack.
Rosenfeld.
Dahlemann.
Danke i. Sa. Schlesinger,
Kauterweich.
Pick.

Koffertfabriken:

Trebesius u. Knappe, Röpe-
nieder Str. 126.
Märkische Holzwaren-
industrie (Lehmann), Blau-
mannstraße 23.
Wagner, Marktstr. 52.
Reichelt, Kauterstr. 39.
Grenlich (Krüger), Grüner
Weg 28.
Tischfabrik Hücke, Straßburger
Straße 59.
Friedrichsen, Blumenstr. 65.
Kauterfabrik Paul, Mon-
nienstraße 23 und Kauter-
berger Straße 4.
Kauterfabrik Engelmann, Kauter-
str. 23.
Kauterfabrik Heine, Freese,
Berlin-Niederhohenhausen.
Zur Zusammenfassung:
Kauterfabrik von Hilger, War-
schauer Str. 70.
Kauterfabrik Späthe, Pots-
damer Str. 29 und Späthe
in Gera.
Sämtliche Betriebe in Ham-
burg, Leipzig, Gera.
Das Berliner Arbeiterwiltigen-
vermittlungsbureau b. geben
„Handwerker-Verbandes“.
Die Centralverwaltung Berlin des
Deutscher Holzarbeiterverbandes.